Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN, DER ARBEITERSPORTVEREINE UND DES REICHSBANNERS

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1,20 RM, durch die Post monatlich 2,40 RM. Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpfg. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpfg., außerhalb 12 Rpfg., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpfg. Kleine Anzeigen 5 Rpfg. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen.

Nummer 299 — Gelsenkirchen, Mittwoch, den 23. Dezember 1931 — 13. Jahrgang

Bergarbeiterprotest und Stegerwald

Weitere Befreiung von den Arbeitslosenbeiträgen
Schwindel in der kommunistischen Ruhrpresse

Wie das offizielle Organ des Bergarbeiterverbandes, die „Bergbau-Industrie" mitteilt, fand am 14. Dezember im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung zwischen den freigewerkschaftlichen Bergarbeitervertretern und dem Reichsarbeitsminister Stegerwald statt. In dieser Besprechung, die auf Ersuchen der Verbandsvertreter anberaumt wurde, schilderten diese in eindringlicher Weise das unerhörte Unrecht, das den Bergarbeitern in der vierten Notverordnung zugemutet würde. Dadurch, daß die Löhne der Bergarbeiter auch dann um 10 Prozent gekürzt werden sollen, wenn sie unter den Lohnstand vom 10. Januar 1927 kämen, würde nicht nur ein Ausnahmerecht, sondern eine große soziale Härte geschaffen. Schon heute — so betonten die Verbandsvertreter dem Minister gegenüber — würden sich infolge zahlreicher Feierschichten die Löhne vieler Bergarbeiter kaum von der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen unterscheiden. Mit aller Schärfe wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Bergleute von schönen Reden anläßlich größerer Unglücksfälle nicht leben könnten und daß es ein unerhörter Skandal sei, die Bergarbeiter als Menschen zweiter Klasse zu behandeln.

In der Erwiderung erklärte Minister Stegerwald, daß er sich bis zum letzten bemüht habe, das Ausnahmerecht gegen die Bergarbeiter abzuwehren. Der Kohlenbergbau habe aber sehr stark unter ausländischem Wettbewerb zu leiden und wenn nicht weitere Entlassungen erfolgen sollten, dann müßten die Preise herabgesetzt werden. Eine Preisherabsetzung von 10 Prozent sei jedoch nur möglich geworden durch einen entsprechenden Lohnabbau.

Auf die Anfrage der Verbandsvertreter erwiderte Stegerwald, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auch über den 1. Januar 1932 hinaus von den Unterlegearbeitern nicht gezahlt zu werden brauchten, da auch er eine weitere Kürzung der Bergarbeiterlöhne für untragbar halten würde.

Soweit der Bericht über die Verhandlungen am 14. Dezbr., wie er noch ausführlicher in der neuesten Nummer der Bergarbeiterzeitung erscheint. Was macht nun die kommunistische Ruhrpresse aus diesem Sachverhalt? In der Dienstagausgabe dieser Woche bringt man unter sensationeller Aufmachung folgende Schwindelmeldung:

„Lohnabbaukonferenz auf der Sachsenburg. Husemann-Stegerwald-Pakt. Reichsarbeitsminister im Ruhrgebiet. Streikbruchgelöbnis der Gewerkschaftsführer. Streiks sollen im Keime erstickt werden."

Hinter diesen ebenso verlogenen wie großspurigen Schlagzeilen teilt dann die kommunistische Presse ihrer Leserschaft mit, daß am 21. Dezember im Ruhrgebiet eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter mit Stegerwald stattgefunden habe. Nachdem man auch dabei die Gewerkschaftsfunktionäre in der üblichen Weise verleumdet, sowie als Verräter und Lakaien beschimpft hat, erfolgt dann die Aufforderung an die Belegschaften, zu der Schwindelmeldung Stellung zu nehmen.

Diese ganze Aktion beweist wieder einmal, daß die kommunistische Führung des Ruhrgebietes anscheinend aus notorischen Lumpen und Schwindlern besteht. Anstatt der Wahrheit zu dienen und der Arbeiterschaft mitzuteilen, daß durch das Vorgehen der freigewerkschaftlichen Bergarbeitervertreter eine weitere Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung erzielt worden ist auch über den 1. Januar hinaus, versucht man durch einen offenkundigen und hundsgemeinen Verleumdungsversuch eine Hetze gegen die Gewerkschaften und speziell gegen den Bergarbeiterverband zu entfalten. Wenn diese Hetze auch ihren Zweck nicht erfüllt, weil die kommunistische Presse grundsätzlich nicht mehr ernst genommen und kaum noch gelesen wird, so zeigt diese Lumperei doch erneut, daß die Fabrikanten der kommunistischen Presseorgane des Ruhrgebietes eher ins Zuchthaus als in Redaktionsstuben gehören. Oder glauben die kommunistischen Strategen und parteipolitischen Geschäftemacher schließlich, mit diesen verlogenen Mätzchen einen Teil der Belegschaft erneut in einen Streikputsch hetzen zu können?

Einigung in Basel?

Unmittelbar vor Fertigstellung des Berichts

Basel, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) In der BIZ. und im Beratenden Sonderausschuß wird seit gestern fieberhaft an der Fertigstellung des Berichts gearbeitet, denn man will, wenn irgend möglich, am Mittwochnachmittag den Bericht veröffentlichen.

Wie man hört, werden im ersten Teil die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, ihre Entwicklung und ihre Ursachen eingehend behandelt unter besonderer Berücksichtigung der Unterlagen über die Zahlungsbilanz, Auslandsguthaben, die Lage der Reichsbank, die Lage der Reichsbahn usw. Ein besonderer Abschnitt ist der Weltwirtschaftskrise gewidmet.

Im zweiten Teil sind umfangreiche Anlagen mit einer Fülle statistischen Materials untergebracht. Die Maßnahmen der Reichsregierung für Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt werden besonders behandelt.

Aus amerikanischen Kreisen verlautet, die Schlußfolgerungen des Berichtes seien zum Teil recht bedeutsam, so z. B. wo festgestellt werde, daß das allgemeine Bild seit der Aufstellung des Youngplanes sich von Grund auf geändert habe.

Wenn in einem Teil der französischen Presse die Tatsache, daß der Bericht keine bestimmten Vorschläge enthalte, als ein Erfolg Frankreichs hingestellt wird, so teilt man nach unserer Kenntnis der Dinge in maßgebenden amerikanischen Kreisen durchaus nicht diese Auffassung.

Schwierige Schlußverhandlungen

Basel, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) Die Fertigstellung des Schlußberichtes des beratenden Sonderausschusses begegnet offenbar immer noch großen Schwierigkeiten. Eine heute nachmittag um 4 Uhr zusammengetretene Sitzung des Redaktionskomitees, an der auch die technischen Sachverständigen des deutschen, französischen, englischen und italienischen Vertreters teilnahmen, mußte um 7 Uhr unterbrochen werden. Dr. Melchior und Rist verließen das Beratungszimmer, um sich mit ihren Delegationen in Verbindung zu setzen. Die Stimmung wechselt hier nahezu stündlich, ein Zeichen, wie außerordentlich schwierig und delikat die Verhandlungen sind. Es hat keinen Zweck, die zahlreichen Gerüchte, die im Augenblick kolportiert werden, wiederzugeben. Die nächsten Stunden dürften Klarheit bringen.

Die Abrüstungskonferenz

Hoover fordert die erste Rate

Washington, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) Präsident Hoover legte dem Kongreß heute die Botschaft vor, in der er um die Bewilligung von Mitteln für die Beteiligung Amerikas an der Genfer Abrüstungskonferenz nachsucht. In einem gleichen Bericht führt Staatssekretär Stimson aus, man sei dem Ziele der Rüstungsbeschränkung 1922 in Washington und 1930 in London je einen Schritt näher gekommen. Er hoffe, daß man 1932 in Genf einen weiteren Schritt vorwärts komme. Amerikas Beteiligung an der Konferenz sei wesentlich, um ein Fehlschlagen der Beratungen möglichst zu verhüten. Da die Konferenz vielleicht Monate dauern werde, forderte er 450 000 Dollar als erste Rate an.

Wir siegen!

Von Anton Erkelenz

Der Nationalsozialismus lebt zum Teil von der Reklame, die seine Gegner für ihn machen. Zum Teil; denn ein anderes Stück seiner Lebenskraft bezieht er aus dem Abbauwahn, der in Deutschland besteht, aus der Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen, zwischen dem System der altpreußischen Bürokratie vertreten durch Luther, und einigen alten Erinnerungen an das kanonische Recht, die durch Brüning und Stegerwald in unsere Wirtschaftspolitik hineingekommen. In beiden Fällen handelt es sich um Triebkräfte des Nationalsozialismus, die nicht zu sein brauchten, die vermieden werden könnten, die nur Folge einer Panik sind.

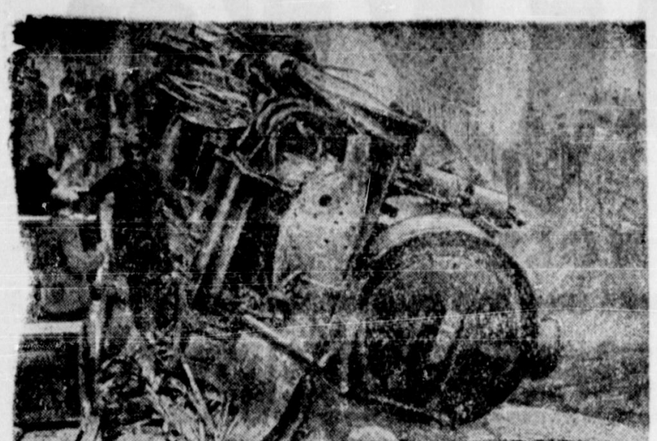
Man soll die Hitler-Bewegung sehr ernst nehmen, nachdem aus den beiden anderen genannten Gründen ihr Auftrieb so stark geworden ist. Man muß sich darauf vorbereiten, daß größenwahnsinnige und auch sonst nicht ganz normale Hitler-Anhänger zu Gewalttaten übergehen und eines Tages auch eine kleine Diktatur veranstalten. Aber man darf sich durch diese ernsthaften Sorgen über den Geist von Potheim doch nicht ins Bockshorn jagen lassen. Es gibt für eine Bewegung keine größere Gefahr, als wenn sie an den unwiderstehlichen Sieg ihrer Gegner glaubt, wenn sie ihre eigenen Ideale als überholt, veraltet, nicht mehr lebensfähig betrachtet. Nun ist davon bei den Republikanern gottlob keine Rede. Aber es gibt doch einige „Möhnetröster", die mit besorgten Mienen herumlaufen, und es gibt einige „Wandelsterne", die sich immer bemühen, rechtzeitig auf dem Boden der kommenden Tatsachen zu stehen. Das ist Spreu, Treibholz, Strandgut, das es zu allen Zeiten und in allen Bewegungen gegeben hat, und das man nicht allzu ernst nehmen darf. Das Entscheidende ist, daß die große Mehrheit der Republikaner und daß besonders die geschlossene Sozialdemokratische Partei sich diesem Pessimismus widersetzt.

Zunächst müssen wir uns darüber klar sein, daß die Anhänger der Demokratie für eine Bewegung kämpfen, die viele Jahrtausende Geschichte hinter sich hat, und die allen Anfechtungen siegreich widerstanden und allen Niederlagen getrotzt hat. Fürsten, Könige, Kaiser und Päpste haben sich im Laufe der Jahrtausende zum Kampf gegen die Demokratie verschworen. Mit Gewalttaten aller Art ist sie niederzuhalten versucht worden, und sie hat letzten Endes doch gesiegt. Je mehr Schulbildung in die Menschheit hineinkam, um so unwiderstehlicher wurde der Sieg der Demokratie. Je mehr Freiheitssehnen in den Seelen wach wurde, umso schwächer wurden die Feinde der Demokratie. Man müßte geradezu annehmen, daß die Welt sich auf den Kopf stellen würde, wenn das plötzlich anders wäre.

Was hat die Hitler-Bewegung dem entgegenzusetzen? An Ideen gar nichts. Daß ein gesunder Angehöriger eines gesunden Volkes national denkt, das heißt für seine Volksgemeinschaft lebt und arbeitet, das brauchte nicht Hitler zu erfinden, sondern das ist eine weltumstürzende Kraft, die durch die französische Revolution lebendig geworden ist, und die gewissermaßen auch an der Wiege der Demokratie steht. Die Gegner der Demokratie waren auch die Feinde der Nation, weil sie für ihr kleines Ländchen eintraten. Die Demokratie hat erst den nationalen Gedanken lebendig gemacht, und der neue Rechtsradikalismus hat nichts anderes hinzuzufügen, als daß er nicht einfach „national" sagt, sondern daß er von „fanatisch national" spricht. Das ist ähnlich so, wie man am Ende des Krieges, als der Zusammenbruch vor der Tür stand, von dem „stahlharten" Willen zum Siege sprach. Wenn die Ideen selbst faul sind, dann stellt sich zur rechten Zeit die Phrase ein.

Nun betonen die Nationalsozialisten ja auch ihren Sozialismus. Sie wollen die Menschheit erlösen, das Dritte Reich schaffen, einen neuen Zukunftsstaat aufbauen. Wenn wir, statt den „Abbauwahn" zu verfolgen, eine gesunde soziale Politik getrieben hätten, dann würden nur wenige Deutsche auf das Phrasengeklingel von Hitler hereingefallen sein. Erst als die Regierung, getrieben von einer kurzsichtigen Unternehmerschaft, anfing, durch Abbau und Steuererhöhungen denjenigen Teil der Wirtschaft zu zertrümmern, der noch lebendig war, erst von da beginnt der große Zulauf zu Hitler. Wenn an die Stelle der Politik des Abbaues eine Politik des Aufbaues treten würde, wenn man den Verbrauch ausdehnen, aber nicht einengen würde, dann würde es mit dem Glauben an den Hitlerschen Befreiungssozialismus bald zu Ende sein. Dem gesunden

Nebel verschuldet ein Eisenbahnunglück



Der fast undurchdringliche Nebel, der in den letzten Tagen über London und dem südlichen Teile Englands lagert, hat neben zahlreichen anderen Verkehrsunfällen auch ein folgenschweres Eisenbahnunglück verursacht. Bei der Station Dagenhamdock fuhr ein Personenzug, der mit von Weihnachtseinkäufen Heimkehrenden dicht besetzt war, auf einen Güterzug auf. Die Lokomotive wurde, wie das Bild zeigt, aus den Schienen geworfen, ebenso die beiden ersten Wagen des Zuges. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet, 30 Reisende verletzt, darunter sechs schwer.

Sozialismus, wie er von der Sozialdemokratie vertreten wird, gehört die Zukunft. Es ist eine unwiderstehliche Bewegung. Davon ist in gewissem Sinne sogar die Brüningsche Politik ein besonderes Zeugnis. Denn die Regierung Brüning ging aus, um die freie Wirtschaft wieder herzustellen, und sie hat jetzt am Ende eine Gesetzgebung produziert, die fast buchstäblich aus dem kanonischen Recht des Mittelalters abgeschrieben ist. Die Herren, die auszogen, um die freie Wirtschaft zu schaffen, setzten jetzt eine gebundene, eine gefesselte Wirtschaft in die Welt, die zwar weiß Gott nicht sozialistisch, aber doch das unbedingte Gegenteil von freier Wirtschaft ist. So haben Brüning und seine Ratgeber sich vor dem Sozialismus verneigen müssen, wenn sie ihn auch nicht verstanden haben. Gerade diese Krise zeigt, daß die Produktion für die Gesellschaft und durch die Gesellschaft eine unvermeidliche Notwendigkeit wird. Noch nie ist so klar gewesen, daß ein einzelnes Volk für sich nicht leben kann, daß weitgehende sozialistische Tendenzen auch in der internationalen Wirtschaft vorhanden sind. Hat jemand auch nur einen einzigen Gedanken aus der Hitler-Bewegung gehört für die Erfüllung dieser Naturkraft? Nichts ist an dem ganzen Rechtsradikalismus so nebelhaft wie der angebliche Sozialismus. Dieser sogenannte Sozialismus verspricht jedem seinen eigenen Betrieb, verspricht dem Mieter Mietsenkung, dem Hausbesitzer erhöhte Einnahmen, verspricht allen alles. Wenn er vor die Frage gestellt würde, wie er das erfüllen soll, dann würde innerhalb weniger Monate im Lande eine geradezu trostlose Einöde vorhanden sein. Es gibt in dieser Bewegung keine sozialistische Idee, keine sozialistische Praxis, es sei denn, man hielte Köpferrollen, Erschießen und Aufhängen für eine sozialistische Politik.

Mag der kommende Kampf mit dem Rechtsradikalismus verlaufen, wie er will, — daß er auf die Dauer nicht mit dem Sieg des Nationalsozialismus endet, ist so sicher, wie das Amen in der Kirche. Diese Leute können Verwirrung anrichten, können unklare Köpfe zu Verbrechen verleiten, können unendlich viel zerstören. Aufbauen können sie gar nichts. Alle Chancen des Sieges in diesem Kampfe sind auf unserer Seite, wenn wir sie nicht selber wegwerfen, wenn wir nicht schwach werden, wenn wir nicht selber an uns verzweifeln. Diese Primadonnen und Primaballerinen, die sich in nationalsozialistischen Versammlungen umjubeln lassen, leben nicht nur von dem Jubel ihrer Anhänger, sondern auch von der Furcht ihrer Gegner. In unserem Lager, in den republikanischen Parteien und im Reichsbanner sind die Millionen Frontsoldaten, die vor Verdun im mörderischen Feuer gelegen, auf der Lorettohöhe oder sonstwo unerschüttert standgehalten haben. Bei Hitler sind die jungen, verführten Leute, die noch in den Windeln lagen, als der Krieg begann, und die eben ihre erste Schiefertafel erhielten, als der Krieg zu Ende war. Da braucht man gar nicht zu fragen, auf welcher Seite die besseren Nerven, die bessere Erfahrung, der stärkere Wille sein werden. Beschäftigen wir uns mehr mit uns und weniger mit Hitler. Treffen wir ruhig unsere Maßnahmen zur Gegenwehr, damit wir nicht überrascht werden, wenn die an den Stammtischen der Heimkrieger von 1914—18 aufgewachsene Jugend sich etwa zu Angriffen verleiten lassen wollte. Wie man den Kampf gegen diesen Irrsinn führt, ob mit Brüning oder gegen ihn, das ist eine Frage, die wir durch unser Vertrauen in den Reichstag geschickt haben. Entscheidend aber ist, ob wir unsere Willenskraft unerschüttert erhalten, oder ob wir uns geschlagen geben, ehe wir besiegt sind.

Nazi-Auto verunglückt

Berlin, 22. Dez. (Drahtmeldung.) Auf der Chaussee Kyritz-Pritzwalk verunglückte das Auto, in dem, dem „Tempo" zufolge, Hitler, Göbbels, General Epp und andere Führer der NSDAP., sowie der Pfarrer, der Göbbels vor kurzem mit Frau Marja Quandt getraut hatte, saßen. Der Chauffeur wurde schwer verletzt. Die übrigen Insassen konnten nach Anlegung von Notverbänden entlassen werden.

Neue Wolken über dem Arbeitsmarkt

Ueber dem Arbeitsmarkt ballen sich neue Wolken zusammen. Die Lage hat sich in der ersten Dezemberhälfte verschlechtert. Wir haben nicht nur saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit, sondern auch eine Zunahme aus konjunkturellen Gründen. Es ist ein neuer Aufstieg der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen und die Zusammenbrüche von Borsig und Hanomag sind Symptome einer weiteren konjunkturellen Verschlechterung der Lage, sie sind Vorboten neuer Gefahren.

Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen belief sich nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Dezemberhälfte auf rund 290 000, womit eine Belastung von rund 5 349 000 erreicht wurde. In der gleichen Zeit des Vorjahres war die Zunahme mit rund 278 000 neuen gemeldeten Arbeitslosen nur um ein weniges geringer.

Der Anteil der überwiegend von der Konjunktur abhängenden Berufe ist in der ersten Dezemberhälfte rascher (um 4,2 Prozent) als in der zweiten Novemberhälfte (um 1,6 Prozent) gestiegen. Neben der Beendigung des Weihnachtsgeschäfts in vielen Industrien haben besonders die internationalen Währungsschwierigkeiten und die Schutzzollmaßnahmen wichtiger Abnehmerstaaten ungünstig auf den deutschen Arbeitsmarkt eingewirkt.

Die Belastung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge hat zusammen um etwa 158 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen. Nach den Meldungen der Arbeitslosenämter wurden in der Arbeitslosenversicherung am 15. Dezember rund 1 484 000 Hauptunterstützungsempfänger (Zunahme 118 000) gezählt, während in der Krisenfürsorge nach einer Zunahme von 40 000 etwa 1 446 000 Hauptunterstützungsempfänger betreut wurden.

In allen Saison-Außenberufen ist die Beschäftigung weiter zusammengeschrumpft und ihrem geringsten Umfang nähergekommen, so in der Landwirtschaft, wo vielfach auch alte Deputat-Familien freigesetzt wurden, im Baugewerbe, in den Baustoffindustrien und allgemein in der Berufsgruppe der ungelernten Lohnarbeit.

Die Ostpreußische Landwirtschaftskammer aufgelöst

Ein Staatskommissar ernannt

Berlin, 22. Dez. (Drahtmeldung.) Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Die Ostpreußische Landwirtschaftskammer hat in ihrer Vollsitzung am 15. Dezember im Anschluß an eine Entschließung folgenden Antrag angenommen: „Die Vollversammlung bittet den Präsidenten Brandes, dem Reichspräsidenten zu erklären: Der ostpreußische Landstand erkennt die Machtlosigkeit des Reichspräsidenten der heutigen Systemkraft gegenüber. In tiefster wirtschaftlicher und seelischer Not bittet er den Reichspräsidenten, sowohl für seine Person als auch für das derzeitige Reichskabinett den Weg alsbald freizumachen für Männer, die aus Kampf und Glauben zusammengeschweißt, jetzt nur noch allein in der Lage sind, nicht nur die Landwirtschaft, sondern das ganze Volk zu retten."

Dieser Beschluß fordert nachdrücklichst den Rücktritt des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Die den Antragstellern nahestehende „Preußische Zeitung" hat dies offen bestätigt. Damit hat die Kammer politische Forderungen gestellt und die ihr gesetzlich zustehenden Befugnisse überschritten. Selbst bei weitherzigster Auslegung des Selbstverwaltungsrechtes der Kammer kann ein solcher Beschluß im Interesse der Erhaltung der Staatsautorität nicht hingenommen werden und bedarf schärfster Ahndung. Zwar hat der Vorstand der Landwirtschaftskammer in seiner Sitzung vom 19. Dezember beschlossen, die Angelegenheit nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen, um erneut Beschluß zu fassen mit der Begründung, daß ein Teil der Kammermitglieder sich über die Tragweite des Beschlusses nicht im klaren gewesen sei. Dieser Vorstandsbeschluß kann jedoch nach Auffassung der Staatsregierung an den oben festgestellten Tatsachen nichts ändern. Die Staatsregierung hat sich deshalb genötigt gesehen, die Ostpreußische Landwirtschaftskammer aufzulösen und den Landeskulturamtspräsidenten Pauly in Königsberg zum Staatskommissar für die zwischenzeitliche Verwaltung zu ernennen.

Leo Sklarek kontra Hoffmann

Immer neue Gegensätze

Berlin, 21. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die schweren Zusammenstöße zwischen Leo Sklarek und dem Stadtbankdirektor Hoffmann dauerten fast während der ganzen weiteren Verhandlung am heutigen Nachmittag an, und es kam zu immer neuen Gegensätzen zwischen diesen beiden Angeklagten, wobei recht interessante Dinge zur Sprache kamen.

Leo Sklarek erklärte zunächst, daß Direktor Hoffmann seit dem Jahre 1924 alles bei den Sklareks habe machen lassen. Er sei bereits Kunde bei Kieburg gewesen und habe sich bei ihm, Leo Sklarek, darüber beklagt, daß er ein so kleines Gehalt bekomme, während er doch bei seiner Vernehmung erklärt hatte, daß er über 1000 Mark im Monat verdient habe. Hoffmann bestritt demgegenüber, daß er jemals Leo Sklarek gegenüber über sein Gehalt gesprochen habe, wohl aber habe Leo ihn einmal gefragt, was er bekomme.

Leo Sklarek (erregt): „Hoffmann hat ja die Freundschaft mit uns gesucht, und nicht umgekehrt. Ich habe mich manchmal gefragt: „Was will denn dieser gebildete Mann eigentlich von uns?" Mir kam er doch immer vor, wie ein großer Gelehrter. (Zu Hoffmann gewandt): Sie haben doch immer getan, als ob wir Luxuswaren haben müßten."

Hoffmann: „Ich habe meine Waren von der KVG. bezogen. Ich muß mich hüten, schärfere Ausdrücke zu gebrauchen, denn alles, was Sie sagen, stimmt nicht."

Leo Sklarek: „Sie können sagen, was Sie wollen, in der KVG. haben wir doch kein Tafelservice und keine Luxusgegenstände von Rosenhein gehabt. Alles, was Sie da gesehen haben, mußten Sie doch haben."

Hoffmann: „Ich besitze gar keine Tafelservice. Sie haben mir immer alles aufgedrängt und gesagt, Sie können alles billiger besorgen. Dieser gesellschaftliche Verkehr, den ich im Interesse meines Dienstes getan habe, hat mich 3000 Mark gekostet."

Leo Sklarek (höhnisch): „Jawohl, Sie bekommen noch Gehalt, wir bekommen aber gar nichts. Sie haben alles bekommen und geholt und haben jetzt alles vergessen."

Bei dieser Gelegenheit teilte Leo Sklarek dem Vorsitzenden mit, daß er am Vormittag einen Autounfall erlitten habe, sodaß seine Erregung verständlich sei. „Um ein Haar wären wir beide nicht hier. Das wäre ja kein großes Unglück; dann wäre eben alles vorbei gewesen."

Leo Sklarek erzählte dann weiter, Hoffmann habe sich auch beschwert, daß Direktor Schmitt durch Schrodsdorff eine Villa für 60 000 Mark bekommen und er sich vergeblich nach einer Wohnung bemüht habe. Da mußte ich mir doch sagen: Dem mußt du jeden Gefallen tun und zu allem Ja und Amen sagen. Hoffmann hat sich doch nach unserem Kredit gerissen.

Direktor Hoffmann bestritt auch dies alles und räumt nur ein, daß er einmal von der Wohnungsangelegenheit gesprochen aber nicht beabsichtigt habe, die Sklareks deswegen in Anspruch zu nehmen.

Leo Sklarek (schreiend): „Wer hat Sie denn 1925 zu uns geschickt? Kieburg war es."

Vorsitzender: „Stimmt das?"

Hoffmann: „Direktor Kieburg hat mir einige Firmen, darunter auch die Sklareks, empfohlen, denn die Stadtbank mußte ja Kunden haben. Ich habe mich sehr bemüht, sie als Kunden zu bekommen, sie wollten aber erst nicht mit einer behördlichen Stelle als Bank arbeiten."

Vorsitzender: „Da haben Sie also als Bankdirektor Kunden gesucht?"

Hoffmann: „Wir hatten doch eine besondere Propagandastelle."

Vorsitzender: „Eben deshalb brauchten Sie das doch nicht als Direktor zu tun."

Die Stadtbankdirektoren bestritten, daß die Weiterzahlung der Tantiemen auf den Einfluß Sklareks zurückzuführen sei. Leo Sklarek meinte aber triumphierend, daß sie das garnicht beurteilen könnten und erklärte: „Dabei bleibe ich und wenn ich keinen Kopf mehr habe."

Die Verhandlung wurde dann schließlich auf Mittwoch früh vertagt.

Ueber eine Million!

Wohlfahrtserwerbslose in Preußen

Berlin, 22. Dezember. (Drahtbericht.) Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamtes vom 30. November sind in Preußen 999 585 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 926 408 am Ende des Vormonats, so daß sich im November eine Zunahme um 79 177 ergibt. Einschließlich der unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen, deren Anerkennung durch das Arbeitsamt am Stichtage noch nicht ausgesprochen gewesen ist (19 858) sowie der strittigen Fälle (5360) ist die Gesamtzahl der von den preußischen Bezirksfürsorgeverbänden laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen Ende November auf 1 025 000 angewachsen.

Im Jahre der Abrüstung!

Erhöhung des Rekruten-Kontingents in Belgien

Brüssel, 22. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die belgische Kammer befaßte sich am Dienstag mit einem Regierungsentwurf, der das jährliche Kontingent von 33 000 auf 34 000 erhöht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Vandervelde bekämpfte den Entwurf, und legte zugleich den Standpunkt der Arbeiterpartei zu der bevorstehenden internationalen Abrüstungskonferenz dar.

Nr. 299. 13. Jahrgang. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 23. Dezember 1931.

STADT GELSENKIRCHEN

Die Delegation der Fürsorgearbeiter im Rathaus

Die KPD. hatte mal wieder eine große Sache inszeniert. Auf allen Arbeitsstellen der Fürsorgearbeiter hat sie die nötige Propaganda entfaltet für die Entsendung einer Delegation zum Hauptausschuß, um dort die Wünsche der Fürsorgearbeiter zum Ausdruck zu bringen. Als wenn die Wünsche der Fürsorgearbeiter nicht längst den Hauptausschußmitgliedern oder der Verwaltung bekannt wären. Es bedarf sicherlich keiner Delegation mehr, um dem Hauptausschuß die Not weiter Volkskreise vor Augen zu führen. Aber es gibt nicht nur eine Not der Fürsorgearbeiter, nein, auch der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Erwerbslosen, Kurzarbeiter des Bergbaues und der Metallindustrie, die vor dem Bankrott stehenden Mittelständler, alle diese Volkskreise sind von einer ungeheuren Not ergriffen. Es handelt sich heute nicht darum, diese Not zu erkennen, sie ist erkannt. Es handelt sich darum, die Not im Maße der vorhandenen Mittel zu lindern. Es handelt sich darum, ob über das Maß der gezahlten Unterstützungen des Wohlfahrts- und Arbeitsamtes noch irgendwelche Leistungen der öffentlichen Hand möglich sind.

Die kommunistischen Vertreter im Hauptausschuß wissen aus den internen Beratungen, daß es fast unmöglich ist, die Pflichtleistungen aufrechtzuerhalten, und daß für darüber hinausgehende Leistungen keine Mittel vorhanden sind. Die Stadt Gelsenkirchen ist auf Regierungszuschüsse angewiesen, die jedoch nicht gegeben werden, wenn damit Sonderunterstützungen an Wohlfahrtsunterstützungsempfänger oder Wohlfahrtsarbeiter gewährt werden. Der Wunsch der Wohlfahrtsarbeiter, nur einige Schichten mehr zu arbeiten, um ihren Kindern eine Weihnachtsfreude machen zu können, ist berechtigt. Aber was nützt den Fürsorgearbeitern die Anerkennung dieser Berechtigung, wenn der Oberbürgermeister auf dem Standpunkt steht, daß irgendwelche Sonderleistungen nicht gemacht werden können. Mehrarbeit und höheres Einkommen für die Fürsorgearbeiter zieht doch ohne weiteres die Konsequenz nach sich, daß der Wohlfahrts- und Krisenunterstützungsempfänger, der noch weniger hat, nun auch Anspruch auf eine Sonderleistung erhebt. Es handelt sich also hier nicht um ein paar Fürsorgearbeiter, sondern stets um etwa 30 000 Menschen mit ihren Angehörigen, die eine Unterstützung haben wollen, und dazu fehlen eben die Mittel. Dies weiß auch die KPD.

Was bezweckt sie nun mit ihrer Aktion?

Bei den Delegationen wird die Hoffnung erweckt, daß ein Vorstelligwerden doch noch Zweck haben könnte. Ist diese Hoffnung erweckt, so folgt darauf die Enttäuschung und die für die KPD. so wertvolle Erbitterung. Dann wird den Wohlfahrtsarbeitern berichtet und der Erfolg für die KPD. kann nicht ausbleiben. Aber die Kombinationen der KPD. gehen noch weiter. Die KPD. weiß genau, daß die Delegationen, die in den Hauptausschuß eindringen, sich des Hausfriedensbruches schuldig machen, daß sie ohne weiteres von der Polizei aus dem Rathaus geführt werden können und sich dabei noch strafbar machen.

Ach, was wäre das doch eine wundervolle Propaganda für die KPD. gewesen, wenn die Delegation der Wohlfahrtsarbeiter mit Gewalt hätte aus dem Rathaus entfernt werden müssen, und der berüchtigte „Severing-Gummiknüppel" in Aktion getreten wäre. Nein, den Gefallen hat man diesmal der KPD. nicht getan. Ganz richtig sagte der Oberbürgermeister, daß nicht die Delegationen der Wohlfahrtsarbeiter die Schuldigen sind, sondern die Drahtzieher, die im Hauptausschuß sitzen. Erfreulicherweise waren die Delegierten sehr vernünftige Leute, die wohl schon vorher von der Komik ihrer Delegation überzeugt waren, denn wohin sollte es führen, wenn jede Interessengruppe ihre Delegation zum Hauptausschuß schicke. Einmal würden die Gastwirte erscheinen wegen der Biersteuer, ein andermal ½ Dutzend wütender Metzgermeister wegen der Schachthofgebühren, dann eine Delegation der Marktfrauen wegen der Marktstandsgebühren usw. Und da sage einer, wie da ein Hauptausschuß noch seine sachliche Arbeit erledigen soll, wo die Sitzungen sowieso bis in die Nacht hinein dauern.

Arbeiter, laßt euch von diesen Drahtziehern nicht länger mißbrauchen!

Das sind die Säulen des „Dritten Reiches"

Vor dem Amtsgericht in Gelsenkirchen hatte sich der 27 Jahre alte Klempner Wilhelm Kieferling aus Wanne-Eickel zu verantworten. Dieses recht jugendlich und wohlgenährt aussehende Kerlchen ist bereits wegen Betruges, Diebstahls und schweren Diebstahls mehrfach vorbestraft. Das aber sind bei ihm nur kleine Sachen; denn die großen Dinger wird er sicher als Nazi erst im „Dritten Reich" drehen wollen. Zur Sache: Am 1. Mai standen an einer Ecke in der Hindenburgstraße einige Reichsbannerkameraden und unterhielten sich. Kieferling war mit einem gewissen Walter Rothkranz, der nicht zum Termin erschienen war, auf die Reichsbannerleute zugekommen und hatte gefragt: „Was wollt ihr eigentlich?" Man sagte ihm, er solle zusehen, daß er schleunigst wegkäme. daraufhin hatte K. einen Reichsbannermann angefaßt, und dieser zog dem Angreifer die Schlägermütze ins Gesicht. Voller Wut kamen nun die anderen Nazis hinzu, und die schönste Keilerei war im Gange. Ein Reichsbannermann wurde auch erheblich verletzt, da ein Nazi mit einem Schlagring „gearbeitet" haben sollte. Dieser Vorfall hatte viel Volk herangelockt, und bald war auch das Ueberfallkommando zur Stelle. Die Passanten bezeichneten gleich Kieferling als den Hauptübeltäter, der nun aufgefordert wurde, mit zur Wache zu gehen. K. unternahm einen Fluchtversuch und konnte wieder gestellt werden. Jetzt mußte er ins Auto steigen. Er weigerte sich, schlug um sich und griff einen Beamten tätlich an. Man weiß, daß die Schupo über gewisse Transportgriffe verfügt und selbst einen Nazihelden vom Schlage des K. per Schwung in ein Auto setzen kann. Das erfuhr nun auch K. Vom Auto aus versuchte er nochmals, stiften zu gehen. Man legte ihm aber die Handkette an, und dann war es mit dem Heldenmut des K. zu Ende. Vor dem Strafrichter wollte K. einmal angetrunken gewesen sein. Dann sollten die Reichsbannerleute ihn als Nazistrolch beschimpft haben (bei diesen Vorstrafen!!!), und den Widerstand hätte er nur geleistet, weil er sein Fahrrad mitnehmen wollte. Ein Beamter hatte ihm jedoch vorher erklärt, daß sein Rad durch einen anderen Beamten zur Wache gebracht würde. Das Gericht verurteilte K. wegen groben Unfugs zu 3 RM Geldstrafe oder einem Tage Haft und wegen Widerstandes zu zwei Wochen Gefängnis. Eine Bewährungsfrist kommt für diesen für das „Dritte Reich" qualifizierten Bürger nicht mehr in Betracht.

Zum Kapitel der Mietensenkung

Mietermäßigung bei Neubauten und bei Bauten gemeinnütziger Wohnungsunternehmen

Uns wird geschrieben:

Ueber die Mietermäßigung auf Grund der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 sind in der Oeffentlichkeit vielfach irrige Vorstellungen entstanden, namentlich, soweit die Mieten der Neubauwohnungen in Frage kommen. Hinsichtlich dieser Mieten bestimmt die Notverordnung in ihrem zweiten Teil (Wohnungswirtschaft), Kapitel 2 (Mietsenkung), § 2,

daß sich der Mietzins ab 1. Januar 1932 anteilig um den Betrag ermäßigt, um den die Belastungen des Grundstücks durch die Zinssenkung, die ebenfalls in der Notverordnung geregelt ist, gesenkt werden.

Durch einen Rundfunkvortrag des Reichsfinanzministers und durch andere Verlautbarungen ist in den Kreisen der Neuhausmieter die Auffassung entstanden, daß die Mietsenkung vom 1. Januar 1932 an für sie allgemein 15 Prozent betragen würde.

Diese Auffassung ist nach den Bestimmungen der Notverordnung nicht richtig,

und es ist zu bedauern, daß durch diese Hinweise in den breiten Schichten der Bevölkerung eine gewisse Unruhe eintreten muß, wenn sich tatsächlich ergibt, daß die Mietsenkung nicht 15 Prozent ausmacht. Da die Mietsenkung der Neubauwohnungen von der Senkung der Zinsen abhängig gemacht ist, wird sie bei den verschiedenen Bauten ganz verschieden ausfallen, je nachdem bisher die aufgenommenen Hypothekendarlehen verzinst werden mußten. So gibt es z. B. eine Reihe von Bauten, bei denen das Hypothekenkapital nur mit 6 Prozent oder darunter (wie z. B. bei den Darlehen der Landesversicherungsanstalt) verzinst wird. Die Bauherren können ganz allgemein nur insoweit eine Senkung vornehmen, als ihre eigenen Zinslasten herabgemindert werden. Diese Tatsache ist schon bisher in den vielen Verhandlungen der Neuhausbesitzer über eine Mietermäßigung klar zum Ausdruck gebracht und nachgewiesen worden.

Aber auch dort, wo die aufgenommenen Hypotheken mit 7 oder 8 Prozent oder noch höher verzinst werden mußten, wird sich die Zinssenkung nur in seltenen Fällen so auswirken, daß dadurch eine Mietsenkung um 15 Prozent möglich ist. Es kommt im Einzelfall ganz darauf an, welchen Anteil das teure Fremdkapital an der Gesamtfinanzierung hat. Bei denjenigen Bauvorhaben, die bisher mit dem größten Anteil an Fremdkapitalien finanziert worden sind, wird sich die Zinssenkung und damit auch die Mietsenkung am stärksten auswirken. Aber auch hier wird es nur wenige Fälle geben, in denen die Senkung bis zu 15 Prozent der bisherigen Mieten ausmacht, nämlich nur dann, wenn etwa 60 bis 70 Prozent der Gesamtbaukosten mit sehr teurem, über 8 Prozent liegendem Kapital finanziert wurden.

Es bleibt zu wünschen, daß die vorgesehenen Ausführungsbestimmungen in diesen Fragen bald Klarheit bringen. In diesen wird auch bestimmt werden müssen, daß der etwa zur Erhebung kommende Verwaltungskostenbeitrag, der neben dem Zinssatz der Senkung nicht unterliegt, eine angemessene Grenze nicht überschreitet.

Die Notverordnung hat leider die Wünsche der Mieter in Neubauwohnungen, aber auch der Besitzer der Neubauwohnungen, die an der Beibehaltung der jetzigen Mieten nicht das geringste Interesse haben, nur ganz unzulänglich berücksichtigt. Die Mieter in den Neubauwohnungen sind wiederum, wie auch bei früheren Bestimmungen erheblich schlechter gestellt, als die Mieter in Altwohnungen, für welche die Notverordnung, abgesehen von den bisherigen Erleichterungen, praktisch weitergeht. Die große Enttäuschung in den Kreisen der Neuhausbesitzer ist deshalb verständlich. Diese werden sich bemühen müssen, daß baldigst weitergehende Mietsenkungen in den Neubauwohnungen möglich werden. Augenblicklich sind sie nicht in der Lage, eine größere Mietsenkung vorzunehmen. Sie können nur bedauern, daß den Mietern größere Hoffnungen gemacht wurden, als sich tatsächlich verwirklichen lassen. Dies gilt sowohl für private, wie auch für gemeinnützige Bauherren.

Für gemeinnützige Wohnungsunternehmen ist eine besondere Regelung in der Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers und des Reichsjustizministers vom 15. Dezember 1931 getroffen. Die gemeinnützigen Bauvereine, die vielfach einen sehr großen Wohnungsbesitz aus verschiedenen Bauperioden verwalten, sind berechtigt, aber auch verpflichtet, unbeschadet des Grundsatzes einer möglichst allgemeinen Mietsenkung eine weitgehende Angleichung der Mieten vergleichbarer Wohnungen vorzunehmen. Die Begründung hierfür liegt in dem genossenschaftlichen Gedanken, mit dem eine Bevorzugung bestimmter Baugruppen, die etwa in der Inflationszeit oder mit besonders billigem Geld gebaut worden sind, nicht vereinbar ist.

Achtung, Funktionäre der SPD., Gelsenkirchen!

Sonntag, den 27. Dezember, um 17 Uhr, im Lokale Kuhlmann, Schalker Straße:

Allgemeine Versammlung der Funktionäre und Funktionärinnen der SPD.

Tagesordnung:

1. **Referat und Aussprache über die politische Lage.**
   Referent: Genosse Halbfell.
2. **Organisatorische und örtliche Angelegenheiten.**

Wer ist teilnahmeberechtigt? Alle Mitglieder der Partei, die eine Funktion in der Partei, im kommunalen Leben, in der Wohlfahrtspflege und in der SAJ. ausüben.

Sämtliche Vorstandsmitglieder und leitenden Funktionäre der Gewerkschaften, der Arbeitersportvereine, des Reichsbanners und der Kulturvereine, soweit sie Mitglied der Partei sind, sind teilnahmeberechtigt. Parteibuch und Funktionärkarte legitimiert. Soweit die Funktionäre und Funktionärinnen noch nicht im Besitze einer Funktionärkarte sind, wird diese in der Sitzung ausgestellt.

Die gespannte politische Situation bedingt restloses Erscheinen aller Funktionäre und Funktionärinnen.

Um insbesondere letzteren die Teilnahme zu ermöglichen, ist die Versammlung auf den Nachmittag angesetzt worden.

Der Zentralvorstand: J. A.: Brüntink.

Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Gelsenkirchen

Im Hans-Sachs-Hotel fand Montag abend die gutbesuchte Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Gelsenkirchen (Altstadt) statt. Zunächst wurde der vom Kassenvorstand vorgelegte Voranschlag für das Jahr 1932 erläutert und besprochen. Er fand die einmütige Zustimmung des Ausschusses und wurde in Einnahme und Ausgabe auf den Gesamtbetrag von 657 000 RM festgesetzt. Zu Rechnungsprüfern für die Rechnung des Jahres 1931 wurden die Herren Franken, Mehr und Dr. Bäumer bestimmt; bei ihrer Verhinderung sollen die Herren Limburger, Felten und Granold eintreten.

Die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 beseitigt mit dem 1. Januar 1932 sämtliche Mehrleistungen der Krankenkassen. Nur diejenigen Kassen, die nicht mehr als 5 Prozent Beiträge erheben, können mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes die Mehrleistungen wieder gewähren bzw. beibehalten. Die Allgemeine Ortskrankenkasse erhebt 5,5 Prozent Beitrag. Um auf den Beitragssatz von 5 Prozent herabzugehen, ist es aber nicht nötig, alle Mehrleistungen abzubauen. Der Kassenvorstand hatte daher nachträglich dem Ausschuß noch eine Vorlage über eine Satzungsänderung zugehen lassen, deren Beratung in der letzten Sitzung einstimmig beschlossen wurde. Grundlegend wurde zunächst die Herabsetzung der Krankenkassenbeiträge auf 5 Prozent des Grundlohnes ab 1. Januar 1932 beschlossen. Man wollte damit die Voraussetzung schaffen, um die Zustimmung des Oberversicherungsamtes zur Beibehaltung des größten Teiles der Mehrleistungen einholen zu können. Beschlossen wurden dann folgende Aenderungen: Der Höchstbetrag für kleinere Heilmittel und der Zuschuß zu größeren Heilmitteln soll 30 RM (bisher 40) betragen. Die Zuschläge zum Krankengeld werden für alle Angehörigen, auch für die Ehefrau auf 5 Prozent festgesetzt. Das sogenannte Taschengeld soll in Wegfall kommen. Der Zuschuß zu Hilfsmitteln wird von 40 auf 30 RM herabgesetzt. In der Familienhilfe bleibt der Anspruch auf ärztliche Behandlung für 26 Wochen bestehen, zu den Arzneikosten werden 50 Prozent Zuschuß gezahlt, von den Krankenhauskosten für Familienangehörige wird die Hälfte bis zu 8 Wochen übernommen. Die Zuschläge zum Wochengeld für Familienangehörige in den Lohnstufen 6 bis 10 werden beseitigt. Alle übrigen Mehrleistungen sollen bestehen bleiben, wie noch durch einen besonderen einstimmigen Beschluß festgestellt wird. Die Aenderungen sollen ab 1. Januar 1932 gelten.

Dieser teilweise Abbau der Mehrleistungen wird den Ausfall an Beiträgen, der durch die Senkung von 5½ auf 5 Prozent entsteht, nicht ganz ausgleichen. Da die Kasse aber etwas mehr als die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage besitzt und die Notverordnung auch die Inanspruchnahme der Rücklage für 1932 gestattet, soll nötigenfalls ein Teil der Reserven in dieser Notzeit verwendet werden.

Immer weiße Zähne hat man bei ständigem Gebrauch von Chlorodont-Zahnpaste (Tube 50 Pf.) unter gleichzeitiger Benutzung der praktischen Chlorodont-Zahnbürste (Spezialschnitt). Versuch überzeugt. Hüten Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen.

Wintersonnenwendfeier bei den Arbeiterschwimmern

Man darf es gerade als einen glücklichen Einfall bezeichnen, daß der Arbeiterschwimmverein am Samstag um 16 Uhr seine Kinderabteilung zu einer Sonnenwendfeier ins Gewerkschaftshaus einlud. Ueber 130 Kinder hatten dieser Einladung Folge geleistet. Das sinnreich geschmückte große Zimmer des Gewerkschaftshauses vermochte das lustige Völkchen fast kaum zu fassen. Die Musikgruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde", die sich in freundlicher Weise zur Verfügung gestellt hatte, wartete zu Beginn mit einigen Musikdarbietungen auf. Die Kinder sangen anschließend mit kräftigen Stimmen „Wann wir schreiten Seit' an Seit'"

Dann wußte die kleine Schwimmerin Rogge ihren Vereinskameradinnen mit ihrem zarten Stimmchen etwas über die Sonnenwende zu berichten. Gen. Lenfert begrüßte die Kinder und führte unter anderem folgendes aus:

„Die Natur hat sich wieder ihr weißes Mäntelchen umgehängt, der Schnee ist gefallen. Es glitzert in allen Farben. Das wird von euch natürlich mit dem größten Vergnügen begrüßt. Ihr könnt euch wieder im Schnee herumtummeln und die Freuden des Winters genießen. In unserer Stadt der Kamine und Schlote hält diese Freude allerdings nicht lange an. Bald hat sich alles wieder in Schmutz verwandelt. Die Sonne hat ihren höchsten Stand erreicht, die Tage sind am kürzesten. Aber schon in einigen Tagen ändert sich dies wieder, und wir gehen dem Frühling entgegen. Diesen Zeitpunkt benützten unsere Vorfahren, die Germanen, und zogen hinaus aufs Feld und zündeten ein Freudenfeuer an, zur Feier des Wintersonnenwendfestes. Dieses Fest galt als Fest der Freude. Alle Feindschaft wurde eingestellt, man beschenkte sich gegenseitig, und so herrschte große Freude ob des Kommens des Frühlings.

Die Zivilisation hat dem Weihnachtsfest ja auch den Nimbus der Freude beigelegt. Mit dem Beschenken sieht es in diesem Jahre allerdings ziemlich mäßig aus. Die Väter von euch sind meist arbeitslos, und ihr habt am eigenen Leibe die Not schon spüren müssen. Der Arbeiter-Schwimmverein überreicht euch zum Dank für eure treue Mitgliedschaft einige Naschereien und eine kleine Bundesnadel. Wir hoffen, daß ihr uns auch im kommenden Jahre die gleiche Freundschaft bewahrt. Hiermit hatte man den Vogel abgeschossen. Die Kinder stimmten begeistert in das Lied ein „Wir sind jung, die Welt ist offen!" „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" bildete den Beschluß der überaus gut verlaufenen Veranstaltung.

Der Veranstalter dürfte mit dem Erfolg dieser Feier zufrieden sein.

Von der Leiter gestürzt

Die Ehefrau Maria Reichert stürzte infolge eines Fehltrittes beim Fensterputzen von einer Treppenleiter. Die bedauernswerte Frau fiel so unglücklich herunter, daß sie erhebliche Verletzungen davontrug. Der Ehemann bemühte sich mit einer Hausbewohnerin um die Verletzte und sorgte für ärztliche Hilfe, die alsbald zur Stelle war. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß die Frau den linken Arm gebrochen hatte. Die erlittene Stirnverletzung war so groß, daß sie vom Arzt genäht werden mußte.

Städtische Nachrichten

In einer Bekanntmachung unserer heutigen Ausgabe mahnt die Städtische Steuerkasse die bis zum 19. d. M. fällig gewesenen und bisher nicht eingezahlten Bürgersteuern mit dem Hinweis darauf an, daß die Zahlung nunmehr innerhalb dreier Tage erfolgen muß, da sonst das Verwaltungszwangsverfahren durchgeführt werden muß. Es handelt sich hierbei um die selbständig veranlagten Steuerpflichtigen, also nicht um die Lohn- und Gehaltsempfänger.

*

Unter dem Viehbestande des Gutspächters Heinrich Langels in Essen-Rüttenscheid, Norbertstraße 120, ist die Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt worden.

*

Im Monat November d. J. stieg nach Mitteilung des Deutschen Städtetages die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (Gesamtbevölkerung 25 Millionen) um 62 000 auf 1 011 000 = 6,5 Prozent Steigerung, gegen 7,5 Prozent Steigerung im Vormonat. In Gelsenkirchen stieg die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen weiter um 1501 Parteien auf 11 585 = 14,9 Prozent Steigerung, gegen 14,5 Prozent im Vormonat.

Trotz der verhältnismäßig hohen Zugänge bleibt die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Gelsenkirchen noch unter dem Durchschnitt der vom Deutschen Städtetag ermittelten Zahlen. Während in dem Erhebungsbereich des Deutschen Städtetages auf je 100 Einwohner 4 Wohlfahrtserwerbslose entfallen, kommen in Gelsenkirchen auf 100 Einwohner 3,5 Prozent Wohlfahrtserwerbslose.

Im Gegensatz zu der starken Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen ist in der Zahl der Zusatzunterstützungsempfänger in Gelsenkirchen ein Rückgang um 195 = 4 Prozent zu verzeichnen, so daß auf 100 Einwohner 1,4 Zusatzunterstützungsempfänger kommen.

Ende November wurden im ganzen 3666 Parteien durch das Fürsorgeamt Gelsenkirchen beschäftigt = 31,6 Prozent der Wohlfahrtserwerbslosen.

Zwei Wasserrohrbrüche auf der Bochumer Straße

In der Dienstagnacht entstanden auf der Bochumer Straße infolge der Kälte an zwei verschiedenen Stellen zwei Wasserrohrbrüche. Der erste, der der weitaus größere war, ereignete sich auf der linken Straßenseite bei der Wirtschaft Masius. Infolge der Ausbesserungsarbeiten mußte die linke Straßenseite gesperrt werden, so daß hier ein ernsten Gefahrenpunkt für den an dieser Stelle besonders großen Fahrzeugverkehr entstand. Zum Glück ging alles reibungslos vonstatten. — Der zweite Rohrbruch geringeren Ausmaßes ereignete sich auf der rechten Straßenseite, direkt gegenüber dem Polizeirevier. Da mit den Ausbesserungsarbeiten sofort begonnen wurde, war in den späten Nachmittagsstunden der Schaden an beiden Stellen wieder behoben.

Jugendlicher Leichtsinn

Zu einem folgenschweren Unglücksfall kam es Montag gegen 22 Uhr auf der Kirchstraße im Stadtteil Bulmke. Der 18 Jahre alte Radfahrer Gerhard Bimmermann hatte sich in leichtsiniger Weise an einem Lieferwagen festgehalten und sich mitziehen lassen. An der Ecke Heinrich- und Kirchstraße ließ er sich plötzlich los und kam zu Fall. Er stürzte mit großer Wucht auf die Straße und schlug mit dem Kopf auf die Bordsteinkante. Bimmermann blieb besinnungslos liegen. Der Kraftfahrer, der den Unfall nicht bemerkt hat, fuhr unbekümmert weiter. Hilfsbereite Straßenpassanten bemühten sich um den Verletzten, der aus vielen Wunden stark blutete. Nachdem der verletzte Radfahrer notdürftig verbunden worden war, schafften zwei junge Leute den leichtsinnigen Menschen in die elterliche Wohnung. Dieser Unfall dürfte für ihn in Zukunft eine Lehre sein.

Heftiger Zusammenstoß zweier Lieferwagen

Zu einem Verkehrsunfall kam es Dienstag gegen 17 Uhr an der bekannten Straßenkreuzung Wanner und Hohenzollernstraße im Stadtteil Bulmke. Schon oft war diese gefährliche Straßenkreuzung der Schauplatz unzähliger Verkehrsunfälle, die nicht immer ohne ernstere Folgen abgelaufen waren. Wiederum kam es an dieser Stelle zwischen zwei Kraftwagen zu einem heftigen Zusammenstoß. Ein Lieferwagen, der die Nummer IX 33110 trug, kam aus der Richtung Vereinigte Stahlwerke und wollte die Wanner Straße kreuzen. Dieser Wagen hatte das Vorfahrtsrecht. Der zweite Kraftwagen, ein kleiner Wagen der Firma Gerads, kam aus der Richtung Hochstraße und stieß an der bezeichneten Straßenkreuzung mit dem Lieferwagen zusammen. Der Führer des Wagens von Gerads wollte noch vor dem anderen Wagen in die Hohenzollernstraße einbiegen, jedoch gelang es ihm nicht. Er fuhr ihm in die Flanke und beschädigte ihn leicht. Gerads Wagen wurde bei dem Zusammenstoß hart mitgenommen, der Kühler wurde vollständig eingedrückt, die Lampen zertrümmert und die Kotflügel verbogen. Die Beifahrerin, die von dem Unglücksfall ersichtlich mitgenommen worden war, konnte sich erst nach einiger Zeit wieder erholen. Personen sind bei diesem Unglücksfall nicht zu Schaden gekommen.

Motorradfahrer rast gegen einen Lastwagen

Kaum vergeht ein Tag in Gelsenkirchen, an dem nicht mehrere Verkehrsunfälle aus allen Stadtteilen gemeldet werden. Zu einem folgenschweren Verkehrsunfall kam es wieder einmal Montag abend auf der König-Wilhelm-Straße. Auch hier handelt es sich wieder um einen Unglücksfall, der bei der erforderlichen Aufmerksamkeit eines der Beteiligten verhindert werden konnte. Jedoch zeigt dieser Fall auf der anderen Seite, daß pflichtbewußte Chauffeure die Verkehrsvorschriften bis zur letzten Möglichkeit beachten können, ohne aber gegen Unfälle geschützt zu sein. — Ein Lastkraftwagen, der gegen 19.30 Uhr die König-Wilhelm-Straße hinauffuhr, wollte in die 1. Walzwerkstraße einbiegen. Der Führer des Kraftwagens hatte bereits den Richtungsanzeiger betätigt, als er aus der selben Richtung zwei Kraftwagen herankommen sah. Auf diese beiden Fahrzeuge nahm er Rücksicht und wartete, bis sie ihn überholt hatten. Erst jetzt steuerte er seinen Wagen von der rechten Straßenseite zur Walzwerkstraße. Der Wagenführer hatte bereits die halbe Fahrbahn mit seinem Wagen überquert, als aus der Richtung Scholker Markt in rasendem Tempo ein Motorradfahrer kam. Der Führer des Lastwagens erkannte sofort die Gefahr, und sah, daß es zu einem Unglück kommen mußte. Mit aller Gewalt versuchte er, seinen Wagen nach der rechten Straßenseite zu steuern, um den Zusammenstoß zu verhindern. Dieses gelang ihm jedoch nicht, und im nächsten Augenblick prallte der Motorradler mit großer Wucht gegen den Lastwagen. Der Motorradfahrer, ein junger Mann aus der Luisenstraße, wurde mit großer Wucht und in weitem Bogen auf die Straße geschleudert, wo er regungslos liegenblieb. Er wurde von hilfsbereiten Anwohnern der bezeichneten Straße in ein nahegelegenes Haus getragen. Inzwischen hatte der Führer des Lastwagens einen Arzt geholt, der die nötige Hilfe leistete. Kurz nach dem Unfall war die Polizei zur Stelle, die den Tatbestand aufnahm. Der städtische Unfallwagen brauchte nicht in Anspruch genommen zu werden, da der verletzte Motorradler in seine nahegelegene Wohnung übergeführt wurde. Seine Maschine wurde vollkommen zertrümmert. Die Schuldfrage muß durch die polizeiliche Untersuchung geklärt werden.

Raffinierte Schmugglerbande

zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt

Essen, 21. Dez. Vor dem hiesigen Erweiterten Schöffengericht hatte sich der holländische Staatsangehörige Simons sowie der Händler G. Levie, der ebenfalls gebürtiger Holländer, jetzt aber in Gelsenkirchen ansässig ist, ferner dessen Ehefrau und sein Stiefsohn Cahn wegen Banderolenfälschung und Schmuggelns zu verantworten. Simons hatte eine ganz besonders raffinierte Sache ausgeknobelt. Er war nämlich auf den Gedanken gekommen, unversteuertes Zigarettenpapier bei einer Kölner Firma zu kaufen und ohne Verpackung nach Herbesthal in Belgien schicken zu lassen. Von dort aus wurde das Papier wieder auf deutschen Boden geschmuggelt und ordnungsmäßig verpackt. Die roten Verpackungszettel, auf denen das Wort „versteuert" stand, hatte die Firma den beiden Schmugglern ohne Bedenken mit der Verpackung ausgehändigt, da sie annehmen konnte, daß die Sachen im Auslande verkauft werden würden. Mit dem Schmuggeln war es allein aber noch nicht getan. Vielmehr ließen sich die gerissenen Leute bei einer Firma P. in Hanau 100 000 Banderolen und auch noch 10 000 Stück Umschläge drucken, die sie selbst mit dem nötigen Zollstempel versahen. Simons war im vollen Umfange geständig, sein Partner, mit dem er sich verfeindet hatte, versuchte dagegen alles abzuleugnen, aber auch er wurde im Laufe der Beweisaufnahme überführt. Nach einer Zeugenaussage kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, was die Schmuggler verdienten und in welcher Weise sie dabei den Zollfiskus schädigten. Sie verkauften nämlich einen Karton Zigarettenpapier, der sonst im Durchschnitt 75 RM kostete, zu 10 bis 45 RM. Bei der Kölner Firma sind von S. und L. im ganzen für 1505 RM Zigarettenpapier bezogen worden. Die Schmuggler wurden zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Es erhielten Simons 6 Monate Gefängnis und 50 000 RM Geldstrafe (ersatzweise für 1000 RM ein Tag Gefängnis), G. Levie 6 Monate Gefängnis und 32 000 RM Geldstrafe (ersatzweise für 1000 RM ein Tag Gefängnis). Frau Levie wegen Beihilfe zu 3 Monaten Gefängnis und 32 000 RM Geldstrafe (für 1000 RM ersatzweise ein Tag Gefängnis) und der Stiefsohn Cahn zu 4 Monaten Gefängnis und 1170 RM Wertersatzstrafe. Die erstgenannten Angeklagten wurden außerdem auch zu folgenden Wertersatzstrafen verurteilt: S. zu 18 300 RM, G. Levie zu 14 450 RM und Frau Levie zu 15 000 RM. Die Brüder P. aus Hanau, denen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie gewußt haben, daß die Banderolen zu strafbaren Handlungen benutzt würden, wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Ueberfallen und beraubt

Als ein Bewohner der Bergmannstraße in der Nacht zum 20. d. M. durch eine Unterfahrt sein Haus betreten wollte, wurde er von drei Burschen angehalten. Einer der Täter zog ihm den Hut ins Gesicht, so daß der Ueberfallene nicht sehen konnte und gleichzeitig wurde ihm der Mund zugehalten. Von einem anderen Mann wurde ihm unterdessen die Brieftasche aus der Gesäßtasche geholt, mit der die Täter dann schleunigst das Weite suchten. Die Brieftasche enthielt einen Führerschein, eine Zulassungsbescheinigung, eine Steuerkarte und noch einige andere Geschäftspapiere, alle auf den Namen Theodor Klein lautend. Eine Personenbeschreibung der Täter kann nicht gegeben werden. Sachdienliche Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, erbittet die Kriminalpolizei, Wildenbruchstraße 11 bis 13, Zimmer 9 bis 12.

STADTTEIL BUER

Der Eckensteher vom Forum sagt:

Wenn ich so von meinem meist ziemlich windigen Plätzchen aus meinen Blick in hohem Bogen bis zum Gymnasium hinüberschweifen lasse, fällt mein Auge wohlgefällig blinzelnd auf einige Kellerräume, in denen sich der Verein für Orts- und Heimatkunde seßhaft gemacht hat. Dort führt er zwischen alten Dorfplänen aus Buer und Negertrommeln aus den Südseeinseln ein beschauliches Dasein, aus dem er von Zeit zu Zeit mal aufwacht. Neuerdings ist er z. B. aufgewacht zum Zweck der Winterhilfe. Der Reinertrag war überall für die Winterhilfe bestimmt, sei es nun, daß man die Volksschulen zu Bunten Abenden zusammentrommelte oder die höheren Schulen zu einer Weihnachtsmorgenfeier. Ueber den bewußten Reingewinn lohnt sich nicht zu reden. Tausende von Hilfsbedürftigen haben gehofft, daß sie für ihre zerlumpten Kinder was rausholen könnten. Und jetzt müssen sie wieder mal eine schwere Enttäuschung erleben. Aber diese Veranstaltungen haben etwas Gutes an sich gehabt: Sie haben eine Enthüllung darüber gebracht, daß der Verein für Orts- und Heimatkunde nicht bloß idealen Zwecken, sondern auch der persönlichen Eitelkeit dient. Es hat sich nämlich jemand darüber beschwert, daß er — d. h. sie — in den Berichten über die Veranstaltungen nicht genannt worden ist, und flugs mußte die Oeffentlichkeit davon hochnotpeinlich in Kenntnis gesetzt werden. Haben die Leute Sorgen . . .!

Was mich aber noch an dem bewußten Verein interessiert, ist das: Er haust doch in einem städtischen Gebäude, also in einer republikanischen Einrichtung. Preisrätsel: Wer hat schon mal gehört, daß aus dem Munde der führenden Persönlichkeiten des Vereins für Orts- und Heimatkunde das Wort „Republik" gefallen ist? Zugegeben, daß das vielleicht rein sachlich schwer sein mag. Aber warum stand man denn so mit Herz und Hand vor 1918 zum Kaiserreich? Warum übergeht man heute genau so geflissentlich Sympathiekundgebungen gegenüber der Republik?

Wer noch nicht gesehen hat, daß Wasser Staub aufwirbeln kann, der mußte in der vorigen Woche sich ein bißchen in der Nähe vom Berger See aufhalten. Herr Beigeordneter Stadtmedizinalrat Dr. Wendenburg (blendend durch und durch!), dessen „schwarzes Baudezernat" alles abreißt, was man bloß abreißen kann, das überall Sportplätze anlegt, wo überhaupt noch Platz ist, und das jedes städtische Fleckchen Erde lieber zehnmal als zweimal umgraben läßt —, Herr Wendenburg hat sich mit seiner Arbeitsfürsorge einem Haufen neuer Angriffe ausgesetzt. Fangen wir von vorne an: Eines Tages wurde verkündet, daß der Berger See am Westufer zu tief sei, so daß man nicht an die Karpfen herankommen könne. Die üppig blühende Entdeckerphantasie des Herrn Blen- bzw. Wendenburg entdeckte hier eine neue Möglichkeit der Arbeitsfürsorge. Für zweihundert Mann sechs Monate Arbeit und dann — Abschieben zur Reichsanstalt. Uebrigens, jetzt auf einmal sagt man, daß durch das Einkippen von 30 000 bis 40 000 Kubikmeter Dreck in den Berger See nicht ein Karpfen mehr als früher gefangen würde. Nebenbei, in der Oeffentlichkeit hat man über die neuen Operationen am Berger See „Krach stief" gemacht. Und jetzt, nachdem die Stadt dazu gesprochen hat, ist wieder alles still. Bis zum nächsten Male. Es geht hier nämlich nicht so um kleine Erdtransporte, sondern um ein System — um das betriebsame Fürsorgearbeitssystem des Herrn Wendenburg. Es wird allerhöchste Dampfwalze, daß man sich damit mal gründlich beschäftigt. Soweit ich das von meiner meist windigen Ecke aus feststellen kann, wird das gar nicht mehr lange dauern. Ich wittere bereits einen entsprechenden Luftzug.

Vorläufig aber sengt man noch die Legionen des Herrn Wendenburg mit Arbeitsmoral. Hundert Reichsmark demjenigen, der mich dahinkriegt, wo mich die Sichtungsstelle hinhaben will. Lieber reise ich in die Stadt rum, um noch Ecken zu suchen, wo die Wendenburgsche Arbeitsfürsorge sich vielleicht noch beliebt, d. h. eigentlich unbeliebt, machen kann.

Bevor wir uns für heute verabschieden, noch eins: In Buer haben sie angefangen, die Ulmen umzuhauen. Ich habe ordentlich gefroren, als ich das viele Brennholz da auf den Straßen rumliegen sah. Aber dann kamen Leute und fuhren das Brennholz weg. Und da habe ich so für mich gedacht: Es war einmal ein Haufen Brennholz . . . wenn ich bloß wüßte, wo der geblieben ist. Hat von euch keiner die Ulmen gesehen? Nachricht erbittet **Euer Eckensteher vom Forum.**

Werbt für Partei und Presse!

„Kampf um Kitsch"

Die freie Schule Scholven veranstaltet am 1. Feiertag um 18 Uhr in der Turnhalle einen Theaterabend. Schüler, Eltern und Lehrer spielen das in diesem Herbst von der Volksbühne Berlin mit großem Erfolge aufgeführte zeitgemäße Schulstück „Kampf um Kitsch" von R. A. Stemmle. Alle Freunde unserer Schule sind zu diesem Abend herzlich eingeladen. Die Eintrittskarten sind zum Preise von 50 und 30 Pfennig bei den Funktionären der Freien Schulgesellschaft und an der Abendkasse zu haben.

Von der Einbrecherzunft

In der Nacht zum Montag haben Diebe an der Springestraße vier Kellereinbrüche verübt und ein Herrenfahrrad, Marke „Misa", ein Damenfahrrad, Marke „Westfalen", ein belgisches Riesenkaninchen im Gewicht von 16 Pfund, sowie 25 Flaschen Wein verschiedener Marken und drei Flaschen Sekt gestohlen. — In einen Hühnerstall an der Balkenstraße drang ein Dieb ein und entwendete 21 Hühner und 3 Riesenkaninchen. Ein Huhn wurde an Ort und Stelle abgeschlachtet, während die übrigen anscheinend lebend mitgenommen worden sind. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange. Sachdienliche Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, erbittet die hiesige Kriminalpolizei.

Undank ist der Welt Lohn

Bei einer Familie an der Dorstener Straße erschien an einem dieser Tage eine Frau, die Weihnachtskarten zum Kauf anbot. Hierbei klagte die Frau ihr Leid, daß sie mehrere Kinder habe und ihr Mann seit längerer Zeit ohne Arbeit wäre. Bei dieser Familie bat sie um ein paar abgelegte Schuhe. Nachdem die Frau die Wohnung verlassen hatte, bemerkte die Familie, daß aus der Flurgarderobe ein Damenschirm und aus einer Geldbörse ein Zweimarkstück verschwunden waren. Die Täterin ist etwa 30 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 Meter groß, frisches Aussehen, dunkles Haar, gepflegter Bubikopf, trug dunklen Mantel, schwarze Halbschuhe und war ohne Kopfbedeckung.

Die „Erwerbslosenschule" hinter dem Goldberghaus in Buer geht ihrer Vollendung entgegen. Es ist beabsichtigt, die hier erbaute Baracke zu Anfang des neuen Jahres ihrer Bestimmung zu Erwerbslosenschulungskursen zu übergeben. Der Aufbau der Baracke wird gleichfalls durch Erwerbslose in Verbindung mit Handwerkern besorgt.

Die Neuanlagen vor dem Zentralfriedhof, die unter Verwendung von städtischen Wohlfahrtsarbeitern zwischen der Bochumer Straße und dem Haupteingang geschaffen werden, machen sehr rüstige Fortschritte. Es muß noch ergänzend erwähnt werden, daß auch am Eingang zur Kaiserau gärtnerische Neuerungen geschaffen werden. Der große Schmuckplatz vor der Hermann-Löns-Straße bekommt ebenfalls eine entsprechende neue Gestalt, und zwar vor allem durch Neueinplanierung der Gehflächen.

STADTTEIL HORST

Was nicht alles gestohlen wird

Von einer Einfriedigung am Lamferbruchgraben wurden vier neue Tore gestohlen. Die Ermittlungen nach dem unbekannten Täter sind im Gange. Die hiesige Kriminalpolizei erbittet sachdienliche Angaben.

Ein Unglück kommt selten allein

Am Sonntagvormittag stürzte infolge der Glätte auf der Horster Straße in der Nähe der Todesbrücke der Arbeiter S. aus Brauck mit seinem Rade und zog sich außer Hautverletzungen eine Verstauchung der linken Hand zu. Ein junges Mädchen, das kurz hinter dem Radler herfuhr, geriet durch den Unfall des Mannes derartig in Verwirrung, daß es die Sicherheit über sein Rad verlor und ebenfalls stürzte. Es trug Gesichts- und Knieverletzungen davon.

Handel mit geschmuggelten Waren. In diesen Tagen wurde in Horst ein Händler von einer Polizeistreife festgenommen, der einen schwunghaften Handel mit geschmuggelten Waren betrieb. Er wird sich wegen Betruges zu verantworten haben.

Auch Wäschepfähle werden gestohlen! Einige Personen aus Gladbeck-Brauck wurden von der Polizei festgenommen, als sie dabei waren, Wäschepfähle zu stehlen. Einer der Spitzbuben hatte einen 2½ Meter langen Pfahl an seinem Fahrrad befestigt.

Nr. 299. 13. Jahrgang. Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 23. Dezember 1931.

Aus Rheinland und Westfalen

Syndikus von der Anklage der Untreue freigesprochen

Essen, 22. Dez. Der Syndikus Dr. B., der die vor einigen Jahren vom Essener Gaststättengewerbe gegründete Genossenschaft, der auch die Hotelvereinigung beitrat, leitete, hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht unter der Anklage der Untreue bzw. Unterschlagung zu verantworten. Im Laufe der Hauptverhandlung stellte sich heraus, daß in den ersten beiden Jahren des Bestehens der Genossenschaft dort ein sehr primitiver Geschäftsbetrieb herrschte. Vor allem genügte die von einem jungen Mädchen eingerichtete Buchführung in keiner Weise. Dr. B. stellte selbst verschiedene Male beim Aufsichtsrat der Genossenschaft den Antrag, daß durch einen Bücherrevisor eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Buchführung eingerichtet werde, was aber immer wieder hinausgezögert wurde, bis endlich im Herbst 1929 dem Antrage entsprochen wurde. Da stellte sich denn ein Defizit von 16 000 Reichsmark heraus, für das Dr. B. verantwortlich gemacht wurde. Im Zivilprozeß kam ein Vergleich zustande, nach dem für 8000 RM der Syndikus die Haftung übernahm. Im Strafverfahren lehnte er jedoch ab, irgendwie Gelder für sich verbraucht zu haben. Es waren nämlich für eine Anzahl von Buchungen überhaupt keine Deckungen vorhanden, oder sie waren nach eigenmächtigen Angaben einfach auf ein Ausgleichskonto geschrieben worden. Die als Zeugin vernommene Kontoristin, die die „einfache" Buchführung früher gemacht hatte, bestätigte die Einlassungen des Angeklagten, daß bei dem beschränkten Personal und der Arbeitsüberlastung nicht alles immer habe regelmäßig verbucht werden können, so auch einige Darlehen nicht, die B. von Genossenschaftern für das Geschäft aufgenommen hat, als die Kasse nicht flüssig und dringende Verpflichtungen zu erledigen waren. Es sei Usus gewesen, daß Dr. B. und andere Angestellte sich im Laufe des Monats Geld aus der Kasse geben ließen, das am Ende des Monats verrechnet wurde. Dr. B. wurde daher dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf Staatskosten freigesprochen.

Vor dem Arbeitsrichter

Essen, 22. Dez. In der Fabrik L., die Briefumschläge herstellt, ist es den Arbeiterinnen laut Arbeitsordnung verboten, in den Betriebsräumen sich gewerkschaftlich zu betätigen. Ein Betriebsrat ist erst nach Einschreiten des Verbandes gebildet worden. Da auch keine einheitlichen Löhne gezahlt wurden bei gleichen Leistungen, herrschte ziemlich Erregung bei einigen Arbeiterinnen. Als während einer Betriebsratssitzung eine Arbeiterin zu einem Betriebsratsmitglied, das an der Versammlung nicht teilnahm, sagte: „Du als Betriebsrat müßtest auch an der Versammlung teilnehmen!", nahm die Firma das, obwohl es während der Mittagspause geschehen war, zum Anlaß, die Arbeiterin sofort zu entlassen. Der Arbeitsrichter entschied dahin, daß die erwähnte Bemerkung keine Verletzung der Arbeitsordnung darstelle, und verurteilte die Firma zur Zahlung des eingeklagten Lohnausfalls in voller Höhe.

Aufdeckung einer Geheimbrennerei in Bochum

Drei Personen verhaftet.

Bochum, 22. Dez. Die Gebrüder H. und G. Scheerer aus Essen hatten, obwohl sie erst im Juli dieses Jahres wegen Betreibens einer Geheimbrennerei und umfangreicher Branntweinmonopol-Einnahmenhinterziehung zu hohen Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, bereits im November dieses Jahres wieder eine Geheimbrennerei eingerichtet. Um möglichst sicher arbeiten zu können, wurde der Schauplatz der Tätigkeit nach Bochum verlegt, wo ein kleines Fabrikgebäude, welches im Garten eines Häuserblocks liegt, unter dem Vorwande gemietet wurde, hierin eine Weinhandlung einzurichten. Den Beamten der Zollfahndungsstelle Dortmund gelang es, die Brennerei aufzudecken. Die gesamte Brennereieinrichtung, etwa 4000 Liter Zuckermaische, ein Liter Branntwein und ein Lieferwagen wurden beschlagnahmt. H. Scheerer, der Kraftfahrer und ein Brennereigehilfe wurden in der Brennerei angetroffen und festgenommen.

Feuergefecht mit Einbrechern

Dortmund, 22. Dez. In der Nacht zum Sonntag wurde in die Filiale eines Bäckermeisters in der Langefuhrstraße in Dortmund-Dorstfeld eingebrochen. Die Einbrecher hatten mit Hilfe eines Brecheisens die Eingangstür mit Gewalt geöffnet und sich so Eingang verschafft. Sie erbeuteten 25 Pakete Kaffee, etwa 70 Tafeln Schokolade und sonstige Backwaren. Einer Polizeistreife fielen gegen 3 Uhr vier Männer auf, die beim Einschreiten der Beamten die Flucht ergriffen. Der eingesetzte Polizeihund wurde von den Einbrechern beschossen und am linken Bein leicht verletzt. Die Beamten verfolgten die Fliehenden weiter, wurden aber ebenfalls beschossen, so daß sie das Feuer erwidern mußten. Die Burschen konnten in der Dunkelheit leider entkommen. Ihre Beute ist ihnen aber abgejagt worden. Sie konnte dem geschädigten Bäckermeister wieder ausgehändigt werden. Von derselben Polizeistreife wurde später ein Mann festgenommen, der in dem Verdacht steht, an dem Einbruch beteiligt gewesen zu sein. Die Ermittlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Westfälischer Verkehrsverband und Fremdenwerbung 1932

Entschlossene Weiterführung der Werbemaßnahmen. — Gegen falsche Sparsamkeit. — Stetige Zunahme des Fremdenverkehrs aus Holland. — Ein neuer, moderner Westfalenfilm.

Der Westfälische Verkehrsverband, E. V., Sitz Dortmund, trat am Mittwoch, dem 9. d. M., unter seinem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, zu einer wichtigen Vorstandssitzung zusammen, um in erster Linie über das Werbeprogramm 1932 zu beraten. Die Vorstandsmitglieder waren aus allen Teilen Westfalens und Lippe fast vollzählig erschienen. Auch die Provinzialverwaltung, deren besonders großes Interesse an der Hebung des Fremdenverkehrs, die in vielen Teilen der Provinz heute die vollständig daniederliegende Beschäftigung der Einwohner ersetzen muß, bekannt ist, war durch Landesrat Kühl vertreten. Der Vorstand vertrat einmütig die Auffassung,

trotz, ja, gerade wegen der gegenwärtigen schweren Wirtschaftslage die Werbemaßnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs, die sich bereits in den letzten Jahren für Westfalen so fruchtbar ausgewirkt haben, auch im kommenden Jahre entschlossen weiter fortzuführen.

Von allen Seiten wurde dabei mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es sich bei den Aufwendungen für die Fremdenverkehrswerbung um produktive Ausgaben handele, die um ein Mehrfaches wieder hereingebracht würden und allen Teilen der Provinz zugute kämen. Beweis dafür seien die steigenden Fremdenverkehrsziffern in den westfälischen Erholungsgebieten. Aus diesem Gesichtspunkte heraus wandte man sich ebenfalls entschieden gegen die hier und da veröffentlichten Gedankengänge

über Abbau von verkehrswerbenden Stellen,

insbesondere auch der Verkehrsämter, deren produktive Tätigkeit unbestritten sei und darum besondere Förderung verdienten. Insbesondere wurde in diesem Zusammenhange auch

die erfolgreiche Werbearbeit in Holland

erwähnt, von wo ein von Jahr zu Jahr steigender Fremdenbesuch festzustellen ist. Um die bisher bereits geleistete Aufbauarbeit nicht zu gefährden, beschloß der Vorstand einmütig, in einer besonderen Eingabe an die westfälischen Kommunalverbände die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für Westfalen hervorzuheben und die dringende Bitte auszusprechen, auf die Mitglieder in dem Sinne einzuwirken, daß die äußerst minimalen Mitgliedsbeiträge und Unterstützungen auch in die nächstjährigen Haushaltspläne ungekürzt wieder eingestellt werden. Mit Dank wurde bei dieser Gelegenheit von dem bekannten Erlaß des Reichsverkehrsministers Treviranus Kenntnis genommen, in dem den Spitzenbehörden und -vereinen die weitere Förderung des Fremdenverkehrs besonders nahegelegt wird.

Den bisherigen bewährten Werbemaßnahmen folgend und besonders den Gesichtspunkten rationeller Werbung Rechnung tragend, wird der Westfälische Verkehrsverband für das kommende Jahr neue regionale Führer herausbringen. Auch ist an die Schaffung eines Prospektes für

Autofahrten durch das Sauerland

gedacht. Zum erstenmal soll ein Führer durch die Bäder geschaffen werden unter der Bezeichnung:

„Das heilkräftige Westfalen und Lippe."

Auch dem Jugendwandern soll besondere Beachtung geschenkt werden durch gemeinsame Zusammenarbeit in Werbungsfragen mit dem Jugendherbergsverband. Der Plan eine

moderne Wanderausstellung

zu schaffen, wird aufrechterhalten. Weitere Mittel für seine Durchführung werden in den nächstjährigen Haushaltsplan eingestellt. Durch Schaffung einer Lichtbildserie über Westfalen will man die Werbung auch in die privaten Vereine und Organisationen hineintragen. Die sogenannten Westfalenfahrten, die bereits in den vergangenen Jahren großen Erfolg gebracht haben, werden auch im nächsten Jahre weiter fortgeführt, und zwar für holländische Journalisten und für die Expedienten der Reisebüros. Auch die

Inseratpropaganda in der Tagespresse, deren Wert allgemein anerkannt wird,

soll im kommenden Jahre unter strafferer Zusammenfassung der Einzelinteressen weiter durchgeführt werden.

In besonderem Maße wird sich die Werbearbeit des Westfälischen Verkehrsverbandes darauf einstellen, auch unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen der

Bevölkerung der Industriegroßstädte billige und erschwingliche Erholungsmöglichkeiten

zu bieten. Auch wird man besonderen Wert darauf legen, diejenigen Kreise, die bisher in weitentlegene Erholungsgebiete bzw. ins Ausland gefahren sind, für die westfälischen Erholungsgebiete wiederzugewinnen.

Im Anschluß an die Sitzung wurde den Teilnehmern der im Auftrage des Westfälischen Verkehrsverbandes soeben fertiggestellte

Kulturfilm über Westfalen

vorgeführt, der in seiner modernen Form als Reportagefilm einen vorzüglichen Eindruck hinterließ. Es dürfte gelungen sein, einen geschickten Querschnitt unter Heraushebung der charakteristischen Eigenheiten Westfalens zu geben. Man hofft, daß dieser Film, dessen Uraufführung demnächst zu erwarten ist, mit dazu beiträgt, dem Land Westfalen neue Freunde zu werben.

Dem Aufnahmegesuch des neugegründeten Verkehrsverbandes Süd-Oldenburg, dessen Fremdenverkehrsinteressen eng mit Westfalen verbunden sind, wurde stattgegeben. Als Tagungsort für die Generalversammlung 1932 wurde Dortmund bestimmt, wo der Westfälische Verkehrsverband vor 25 Jahren ins Leben gerufen wurde.

Freiwillig aus dem Leben geschieden

Dortmund, 22. Dez. Am Sonntag gegen 14 Uhr wurde ein Kaufmann in seiner Wohnung auf der Helle in Dortmund von einem Hausmeister erhängt aufgefunden. Es ist anzunehmen, daß wirtschaftliche Sorgen den Mann in den Tod getrieben haben. Er hinterläßt Frau und vier unmündige Kinder. — In der Streckenstraße wurde ein Arbeiter in einem Stall von seinen Angehörigen erhängt aufgefunden. Auch hier liegt zweifellos Freitod vor. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Einsturzunglück auf einer Zechenhalde

Dortmund, 22. Dez. Auf der Zeche Zollern 1-3 war man am Samstag damit beschäftigt, Versatzmassen mit einem Kran abzuräumen. Aus etwa 30 Meter Höhe stürzten nun größere Massen herab, die den Kran erfaßten und vollständig zusammendrückten. Dem Maschinisten Braun aus Lünen war es nicht mehr möglich, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Er wurde in seinem Führerstand eingeklemmt und erlitt furchtbare Quetschungen. In schwerverletztem Zustande brachte man ihn ins Bergmannsheil nach Bochum.

Der wachsame Kontrolleur

Einbrecher erschossen.

Altenvörde, 22. Dez. Einbrecher statteten in einer der letzten Nächte dem Konsum in Altenvörde einen Besuch ab, wobei sie auf unerwarteten Widerstand stießen. Der Nachtwächter hatte im Keller verdächtige Geräusche gehört, ging hinunter und fand unten drei Männer. Mit vorgehaltenem Revolver forderte er sie auf, die Hände hochzuheben. Einer der Einbrecher kam dieser Aufforderung nicht nach und versuchte, dem Beamten die Waffe zu entreißen. Hierbei ging ein Schuß los, der dem Einbrecher in den Leib drang. An den Folgen ist der Mann gestorben. Die beiden anderen Verbrecher wurden von der Polizei festgenommen. Die Täter waren sämtlich bewaffnet.

Eifersuchtstragödie im Hausflur

Köln, 22. Dez. Am Sonntagnachmittag erschoß im Hausflur des Hauses Peterstraße 14 ein bisher noch unbekannter Mann, der in den 30er Jahren steht, seine ehemalige Braut, die das Verhältnis mit ihm gelöst hatte, indem er ihr eine Kugel durch den Kopf jagte. Sodann brachte er sich selbst einen Kopfschuß bei. Er wurde schwerverletzt dem Bürgerhospital zugeführt, wo die Aerzte die zerschmetterten Augen auf operativem Wege entfernen mußten.

Fürsorge der stellenlosen Anwärter der Berufsschulen

Für die stellenlosen Anwärter und Anwärterinnen der Berufsschulen ist nunmehr neben den Maßnahmen der beruflichen Versorgung im Unterrichtsbetriebe der Berufsschulen auch die Gewährung von Fortbildungszuschüssen für solche stellenlos bleibenden Anwärter und Anwärterinnen in Aussicht genommen, die bereits an Berufsschulen unterrichtet haben und in bedürftigen Verhältnissen leben. Zur Schonung der Mittel des Berufsschulfonds hat das Handelsministerium Anordnung getroffen, daß an den Berufsschulen zunächst die Empfänger und Empfängerinnen von Beihilfen und unter diesen die Verheirateten, die Schwerkriegsbeschädigten und die älteren Jahrgänge in erster Linie Berücksichtigung finden.

Für die stellenlosen Anwärter und Anwärterinnen der Berufsschulen ist auf diese Weise eine ähnliche Fürsorge eingeleitet, wie sie für die Junglehrer der Volksschule schon seit längeren Jahren durchgeführt wird. Die Schulträger, die in den letzten Monaten stellenlose Anwärter für den Berufsschuldienst an Stelle der bisher nebenamtlichen Lehrkräfte übernommen haben, brauchen daher keine Besorgnis zu haben, daß ihnen irgendwelche Fürsorgepflichten erwachsen, wenn später einzelne Anwärter und Anwärterinnen aus der Beschäftigung an der Berufsschule ausscheiden sollten.

Die letzten Großverdiener

Senkung der Stargagen und Regiehonorare im Film um 40 Prozent?

Von Dr. jur. Alfred Fiedler.

In einer Zeit, in der selbst Bankdirektoren über Abbau klagen, wirkt es doppelt erhebend, zu wissen, daß es noch immer glückselige Gefilde gibt, in denen hoch über den gewöhnlichen Sterblichen und unberührt von der Not der Zeit die Lieblinge der Götter und Menschen wandeln. Verhandlungen, die in diesen Tagen durch den Verband der Filmindustriellen eingeleitet wurden, lenken die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf diese letzte Hochburg glücklicher Konjunkturgewinne. Die Zahlen, die gelegentlich dieser Verhandlungen genannt wurden, sind so interessant, daß es sich lohnt, einige von ihnen (auf gut Glück herausgegriffen) wiederzugeben.

So erzählt man sich, daß Hans Albers einen Vertrag auf mehrere Filme mit 100 000 RM pro Film in der Tasche hat, während er wenige Monate zuvor „nur" 75 000 RM für einen Film bezog. Gitta Alpar soll für ihren ersten, jetzt angekündigten Film 60 000 RM bekommen, wogegen ihre Operettentätigkeit schätzungsweise nur 300 bis 400 RM pro Abend bringt. Felix Bressart wird mit 45 000, Liane Haid mit 30 000, Anna Sten bereits mit 20 000 RM pro Film genannt. Käte Dorsch erhielt für ihren ersten Tonfilm „Drei Tage Liebe" angeblich 65 000 RM. Siegfried Arno verlangt, wie man hört, 1000 RM pro Aufnahmetag, was bei 25 Aufnahmetagen im Monat ebenfalls ein hübsches Sümmchen bedeutet.

Natürlich handelt es sich in allen Fällen nur um „gesprochene" Kurse. Nach einem alten Witzwort sind ja bei jedem Vertrag über große Bezüge immer drei Lesarten zu unterscheiden: Eine nach oben abgerundete für die Oeffentlichkeit, damit die Kollegen platzen, eine richtige für die Beteiligten und eine vorsichtiger formulierte — dritte. Welcher Lesart die genannten Zahlen entsprechen, ist schwer festzustellen. Aber auch mit dieser Einschränkung erscheinen sie bemerkenswert.

Ueber die Honorare, die die Regisseure mit bekannten Namen beziehen, werden konkrete Zahlen aus jüngster Zeit nicht genannt. Aber, wenn man hört, daß ein unverheirateter Regisseur, der Filme am laufenden Band inszeniert, eine Elf-Zimmer-Wohnung inne hat, und ein anderer, keineswegs vielbeschäftigter Regisseur sich gleich zwei Radioapparate zu je 1800 RM anschaffen kann, um sich den lästigen Transport vom Wohn- zum Schlafzimmer zu ersparen, so darf man annehmen, daß die Regiehonorare nicht viel hinter den Stargagen zurückbleiben.

Nur der Eingeweihte weiß, daß diese schwere finanzielle Belastung nicht die einzige ist, die die Filmproduktion der „Prominenten" wegen auf sich nehmen muß. Bei kleineren Firmen werden nicht selten alle vorhandenen Geldmittel zeitweise nur für Vorschuß- und Gagenforderungen des Hauptdarstellers benötigt. Sonst „streikt" er eben, und die bisherigen Aufnahmen sind wertloser Zelluloidabfall. Die „Kleinen" müssen dann einfach geduldig warten. Auch für das Manuskript (von dem der Laie naiverweise annimmt, daß es sozusagen die Hauptsache des Filmes ist) kann unter diesen Umständen nur selten eine angemessene Summe ausgesetzt werden. In der Regel wird es für ein paar tausend RM in ein paar Tagen zusammengehauen.

In einer Zeit, in der der Hersteller an jedem Meter Film spart, ist es verständlich, daß der Verband der Filmindustriellen nach einer mindestens vierzigprozentigen Senkung der Stargagen und Regiehonorare ruft und über Mittel und Wege berät, sie praktisch durchzuführen. Man sollte meinen, daß auch dann noch genug übrigbleibt. Aber schon kommt das große Fragezeichen. Die ganz Großen, wie Lilian Harvey und Willy Fritsch und zahlreiche andere, haben ihre langjährigen Starverträge. Eine Senkung wäre nur durch freiwilligen Verzicht möglich. Bisher hat man nichts davon gehört. Dagegen ist anzunehmen, daß Film-Amerika mit Freuden zugreifen würde, wenn der eine oder andere dieser Darsteller seinen Vertrag vorzeitig lösen wollt. Bei der großen Zahl der Sterne mittlerer Größe besteht die Gefahr, daß — auch bei stärksten Konventionsbindungen — der rührige Konkurrent einen Weg findet, den umworbenen Darsteller für seinen Film stärker zu interessieren.

Nichts ist bezeichnender für die Zweischneidigkeit der Frage, als folgendes: Der Verfasser sprach mit einer größeren Zahl zum Teil sehr maßgeblicher Fachleute. Alle waren überzeugt, daß der Abbau kommen müsse. Aber keiner wollte das heiße Eisen anfassen und sich herausstellen. Es fand sich keiner, der den vorliegenden Artikel schreiben wollte. So mußte ich es selber tun. Das soll mich aber nicht abhalten, hier auch für die Folge einen „Kurszettel der Prominenten" zu veröffentlichen, der die neuesten Zahlen mitteilt, die man sich über die Bezüge der Stars und Regisseure in der Friedrichstraße mit ehrfürchtigen Schauern zuraunt. Die Oeffentlichkeit vergißt so schnell . . .

Genehmigungspflichtige Beschlüsse des Gemeindeausschusses

Vom Gemeindeausschuß in D. war der Beschluß gefaßt worden, daß die Gemeinde als Mitglied einer Spar- und Darlehnskasse einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftung beitreten und die erforderliche Genehmigung beantragen sollte. Nachdem der Kreisausschuß den erwähnten Beschluß genehmigt hatte, sah sich der Landrat veranlaßt, Beschwerde beim Bezirksausschuß zu erheben. Vom Bezirksausschuß wurde die Beschwerde aber zurückgewiesen und angenommen, daß der fragliche Beschluß der Genehmigung nicht bedürfe, da bleibende Lasten nicht übernommen würden, sondern nur ein Risiko, das im Rahmen der Selbstverwaltung liege. Der Beschluß des Bezirksausschusses wurde alsdann vom Regierungspräsidenten mit der Begründung angefochten, vorliegend sei die Genehmigung des fraglichen Beschlusses unbedingt erforderlich, da eine bedingte Verpflichtung als eine bleibende Last anzusehen sei. Das Ministerium habe denselben Standpunkt vertreten. Die Steuerkraft und das Vermögen der Gemeinde kämen als Garantie in Betracht, für die Geschäftsführung der Genossenschaft käme die Kommunalaufsicht nicht in Frage. Das Preußische Oberverwaltungsgericht erkannte, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, auf Aufhebung des Beschlusses des Bezirksausschusses, indem es geltend machte, der Beschluß des Bezirksausschusses sei rechtswidrig; für die Uebernahme der in Betracht kommenden Verpflichtungen sei eine Genehmigung erforderlich. Es hätte geprüft werden müssen, ob eine Genehmigung ordnungsmäßig erteilt worden sei.

Gehört der Beigeordnete zum Gemeindeausschuß?

Nachdem der Gemeindevorsteher und der Beigeordnete in Th. in Hannover neugewählt worden waren, wollte der Beigeordnete seine Wahl nur dann annehmen, wenn er zu den Gemeindeausschußsitzungen ständig eingeladen würde. Da der Gemeindevorsteher sich geweigert hatte, den Wunsch des Beigeordneten zu erfüllen, so verzichtete der Beigeordnete auf seine Wahl. Alsdann beschloß der Gemeindeausschuß, daß der erwähnte Beigeordnete zu den Gemeindeausschußsitzungen ständig eine Einladung erhalten sollte. Auf Veranlassung des Landrats wurde dieser Beschluß des Gemeindeausschusses vom Gemeindevorsteher beanstandet mit der Begründung, daß es keine Bestimmung gebe, wonach der Beigeordnete eine Einladung zu den Sitzungen des Gemeindeausschusses zu beanspruchen habe. Im Aushängekasten werde bekanntgegeben, wann die Sitzungen des Gemeindeausschusses stattfinden. Abweichend vom Kreisausschuß, erkannte der Bezirksausschuß auf Aufhebung der Beanstandungsverfügung, da der Beschluß des Gemeindeausschusses nicht als rechtswidrig angesehen werden könne. Diese Entscheidung focht der Gemeindevorsteher durch Revision an und vertrat den Standpunkt, daß der Gemeindeausschuß kein Recht habe, dem Gemeindevorsteher Vorschriften zu machen. Das Preußische Oberverwaltungsgericht trat, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, der Auffassung des Bezirksausschusses nicht bei, sondern machte in Uebereinstimmung mit dem Kreisausschuß geltend, der Gemeindeausschuß sei nicht berechtigt gewesen, den Beigeordneten zu den Sitzungen zu laden. Der Gemeindevorsteher habe darüber zu verfügen, wie er die Einladungen zu den Sitzungen des Gemeindeausschusses ergehen lassen wolle, da der Beigeordnete nicht zu den Mitgliedern des Gemeindeausschusses zu rechnen sei.

Krisensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger

Um eine Befreiung von der Krisenlohnsteuer herbeizuführen, muß sowohl die Regelkürzung als auch die Angleichungskürzung in vollem Ausmaß durchgeführt sein. Die Frage der Befreiung von der Krisenlohnsteuer, also auch die Frage, ob die Erfordernisse der zweiten Gehaltskürzungsverordnung erfüllt sind, haben an sich die Steuergerichte zu entscheiden. Für die in den Bezirksarbeiterverbänden des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen Gemeinden ist die Regelkürzung für Arbeiter durch einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch bereits eingetreten. Für Beamte und Angestellte dürfte sie bereits allgemein durchgeführt sein. Ob eine Ausgleichskürzung noch erforderlich ist, ergibt sich, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers a) bei Beamten durch Gegenüberstellung der in Frage kommenden Besoldungsordnung und der Reichsbesoldungsordnung, b) bei Angestellten durch Vergleich der in Frage kommenden Angestelltenvergütungsregelung, c) bei Arbeitern durch Gegenüberstellung der in Frage kommenden Arbeitslöhne und der Löhne für Reichsarbeiter nach dem Tarifvertrage für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen. Ist sich hiernach das Finanzamt noch zweifelhaft, ob die Erfordernisse der zweiten Gehaltsverordnung in vollem Umfange erfüllt sind, so ist zur Beschleunigung der Entscheidung folgendermaßen zu verfahren: Bei den einer Landesaufsicht unterliegenden Körperschaften haben die Finanzämter von der für das Besoldungswesen allgemein zuständigen obersten Landesbehörde eine entsprechende Auskunft einzuholen, bei den anderen Körperschaften ist die Auskunft vom Reichsfinanzminister einzuholen.

Kreisabgaben und Schullastenverteilung

Durch die §§ 21, Absatz 1, und 46 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vom 1. April 1927 ist der § 7, Absatz 3, des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 26. August 1921 dahin abgeändert worden, daß für die Veranlagung der Kreisabgaben nicht mehr das Realsteuersoll des dem jeweiligen Rechnungsjahre vorangegangenen Rechnungsjahres nach dem Stande des 1. Januar als Grundlage zu dienen hat,

sondern daß die Deckung des Steuerbedarfs eines Landkreises in Hundertsätzen der in dem betreffenden Rechnungsjahre vom Staate veranlagten Realsteuern zu bewirken ist.

Für die Verteilung der Schullasten ist eine entsprechende Regelung durch § 15 des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz herbeigeführt worden. Nach einem Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers ist, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, bei der Rechnungsprüfung mehrfach festgestellt worden, daß die Vorschriften des genannten Ausführungsgesetzes, die für die staatlichen Forstgutsbezirke — besonders im Falle von Ausgemeindungen im Laufe eines Rechnungsjahres — von Bedeutung sind, bei der Anweisung von Kreis- und Schullasten nicht beachtet waren. Aus diesem Anlaß weist der Minister noch einmal nachdrücklich auf die erwähnten Bestimmungen des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz hin, damit künftig Ueberzahlungen verhütet werden. Besonders die Regierungen, in deren Bezirken sich nicht aufgelöste Forstgutsbezirke befinden, werden auf die finanzielle Bedeutung der neuen Bestimmungen aufmerksam gemacht.

Was jeder beachten muß!

Die wichtigsten Termine aus der Notverordnung vom 8. Dezember 1931

Sofort in Kraft getreten: Die politischen Notmaßnahmen wie Weihnachtsburgfrieden (bis 3. 1. 1932), Uniform- und Abzeichenverbot, Befugnis an die Länder, Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch zu erlassen, Verstärkung des Ehrenschutzes. Beginn einer zweijährigen Kündigungssperre (bis 31. Dezember 1933) für langfristige Forderungen, Hypotheken usw.

Gebundene Preise (Kartellpreise usw.) sowie Preise für Markenwaren werden bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stande vom 30. 6. 31 gesenkt. — Inkrafttreten von Bestimmungen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung (insbesondere Mindestgebot, einstweilige Einstellung von Zwangsversteigerungen unter bestimmten Voraussetzungen).

10. Dezember 1931: Aufnahme der Tätigkeit des Reichskommissars für Preisüberwachung (zunächst Brot- und Fleischpreise, Verkehrstarife, Gas- und Elektrizitätstarife).

Inkrafttreten der Reichsfluchtsteuer (nötigenfalls Steuersteckbrief) für Staatsangehörige mit mehr als 200 000 RM Gesamtvermögen oder mehr als 20 000 RM Einkommen, die seit 1. 4. 31 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben oder bis zum 31. 12. 1932 verlegen werden.

16. Dezember 1931: Herabsetzung der Frachttarife der Reichsbahn im Gesamtbetrag von jährlich 300 Millionen RM sowie Senkung der vom Reich festgesetzten Schiffahrtsabgaben.

19. Dezember 1931: Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Vertragsparteien sämtlicher bestehender Tarifverträge (rund 500), die ab 1. Januar 1932 geltenden Lohn- und Gehaltssätze festzulegen.

1. Januar 1932: Herabsetzung der Löhne und Gehälter in der privaten Wirtschaft um 10 v. H., im Höchstfalle um 15 v. H.

1. Januar 1932: Kürzung der Beamtengehälter, der Gehälter und Löhne für Behördenangestellte und -Arbeiter um 10 v. H.

1. Januar 1932: Senkung der Preise für Steinkohle, Braunkohle, Koks (vergl. auch oben: Kartellpreise und Preise für Markenartikel).

1. Januar 1932: Ermäßigung der Mieten für Altwohnungen um 10 v. H. sowie der Neubaumieten nach Uebereinkommen mit dem Hausbesitzer entsprechend der Entlastung des Hausbesitzers durch Ermäßigung der Hypothekenzinsen.

1. Januar 1932: Senkung der Zinsen für alle langfristigen Forderungen (öffentliche Schuldverschreibungen, Obligationen, Pfandbriefe, Hypotheken usw.), soweit sie über 6 v. H. liegen, auf 6 v. H.; soweit sie über 8 v. H. liegen, im Verhältnis von 8:6; soweit sie über 12 v. H. liegen, im Verhältnis von 8:4.

1. Januar 1932: Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 v. H., ausgenommen Getreide, Schrot oder kleine aus Mehl hergestellte Backwaren. — Außerkraftsetzung der Mineralwassersteuer.

1. Januar 1932: Beseitigung der Steuerverzugszuschläge und Ermäßigung der Steuer-Stundungszinsen auf 12 v. H. jährlich.

1. Januar 1932: Aenderung der Kranken- und Unfallversicherung insbesondere durch Inkrafttreten eines allgemein gültigen Aerztetarifs und Fortfall der kleinen Verletztenrenten; Leistungsbeschränkungen auf dem Gebiete der Rentenversicherungen (Invaliden-Angestelltenversicherung).

5. Januar 1932: Letzter Kündigungstermin für alle Mieter, die bis zum 31. März 1932 das bestehende Vertragsverhältnis wegen Unerschwinglichkeit der Miete lösen wollen. Kündigung muß spätestens am 5. Januar dem Hauswirt zugegangen sein. Ausgeschlossen von diesem einmaligen Kündigungsrecht sind die Mieter, deren Mietvertrag nach dem 15. Juli abgeschlossen ist, oder die bereits im Laufe des Jahres 1931 Mietsnachlässe von mindestens 20 v. H. erhalten haben, oder Mieter, in deren Wohnungen der Hauswirt größere Bauarbeiten hat machen lassen. Voraussetzung des einmaligen Kündigungsrechts ist, daß der Mieter eine ihm normalerweise (vertraglich oder gesetzlich) seit dem 15. Juli 1931 gebotene Kündigungsmöglichkeit nicht ungenutzt gelassen hat.

10. März 1932: Vordatierung der bisher am 10. April 1932 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer. Sie sind nunmehr am 10. März zu entrichten.

31. März 1932: Der Hauseigentümer kann die Hauszinssteuer für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1939 ablösen. Der Ablösungsbetrag beläuft sich, wenn er bis zum 31. März 1932 entrichtet wird, auf das Dreifache des vollen Jahresbetrages der Steuer, später auf das Dreieinhalbfache.

Neue Härten für die Kriegsopfer

Die neueste Notverordnung vom 8. 12. 31 enthält in ihrem 5. Teil, Kapitel 4, Abschnitt 1, unter dem Titel „Gemeinsame Vorschriften" Bestimmungen, die vielen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen neue unerwartete und unerträgliche Einschränkungen in ihrer Lebenshaltung auferlegen.

Die Kriegerwaisen und die sie unterhaltenden Angehörigen werden zunächst dadurch hart betroffen, daß grundsätzlich für Kinder über das vollendete 15. Lebensjahr hinaus Kinderzuschüsse und Waisenrenten aus der Sozialversicherung nicht mehr gewährt werden, und daß Stiefkinder und Enkel diese Leistungen überhaupt nicht mehr erhalten können. Durch den Fortfall dieser Bezüge wird die Berufsausbildung im Höchstgrade gefährdet und ferner die wirtschaftliche Grundlage vieler vaterloser Kriegsopfer-Familien zerstört.

Die Anrechnung des Versorgungskrankengeldes und der Kriegsbeschädigten- oder Kriegerhinterbliebenenrente auf die Invalidenrente, das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung, die Invaliden-(Alters-)Pension und das Ruhegeld aus der knappschaftlichen Versicherung wirkt sich in den Familien der Kriegsbeschädigten, im besonderen der Schwerbeschädigten und bei den Kriegerwitwen katastrophal aus.

Zwar ist auf den vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, beim Reichspräsidenten, Reichskanzler und Reichsarbeitsminister eingeleiten Protest der Betrag von 25 RM der Kriegsversorgungsrente anrechnungsfrei geblieben; auch wird die Zusatzrente, die Pflegezulage und die Führerhundzulage nicht in Anrechnung gebracht. Aber trotzdem bleibt die Anrechnung der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenrenten auf die durch Beitragsleistungen wohlerworbenen Rechte aus der Sozialversicherung eine harte Ungerechtigkeit, die gleichzeitig vielen der schon seit jeher schwer betroffenen Kriegsopfer glattweg die Lebensmöglichkeit nimmt.

Darüber hinaus ist auch die Fürsorgepflichtverordnung noch insofern verschlechtert worden, als die den Kriegsopfern, den Klein- und Sozialrentnern und den ihnen Gleichstehenden bisher zuerkannte „Mehrleistung" oder „gehobene Fürsorge" bis auf ein Mindestmaß abgebaut worden ist.

Die Denkschrift über die Rückläufigkeit der Versorgung und Fürsorge für die Kriegsopfer, die der Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. kürzlich dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, den Ressort-Ministern und sämtlichen Reichstagsabgeordneten übermittelt hat, wird durch einen Nachtrag unverzüglich ergänzt. Dieser Nachtrag zeigt in sachlicher und gerade dadurch so erschütternd wirkender Weise die ungeheuerliche Auswirkung der oben besprochenen Anrechnungsbestimmungen aus der Kriegsopferversorgung auf die Leistungen der Sozialversicherung. Sie sind so hart, daß sich diese Bestimmungen nicht werden aufrecht halten lassen.

Die Arbeitsmarktlage der Angestellten

im Monat November 1931.

Das Landesarbeitsamt Westfalen teilt mit:

Die rückläufige Entwicklung der Arbeitsmarktlage in den Angestelltenberufen hat im Bezirk des Landesarbeitsamts Westfalen auch im Monat November 1931 angehalten. Die Verschlechterung — gemessen an den Arbeitsuchenden — beschränkte sich allerdings auf die verschiedenen Berufsgruppen der männlichen Angestellten, während sich bei den weiblichen Angestellten eine unveränderte Lage ergab. Hier und da wurden bereits Aushilfsverkäuferinnen für das Weihnachtsgeschäft angefordert, im allgemeinen übte aber der Einzelhandel noch starke Zurückhaltung, so daß eine größere Belebung der Vermittlungstätigkeit ausblieb. Der anhaltende Beschäftigungsrückgang in fast allen Wirtschaftszweigen und die damit verbundenen Einschränkungs- und Stillegungsmaßnahmen führten wiederum zu umfangreichen Angestelltenkündigungen zu späteren Terminen, so daß auch in der Folgezeit mit einer fortschreitenden Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für Angestellte gerechnet werden muß.

Nach den Berichten der Angestelltenabteilungen bei den Arbeitsämtern Bochum, Dortmund, Hagen, Münster und Bielefeld ist die Gesamtzahl der im Bezirk des Landesarbeitsamtes Westfalen registrierten arbeitsuchenden Angestellten von 25 394 Ende Oktober 1931 auf 25 926 Ende November 1931, das heißt um 532 Personen oder 2,09 v. H. gestiegen. Für die männlichen Angestellten ergibt sich eine Zunahme um 723 Personen oder 4,18 v. H. Für die weiblichen Angestellten dagegen ergab sich eine Verminderung um 191 Personen oder 2,35 v. H. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Angestellten ist allerdings in Wirklichkeit nicht unwesentlich höher, weil zahlreiche Ausgesteuerte — im November 1931 schieden 2636 Personen ohne Mitwirkung der Arbeitsämter infolge Fristablaufs, eigene Arbeitssuche usw. aus — ihre Bewerbung nicht mehr erneuert haben und daher gelöscht werden mußten. Die zahlenmäßig stärkste Belastung entfällt auf den Bezirk der Angestelltenabteilung Bochum mit 8303 arbeitsuchenden Angestellten. Der Bezirk Dortmund folgt mit 6926 Personen an zweiter Stelle. Außerdem ist Hagen mit 5704, Bielefeld mit 3343 und Münster mit 1650 arbeitsuchenden Angestellten an der Arbeitslosigkeit beteiligt. Stellt man jedoch die Zahl der arbeitsuchenden Angestellten der Bevölkerungszahl gegenüber, so ergibt sich die relativ stärkste Belastung in dem Bezirk der Angestelltenabteilung Dortmund mit 6,5 vom Tausend, während auf Bochum 5,77, Hagen 5,76, Bielefeld und Münster 2,82 vom Tausend entfallen.

Die schwierige Lage auf dem Angestelltenmarkte wird besonders gekennzeichnet durch das völlig unzureichende Stellenangebot, vor allem für männliche Kräfte. Abgesehen davon, daß es sich bei 60 v. H. der im Monat November gemeldeten offenen Stellen um kurzfristige Aushilfsbeschäftigungen handelte, entfielen beispielsweise bei den männlichen kaufmännischen Kontor- und Bankangestellten auf eine offene Stelle 187, bei den Technikern sogar 388 Bewerber. Bei den weiblichen Angestellten liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger, da hier auf eine offene Stelle nur 5 Bewerberinnen entfallen.

ARB ARBEITER-RADIO-BUND

Die Organisation der werktätigen Hörer Deutschlands

Tagesprogramm

Rundfunk-Vortragsfolge Köln (227), Langenberg (473)

Zwischensender: Aachen (227) und Münster (227).

Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.45: Leibesübungen ● 7: Konzert. ● 7 u. 8: Frühvorhersage, Zeit. ● 10: Erste Meldungen Zeit. ● 10,15: Wetter u. Welt. Gemeinschaftsempfang f. Arbeitslose. 12.10: Mechanische Musik. ● 12.50: Wetter. ● 12.55: Mauener Zeit. ● 13.05: Konzert. ● 15.30: Zeit, Wirtschaftsberichte ● 15.50: Kinderfunk. ● 17: Vesperkonzert. ● 19: Wirtschaftsmeldungen. Wetter, Sport. Zeit. ● 19.55: Abendmeldungen, Wetter. ● ca. 22: Meldungen, Sport.

Mittwoch, 23. Dezember.

8.05: Dr. Michalke: Frauen und Sozialpolitik.
9.45: Hilde Bremus: Gymnastik für Frauen.
16.30: Ein alt-neues Spiel von der Gruft unseres [illegible] von F. P. Kürten. Musik von A. A. Knüppel.
18.20: Metanoeite. Zwei Mysterien aus dem Spiel v. R. J. Sorge.
19.10: Landrat Trimborn: Industrielandkreis und Wirtschaftsnot.
19.30: Geh.-Rat Prof. Dr. Edert: England in der Krise.
20.00: Abendmusik.
21.00: Westfalen singt und reimt durchs Jahr.
anschl. Nachtmusik und Tanz.

Rundfunk-Vortragsfolge Deutsche Welle (1635)

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.30: Gymnastik ● ca. 6.50: Frühkonzert ● 10.35, 13.30: Nachrichten ● 12.00: Wetter für den Landwirt ● 12.35: Schallplatten bezw. Schulfunk ● 12.55: Mauener Zeit ● 14.00: Konzert. ● 15.30: Wetter, Börse ● 18.55: Zeit, Wetter für den Landwirt.

Deutsche Welle: Mittwoch, 23. Dezember.

9.00: Schulfunk: Zwei Weihnachtsgeschichten für die Klassenfeier.
9.35: Hans Reimann: Bange machen gilt nicht.
11.30: Landwirtschaftsrat Dr. Rother: Zeitgemäßer Kartoffelbau.
14.45: Kindertheater: Weihnachtsspiel.
15.45: Obergärtnerin Marie Jörling: Arbeiten im bäuerlichen Obstgarten zur Winterzeit.
16.00: Hamburg: Nachmittagskonzert.
17.30: Lore Kornell, Dr. Günther, Dr. Michaelis: Des Knaben Wunderhorn.
18.00: Dr. Lewin: Die Eroberung und Erschließung Sibiriens und die Mandschurei.
18.30: Prof. Dr. Biermann: Die alten Meister und wir.
19.00: A. Meurer: Moderne Beamtenjugend.
19.30: Abendmusik. Ausf.: Schlesische Philharmonie.
20.35: O. Wernicke: Weihnachten bei anderen Völkern.
21.05: Wir putzen den Christbaum.
22.20: Dr. Räuscher: Politische Zeitungsschau.
anschl. Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
anschl. Tanzmusik der Kapelle Otto Kermbach.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Ziegler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille" Ludwig Leupold GmbH., Gelsenkirchen. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Unterhaltung und Wissen

Sprechende Schuhe

Von Jeanne Landre

„Sie wollen den Charakter des Menschen aus der Form seines Schädels, den Zügen seiner Handschrift, den Linien seiner Hand lesen — lächerlich!" rief Antonie Duvert und warf verachtungsvolle Blicke um sich.

Wir saßen — einige junge Männer und das Ehepaar Duvert (dessen männliche Hälfte eben so scharf den allgemeinen Meinungen widersprach) — in unserem Stammlokal und verlängerten den gut mundenden Nachtisch durch unser Gespräch.

„Sie erforschen die Sitten der anderen, ohne Ihren eigenen nachspüren zu können", eiferte er. „Je mehr Sie sich mühen, von Ihrem Zwange loszukommen, um so automatischer handeln Sie. Jedoch — wer von Ihnen allen ist in der Lage — wie ich es bin! —, den Menschen nicht nach dem Ausdruck seiner Nase, der Augen, der Hände zu beurteilen, sondern nach der Bekleidung seiner Füße? Wer von Ihnen versteht es, den Charakter eines Unbekannten, seine heimlichen Verbrechen, seine Seele und sein künftiges Tun aus seinen Schuhen zu erraten?

Ich schmeichle mir, mich nie zu irren. Wenn ich einen Schuh sehe, dann bestimme ich nicht nur das Geschlecht — das wäre kindisch! Auch das Alter, den Geschmack, die Fehler seines Besitzers entdecke ich. Schwere, faltenlose Kalblederschuhe eröffnen mir den Blick auf einen derben, kalten, unkomplizierten Eigentümer. Breite, platte Schuhe weisen auf eine erdgebundene Seele. Schmale, vorn hochgewippte auf eine leichte Seele, die aufwärts strebt; verquetschte, schiefe, eingebeulte auf ein noch verschroboneres Herz.

Wollen Sie ein Beispiel aus meinen Erfahrungen. Ich besuchte einmal ein Hotel in Südfrankreich. Ich bewohnte Zimmer 27. Jeden Abend vor dem Schlafengehen besichtigte ich die Schuhe vor den Zimmertüren meines Stockwerks. Da gab es glatte und zerbeulte, alle Größen, alle Schattierungen. Bei dieser Untersuchung blieb meine Spürnase an den Schuhen von Zimmer 29 hängen. Da standen neben einem Paar nägelbeschlagenen, schlaff zusammengefallenen, mißgestalteten — wahren Kriegsmaschinen — ein Paar leichte, geschweifte, schmale Schlangenhautschuhchen, wie geschaffen für die Füße einer Nymphe oder den Puppenfuß einer Japanerin. Die Besitzer schienen mir ein unmögliches Paar. Am nächsten Morgen bestätigte sich diese Ahnung: Ich sah die Beiden ihr Zimmer verlassen. Er ein Elefant, sie eine Else. Er blickte wie ein Habicht; sie hatte die Augen eines Rehs. Ihre Figur — jede Bewegung Anmut und Schwung! Ich stand in Flammen. Das Geschick war mir günstig. Während ich mich mühte, das Herz der Angebeteten zu gewinnen, machte sich ihr der Mann verhaßt. Er behandelte sie unwürdig. Und wie jauchzte ich! — eines Abends standen ihre Schuhe allein vor einer anderen Tür."

Der Erzähler schwieg.

„Was ist denn aus Ihrer Heldin geworden?" fragten wir.

Antonie Duvert verzog die Antwort in ein geheimnisvoll-schweigsames Lächeln. Er schlug die Augen nieder. Ein aufmerksamer Beobachter hätte bemerken können, wie seine kleine Frau voller Hast, tief errötend, ihre Füßchen unter ihren Sitz zurückzog...

(Berechtigte Uebersetzung von Ursel Ellen Jacoby.)

Kostbare Katzen

Ursprünglich waren die Katzen in Europa nicht heimisch. Ihre eigentliche Heimat war vermutlich Aegypten, wo sie sogar Götterverehrung genossen. Von dort brachte man sie nach Europa herüber, nachdem man hier begonnen hatte, Getreide anzubauen und dadurch eine schlimme Mäuseplage entstanden war. Wie kostbar die Katzen damals waren, das spiegelt sich in einer großen Zahl von Erzählungen alter Zeiten wider. Eine der ältesten ist ein deutscher Bericht des Albert von Stade aus dem Jahre 1175. Hier hören wir von einem reichen und einem armen Manne, der nichts als zwei Katzen besaß. Als er diese beiden Katzen verkaufte, wurde er reicher als sein Gefährte. In französischen und italienischen Sagen wird von Fürsten berichtet, die Katzen im Austausch gegen große Schätze erwarben, oder die als besondere Kostbarkeit Katzen verschenkten.

Erhaltung der Volksgesundheit

So bitter der Zwang zu außerordentlichen Sparmaßnahmen auf dem ganzen Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Sozialpolitik ist, so muß er doch als eine Notwendigkeit hingenommen werden, und man kann nur hoffen, daß wenigstens ein Teil der in Wegfall kommenden Fürsorgemaßnahmen der öffentlichen Wohlfahrtspflege durch private Hilfsarbeit ersetzt wird. Viel verhängnisvoller aber liegen die Dinge auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge. Denn die Fehler, die hier gemacht werden, die Einsparungen, die hier am verkehrten Platze getroffen werden, wirken sich nur zu einem Teil in der Gegenwart aus, und zum größeren Teile wird erst die Zukunft ihre schlimmen Folgen durch den Verfall der Volksgesundheit dartun. Die Fachkreise sind sich der Schwere der Verantwortung auf diesem Gebiete bewußt, und in der Fachpresse wurden in den letzten Wochen von den verschiedensten Seiten die Möglichkeiten erörtert, wo der Rotstift hier und dort angesetzt werden kann, und welche Einrichtungen unter allen Umständen über die Krise hinübergerettet werden müssen. Der „Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge" hat die verschiedenen Vorschläge zusammengestellt und gegeneinander abgewogen.

Einigkeit besteht darüber, daß zunächst das Gebiet der Erholungsfürsorge Abstriche erfahren kann. Gerade dieses Gebiet war in den Nachkriegsjahren in hohem Maße ausgebaut worden, und wenn auch heute mehr denn je sehr viele Menschen eine Ausspannung nötig haben, so ist doch in der sehr viel billigeren Form der örtlichen Erholungsfürsorge eine Möglichkeit gefunden, hier einen Ausgleich zu schaffen. Daß dagegen die offene Gesundheitsfürsorge, also die Beratungs- und Fürsorgestellen, die in den letzten Jahren erfreulicherweise sehr vermehrt wurden, über die Krisenzeit hinübergerettet werden müssen, darf als die Ansicht aller Fachkreise verzeichnet werden. Beigeordneter Dr. Fischer (Essen) bezeichnet sie als „die Horchposten, die auf drohende Gefahren zuerst aufmerksam werden und Gegenmaßnahmen empfehlen können". Besonders die Mütter- und Säuglingsberatungsstellen mit ihrer nachgehenden Fürsorge haben sich im Kampfe gegen jede Art von Krankheiten bei Säuglingen und Kleinkindern außerordentlich bewährt. Es wäre auch eine falsche Sparmaßnahme, sie künftig allein auf die bedürftigen Kreise beschränken zu wollen. Hingegen sollen Hausbesuche nur bei Tuberkulose und drohender Rachitis durchgeführt werden. Daß in dieser Arbeit ein gut geschultes und eingearbeitetes Personal nicht entbehrt werden kann, bedarf wohl keiner Begründung.

Besonders bedeutsam ist in Notzeiten wie den augenblicklichen die Tuberkulosefürsorge. Die Fürsorgestellen müssen aufrecht erhalten werden, wenn es auch vielleicht hier und dort rationell ist, zwei weniger gut ausgestattete Fürsorgestellen zu einer mit allen modernen Apparaten versehenen Stelle umzuschmelzen. Die Tuberkulosefürsorge muß mit den praktischen Aerzten und mit den Versicherungsträgern und der Wohlfahrtspflege aufs engste zusammenarbeiten. Durch solche Zusammenarbeit könnte mancher Aufwand für Untersuchungen und Unterstützungen erspart werden. Was die Arbeit der Tuberkulosefürsorge besonders teuer macht, sind vor allem die Heilstättenkuren. Sie können künftig nur gewährt werden, wenn Gesundung und Erwerbsbefähigung des Kranken in Aussicht stehen. Die Ausgaben für Absonderung der offen Tuberkulösen durch Beschaffung eines eigenen Bettes oder Zimmers oder durch Miethilfen usw. vertragen selbstverständlich keinerlei Kürzung. Hingegen kann in manchen Fällen eine Kur durch Unterbringung in einem billigeren Krankenhause anstatt in einer teuren Heilstätte ebenso wirksam, aber weniger kostspielig gestaltet werden. Selbstverständlich müssen in allen Fällen nach Möglichkeit Härten vermieden werden.

Sehr schwierig sind auch Einsparungen auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge. Hier gilt, „daß das schnelle und fachkundige Eingreifen in allen Fällen eine wertvolle Sparmaßnahme ist". Denn bei sehr vielen Erkrankungen, wie angeborenem Klumpfuß und angeborener Hüftverrenkung, besteht nur im ersten Lebensjahre Aussicht auf Heilung. Ersparnisse können in der Krüppelfürsorge vor allem in jenen Fällen gemacht werden, in denen an die Stelle teurer Anstaltsunterbringung Hauspflege treten kann. Freilich ist hier eine sorgfältige Prüfung notwendig, damit nicht das Hauptziel dieser Fürsorge, die Erwerbsbefähigung des Krüppels, gefährdet wird.

In der Geisteskranken- und Psychopathenfürsorge muß in den leichteren Fällen von den Angehörigen der Kranken das Opfer verlangt werden, daß sie über die Zeit der Krise hinaus den Kranken im Hause pflegen und hüten. In den Fachkreisen wird diese Form der Entlastung der Heil- und Pflegeanstalten durchaus für möglich gehalten. Selbstverständlich müssen die Pflegefamilien auf ihre Eignung geprüft werden. Die Opfer, die hier von allen Kreisen der Bevölkerung gefordert werden, sind beträchtlich. Sie sind nur dadurch erträglich, daß man die Hoffnung hegen kann, durch sie die für die Volksgesundheit notwendigsten und unentbehrlichen Einrichtungen zu erhalten.

Staatsbürgerlicher Unterricht im alten Rom

Die Kinder im alten Rom erhielten bereits eine Art von staatsbürgerlichem Unterricht. Sie mußten das Zwölftafelgesetz auswendig lernen, das im Jahre 451 vor Christi Geburt erlassen wurde und die wesentlichen Teile des römischen Rechtslebens ordnete. So waren darin Bestimmungen über das Ausleihen von Geld enthalten, die bereits eine moderne kapitalistische Entwicklung vorwegnahmen. Mehr als 8 Proz. Zinsen durfte nicht genommen werden. Wer mehr nahm, der mußte das Vierfache des ausgeliehenen Kapitals als Buße zahlen. Später wurde der Zinsfuß auf 12 Proz. erhöht. Das Eigentum war im Zwölftafelgesetz auf das stärkste geschützt. Diebstahl wurde weit strenger bestraft als Gewalttaten gegen Leib und Leben. Besonders streng wurden Beschädigungen der Ernte und des Feldes bestraft. Wer zur Nachtzeit einen Dieb auf seinem Felde antraf, der durfte ihn sogar töten. Wer eine Korngarbe in Brand setzte, der sollte ausgepeitscht und dann lebend verbrannt werden. Vor Erlaß des Zwölftafelgesetzes waren Ehen zwischen den Vornehmen und den Geringen, zwischen Patriziern und Plebejern, nicht zulässig; nachher waren sie gestattet. Kinder, die aus solcher Ehe geboren wurden, erhielten den Stand des Vaters; war also der Vater Patrizier, die Mutter Plebejerin, so wurde der Sohn Patrizier und umgekehrt. Im ganzen hat das Zwölftafelgesetz die Rechte der Plebejer erweitert, ist in dieser Hinsicht also ein demokratisches Gesetz gewesen.

Vornehme und plebejische Keuschheit im alten Rom

In Rom war seit dem Jahre 300 vor Christus der Standesunterschied bei Eheschließungen gesetzlich aufgehoben, und die Plebejer waren den Patriziern gleichgestellt. Als jedoch einmal eine patrizische Frau einen der angesehensten Plebejer heiratete, wurde sie aus dem Kreise der adligen Damen ausgestoßen und nicht zu der allgemeinen Keuschheitsfeier zugelassen. Seit dieser Zeit wurde in Rom eine besondere adlige und eine bürgerliche Keuschheitsgöttin verehrt, wie der nordische Historiker Grimmberg mitteilt.

Sonnenfinsternis und Relativitätstheorie

Die Bearbeitung der Ergebnisse der Sonnenfinsternis-Expedition, die zum 9. Mai 1929 nach Sumatra unternommen wurde, ist erst in diesen Wochen beendigt worden und liegt nun fertig vor. Die Nachprüfung der Relativitätstheorie hat allerdings insofern eine Enttäuschung gebracht, als die Ablenkung eines am Sonnenrande stehenden Sternes 2,2 Winkelsekunden betrug, anstatt der auf Grund der Relativitätstheorie vorausberechneten 1,75. Eine Erklärung für diese Differenz kann einstweilen noch nicht gegeben werden.

Upton Sinclair

So macht man Dollars



Unberechtigter Nachdruck verboten.

(20. Fortsetzung.)

„Die Situation ist schwierig, Rusher. Sehen Sie, diese Unruhestifter sind schlaue Kerle, sie verstehen es, in der Sprache des Idealismus zu reden, sie schwatzen von sozialer Gerechtigkeit, lauter schöne Phrasen, so daß es schwer ist, ihnen in einer öffentlichen Diskussion entgegenzutreten."

„Ich verstehe, was Sie meinen, und Sie müssen es ja am besten wissen, Herr Kanzler. Aber ich halte es für einen Fehler, die Studenten nicht aufzuklären, sie können dann leicht in Schwierigkeiten geraten, so wie es mir passiert ist."

„Das ist richtig", sagte der Kanzler, „und ich habe unsere Volkswirtschaftslehrer angewiesen, vor diesen bösen Lehren zu warnen und sie ausführlich zu erläutern. Aber das muß im Hörsaal geschehen und nicht mit großem Tamtam in der Presse! Die bloße Nachricht, daß die Universität Mountain City fünfzigtausend Dollar genommen habe, um einen Lehrgang über Bodenreform einzurichten, würde uns in der öffentlichen Meinung ruinieren, uns auf die Dauer viel mehr kosten als fünfzigtausend Dollar. Ich würde mir's mit den reichen Männern und Frauen verderben, um deren Zufriedenheit ich mich alle diese Jahre bemüht habe."

„Ich verstehe", sagte Jed; „ja, natürlich, daran müssen Sie zu allererst denken."

Bei diesen mitfühlenden Worten überflutete eine Woge des Selbstbedauerns den armen, alten, geplagten Prediger.

„Mein lieber junger Freund", rief er „Sie haben keine Ahnung, was das bedeutet, eine solche Last auf den Schultern zu haben. Auf die Gnade reicher Leute angewiesen zu sein, ihnen schmeicheln und schöntun zu müssen! Es sind gute Menschen — die Besten im Lande, edel, großmütig, fleißige Arbeiter im Weinberg des Herrn —, aber zu gleicher Zeit sind es eben Menschen, und sie haben nebst ihren Tugenden auch ihre menschlichen Schwächen. Es genügt ihnen nicht das Bewußtsein, daß sie mit ihrem Gelde mithelfen, junge Männer und Frauen auf den Pfad der Redlichkeit zu führen; sie wollen ihren Namen mit irgendwelchen Gebäuden und Denkmälern verknüpft sehen, man muß sie vor der Oeffentlichkeit lobend erwähnen, und wenn der eine mehr gelobt wird als der andere, dann plagen sie mich mit ihrem Neid und ihrer Lieblosigkeit! Ich muß sie besuchen, ich muß an ihren Tischen sitzen und ihr Lob singen, muß sie am Krankenlager besuchen und sie unterhalten, mit ihnen ausfahren, sie bedienen, ihre Launen studieren, Zeit und Gelegenheit abpassen. Erst gestern mußte ich über zwei Stunden bei einem reichen Mann in einem türkischen Bad sitzen, ich wäre fast dabei gestorben, — und alles umsonst — er sagte zum Schluß, sein Wohltätigkeitsbudget sei erschöpft!"

Damit war die Beichte noch nicht beendet, es folgten noch allerlei Geschichten von sozialer Mißachtung und seelischer Folter —, mitten in seiner Rede aber fiel dem hochwürdigen Dr. theol. Aloysius Saybuck plötzlich sein Essen ein, und er erinnerte sich auch, daß dieser arme Student sich ehrlich bemüht habe, ihm zu helfen, und vom Schicksal übel mißhandelt worden sei. Um das wieder gut zu machen, lud er ihn ein, mit ihm sein Mahl zu teilen — eitel Entzücken für die Seele Jed Rushers, dessen emsiger Geist jedes Wort von des Kanzlers Anekdoten liebevoll in sich aufnahm. Er bereitete sich auf eine hohe Lebensaufgabe vor: diesem heldenhaften alten Manne zu helfen und ihm so viel wie möglich von seiner Bürde abzunehmen, jener harten Pflicht, an den Tischen der Reichen zu essen, sie an ihrem Krankenlager aufzusuchen und ins türkische Bad zu begleiten!

6. Kapitel: Diplomatie.

I.

Jed Rusher kehrte zu seinem Studium zurück; und wie langweilig, platt und zahm kam ihm das alles jetzt plötzlich vor, nachdem er die hohe Freude gekostet hatte, mit Millionären und Kanzlern zu plaudern! Nein, er hatte nicht das Zeug dazu, sich mühsam zu rackern! Unmöglich, noch weiter so zu tun, als sei er an Gleichungen zweiten Grades, an Popes Gedichten, Moltkes Strategie oder vielleicht an der Exegese des neuen Testaments interessiert, während er eigentlich in der Welt vorwärtskommen müßte!

Ein Gedanke drängte sich in den Vordergrund: daß er zum erstenmal in seinem Leben das Haus eines reichen Mannes betreten habe! Mit allen Poren hatte er die Eindrücke in sich eingesogen! So muß man leben! Das ist Würde, das ist Macht! Jed war wie der Tiger, der Blut geleckt hat.

Der letzte Ofen war für den Sommer gesäubert. Jed hatte keine Arbeit mehr und wußte nicht, wie er Liza bezahlen sollte. Was tun? Nach dem Liebesmahl bei dem Kanzler konnte er sicherlich zu ihm gehen und ihn um Hilfe bitten; aber was hatte er da zu erwarten? Der alte Herr würde ihn als Rasenmäher und Teppichklopfer irgendwohin empfehlen, und Jed würde mit schwerer und mühsamer Arbeit fünfunddreißig Cents die Stunde verdienen. Sollte er so seinen Sommer verbringen?

Ein Gedanke freilich ließ ihn nicht los; er hatte Gelegenheit, noch einmal das Haus Claudius G. Warreners zu betreten; man würde ihn vorlassen, — ja, er sollte sogar kommen und Bericht erstatten! Sollte er nun diese Gelegenheit ungenützt lassen, — nur, weil Kanzler Saybuck Mr. Warrener für einen schlechten Menschen hielt? Jed interessierte sich nicht für Warreners Moral, sondern für sein Geld; und war sein Geld etwa nicht gut? „Pecunia non olet", sagt der römische Kaiser; und vor kurzem hatte das irgendein robuster Universitätsprofessor auf amerikanisch wiederholt, indem er bei einem öffentlichen Anlaß ausrief: „Nur her mit eurem schmutzigen Reichtum!"

Der Kanzler war ein alter Mann, der leicht in Wallung geriet und seine Ideen ernst nahm; Jed aber war jung und derb, und er würde nie auf den Gedanken kommen, sich um politische Lehren den Kopf zu zerbrechen. Hatte er nicht in der Redaktion des „Star" in Zion gearbeitet und hinter die Kulissen der Politik geblickt? Die eine Clique befindet sich in Amt und Würden und verteilt unter sich die Beute, und eine andere Clique versucht, mit ranzukommen. Jede dieser Cliquen wirbelt mit ihren Streitigkeiten eine Menge Staub auf, um zu verbergen, was sie eigentlich tut, jede dieser Cliquen wählt sich eine Plattform und ein Programm, — und Jed sah in alledem nur den Köder! (Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Grubenunglück auf Mont-Cenis vor dem Landtag

Scharfe Abrechnung des Abg. Gen. Otter mit dem Antreibesystem im Ruhrbergbau

Ins Zuchthaus soll er — so sagte Betriebsführer Dr. Heidemann von Constantin 6/7

Abg. Otter, Bochum (Soz.)

Meine Damen und Herren! Am 19. Oktober 1931 ereignete sich auf der Zeche „Mont-Cenis" in Herne eine Schlagwetterexplosion, durch die nicht weniger als 17 Bergleute getötet und 18 schwer und leicht verletzt worden sind. Bei Beurteilung dieses Unglückes muß man sich fragen, ob von der Verwaltung auch alles geschehen ist, um solches Unglück nicht geschehen zu lassen. Bei Besprechung dieses Unglücksfalles in der Grubensicherheitskommission ist mitgeteilt worden, daß die Betriebsvertretung sowohl wie die Herren der Bergbehörde schon vor dem Unglück wiederholt

Schlagwetter vor diesem Betriebspunkt festgestellt haben.

Man fragt sich nun, ob die schon früher oft aufgetretenen und festgestellten Schlagwetter ein genügendes Warnungszeichen für die Verwaltung abgaben und ob die Verwaltung dadurch veranlaßt worden ist, der Gefahr von auftretenden Schlagwettern eine noch größere Aufmerksamkeit zu schenken. Obwohl das Gesteinsstaubverfahren gut funktioniert hat, sind dennoch nicht weniger als 17 Bergarbeiter aus einem Betrieb getötet worden. Das gibt uns Veranlassung zu der Frage, ob es nicht ratsam und zweckmäßig ist, weniger Bergarbeiter vor den einzelnen Abbaustößen zu beschäftigen, um bei etwaigen Explosionen nicht soviel Menschen zu Schaden kommen zu lassen.

Was die Wetterführung anlangt, so glaube ich sagen zu sollen, daß auf der 5. Sohle zwar Wettertüren vorhanden gewesen sind, daß sie aber beim Durchfahren der Kohlenzüge offen standen oder offengestellt werden mußten und daß dadurch eine gewisse Störung in der Wetterführung eintrat. Auf dem Tisch des Hauses haben wir das Bild stehen, auf dem Sie die Einzelheiten der zerstörten elektrischen Grubenlampe erkennen können. Danach steht zweifelsfrei fest, daß die Schlagwetter durch die elektrische Grubenlampe angezündet worden sind. Wenn die Schlagwetteransammlung nicht erfolgte oder nach der Feststellung abgeführt worden wäre, so hätte ja auch die zertrümmerte elektrische Grubenlampe Schlagwetter nicht zünden können. Solange Bergbau betrieben wird, besteht die Möglichkeit des Auftretens der Schlagwetter, und solange Bergbau betrieben wird, wird auch unterirdisch geschossen werden müssen. Die beiden Dinge, die Grubenlampe sowohl wie das Sprengen in der Grube, können unter bestimmter Voraussetzung zur Zündung von Schlagwettern führen. Deshalb muß schon beim Ausgangspunkt, wo Schlagwetter sich bemerkbar machen, ihrer Abführung und Beseitigung die allergrößte Sorgfalt gewidmet werden. Davon müssen wir stets ausgehen.

In unserer großen Anfrage haben wir nun auch auf das Antreibesystem auf der Zeche „Mont-Cenis" hingewiesen und die Staatsregierung gefragt, ob das Antreibesystem zur Schlagwetteransammlung und ihrer Nichtbeseitigung beigetragen habe. Das Antreibesystem hat zur Folge, daß

den Bergarbeitern nicht die notwendige Zeit gelassen wird,

um die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, damit Gefahren schon im Augenblick ihrer Entstehung beseitigt werden. Es ist festgestellt worden, daß das Antreibesystem auf der Zeche „Mont-Cenis" vor dem Unglück in vollster Blüte gestanden hat. In der Sitzung der Grubensicherheitskommission ist auch gesagt worden, daß das Gedinge vor den fraglichen Unglücks-Betriebspunkten so niedrig gestanden hat, daß die betreffenden Hauer in mehreren Monaten vor dem Unglück noch nicht einmal den Tariflohn verdienen konnten. (Hört, hört! links.) Es ist ferner festgestellt worden, daß vor dem Unglücks-Betriebspunkt zweierlei Gedinge bestanden hat. Die Hauer in der Strecke hatten ein eigenes, und die Hauer vor den Ortsbetriebspunkten ein anderes Gedinge, obwohl es ein einheitlicher Betriebspunkt war. Infolgedessen legten die Hauer im Ort 1 und im Ort 2 Wert darauf, möglichst schnell vorwärts zu kommen, um Lohn auch auf das niedrige Gedinge zu verdienen und die Folge davon wiederum war, daß Ort 1 10 Meter weiter vorgetrieben war als der Streb. Dadurch konnten sich die Schlagwetter in dem zu weit vorgetriebenen Ort 1 in dieser Menge ansammeln.

Es ist auch die Frage zu prüfen, ob es angängig ist, daß die unteren Flöze vor den oberen abgebaut werden, wie es auf der Zeche „Mont-Cenis" der Fall war. Nach meiner Auffassung müßte die Bergbehörde Wert darauf legen und bestimmen, daß zuerst die oberen Flöze und erst in zweiter Linie die unteren abgebaut werden, weil sonst die Möglichkeit einer größeren Schlagwetteransammlung gegeben ist.

Ferner ist sorgfältig zu prüfen, ob die Bestimmung der Bergpolizeiverordnung, wonach in derselben Wetterabteilung nicht mehr als 60 Mann beschäftigt werden dürfen, nicht mit größerem Nachdruck durchgeführt werden muß, damit nicht allzu viel Bergarbeiter vor den hohen Abbaustößen und in ein und demselben Wetterstrom beschäftigt werden. Infolge Nichtbeachtung dieser Vorschrift können — das Beispiel auf „Mont-Cenis" zeigte es ja —, obwohl das Gesteinsstaubverfahren gut funktionierte, an einem Betriebspunkte nicht weniger als 17 Arbeiter getötet werden. Wären noch mehr Bergarbeiter vor diesem Betriebspunkt beschäftigt gewesen, wie es in den hohen Strebstößen der Fall ist, so hätten wir ganz bestimmt noch mehr Bergarbeiter durch diese Explosion eingebüßt.

In der Sitzung vom 21. Oktober 1931 habe ich bereits auf das Antreibesystem auf „Mont-Cenis" hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit hat der Redner der Deutschnationalen Volkspartei, Herr von Waldthausen, der nach mir sprach, nach dem stenographischen Bericht folgendes gesagt:

„Es ist nur seltsam, daß Sie sich, Herr Otter, zu allen Zeiten über dieses furchtbare Antreibesystem aufhalten, nämlich sowohl dann, wenn es gut geht, wie auch dann, wenn es den Zechen miserabel geht, wie jetzt. Wenn in Zeiten der Hochkonjunktur, wo stark gefördert werden muß, um die Anrufe zu befriedigen, etwas dahinter gesessen wird, dann kann man es noch verstehen. Wenn aber über 9 Millionen Tonnen auf den Halden liegen, wenn wir mit Feierschichten arbeiten müssen, wenn man nicht weiß, wo man die Kohlen absetzen soll — wie in solchen Zeitläufen ein solches Antreibesystem besonderer Schärfe blühen soll, ist mir unerfindlich.

Ich habe namens des deutschen Bergbaues die Erklärung schon ein paarmal abgegeben, und ich erwarte auch, wenn Sie vom Antreibesystem sprechen, daß Sie die Beweise dafür bringen."

Herr von Waldthausen hat mich somit aufgefordert, die Beweise für das von mir bezeichnete Antreibesystem zu liefern. Das werde ich jetzt besorgen. Zunächst über das Antreibesystem auf der Zeche „Mont-Cenis" Den Bergleuten wurde nicht einmal Zeit gelassen, ihr mitgebrachtes Butterbrot zu verzehren. Wiederholt sind Lehrhauer und Gedingeschlepper wegen angeblich ungenügender Beladung der Förderwagen

fristlos entlassen

worden, obwohl sich die Bergarbeiter die erdenklichste Mühe geben, die Wagen nicht nur voll, sondern sogar zu überladen. Sie haben sogar die Kohlen mit einem Holzklotz im Wagen festgestampft. Der Lehrhauer Spiekermann aus dem Revier 4 wurde fristlos entlassen, weil er die Wagen angeblich nicht genügend beladen hatte. Es steht aber hier zweifelsfrei fest, daß sie am Ladeplatz so überladen waren, daß die Bergarbeiter sie als Heuwagen bezeichnet hatten. Es ist nicht die Schuld der Lehrhauer, wenn sich die Kohle wegen des weiten Transportes und der schlechten Bahn in den Wagen gesackt hat. Gang und gäbe war es auf der Zeche „Mont-Cenis", daß beim Gedingeabschluß gemäß den Bestimmungen der Arbeitsordnung nicht die nötige Zahl Leute aus der Kameradschaft herangezogen wurde. Als sich die Bergarbeiter darüber beklagten, sie wollten mitwirken und weil die Verwaltung nach der Arbeitsordnung die Pflicht hat, so viel Kameraden zum Gedingeabschluß hinzuzuziehen, wie vorgeschrieben ist, wurde den Beschwerdeführern die Kündigung angedroht; später sind sie auch tatsächlich auf die Kündigungsliste gesetzt worden.

Bei der Massenkündigung im Oktober dieses Jahres wurden auch 36 Angestellte gekündigt und zwar hauptsächlich solche, die den Bergarbeitern eine gewisse menschliche Behandlung angedeihen ließen. Kurze Zeit darauf wurden aber zwei Steiger und Fahrsteiger als Antreiber neu eingestellt. Unter ihnen wurde ein Bergassessor Gerhard als einfaches Belegschaftsmitglied, als sogenannter Aufsichtshauer unter der Marke Nr. 11 neu eingestellt. Er zeichnete sich ganz besonders nicht nur durch das rigorose Antreiben, sondern auch durch den Gebrauch von Kraft- und Schimpfworten gegenüber den Bergarbeitern aus. So hat er einem alten erfahrenen Bergarbeiter erklärt:

„Sie schaufeln die Kohlen wie ein altes Weib."

Ein andermal schrie er die Bergarbeiter an: Ich werde euch noch das Arbeiten lehren!

Der Steiger Strehler jagte an dem Tage, an dem die 17 tödlich verunglückten Bergarbeiter zu Grabe getragen wurden, einen Maschinenführer aus der Grube heraus, weil er sein mitgebrachtes Brot verzehren wollte. Er sagte ihm: In Zukunft gibt es während der Schicht kein Brotessen mehr auf „Mont-Cenis". Das Wagenkippen auf der Zeche „Mont-Cenis" habe ich bereits bei einer früheren Gelegenheit bemängelt. Es ist gang und gäbe, daß die Kohlenwagen in der Grube gekippt werden, und daß dann mit den Kohlen die Wagen, die nach Meinung der Steiger nicht genügend voll sind, nachgefüllt werden. Dadurch gehen den Bergarbeitern die Wagen verloren, und es entsteht für sie ein großer Schaden.

Wenn ich bis jetzt vom Antreibesystem auf „Mont-Cenis" sprach, so will ich sogleich das Antreibesystem auf den anderen Schachtanlagen des Ruhrreviers ein klein wenig unter die Lupe nehmen. Aus den Kreisen der Ruhrbergarbeiter habe ich eine Anzahl von Zuschriften über das Antreibesystem bekommen. Die Kumpels haben seiner Zeit auch die Rede des Herrn von Waldthausen gelesen, der das Antreibesystem im Ruhrbergbau in Frage stellte, und aus Empörung darüber, haben sie an mich sehr viele Briefe geschrieben.

Zeche Hannibal, Bochum:

Steiger Puck baut in den Flözen Blücher 1 und 2. In beiden Rutschenbetrieben war einige Monate hindurch das sogenannte Schalholzgedinge, um eine besonders hohe Leistung aus den Kumpels herauszupressen. Wenn ein Mann wegen besonders fester Kohle seine Quadratmeter in der Schicht nicht herausholte, wurde er vom Steiger Puck als Faulenzer beschimpft, und mußte über seine normale Schicht in den meisten Fällen solange drinbleiben, bis er sein Feld herausgeholt hatte. Blieb der Mann nicht drin, so wurde ihm sofort mit der Kündigung gedroht. Bergarbeiter August Spannel wurde wegen Minderleistung gekündigt, nachdem er sich auf „Hannibal" 26 Jahre lang redlich gequält hatte. Im Monat September 1931 wurden die Bergarbeiter im Flöz Blücher bei 27½ Grad Wärme und einer kolossalen Staubentwicklung,

— die Leute sahen aus, wie aus dem Schlamm gezogen, —

vom Steiger Puck als Faulenzer beschimpft. An drei Tagen hat je ein Mann schlapp gemacht, und dabei wurden die Leute noch als Faulenzer beschimpft. Ein älterer Hauer weinte in der Grube wie ein Kind, weil er eine größere Familie hatte und deshalb dem Steiger und den Beschimpfungen nicht entgegentreten konnte, um nicht gekündigt zu werden. Die Kohle war an einem Tage im Knapp nicht ganz herausgekommen. Die Leute sollten drinbleiben, nachdem sie zwei Stunden vorher als Faulenzer beschimpft worden sind. Die Leute weigerten sich, weil sie einfach nicht mehr konnten. Der Rutschenmeister wurde heraufgeschickt, um dafür zu sorgen, daß keiner herausfuhr. Als der Hauer Robert Schreiber sich doch erdreistete, nach einer Schicht herausfahren zu wollen, erklärte ihm der Steiger Puck: Es kommt bald die Zeit, wo auch ein Schreiber länger in der Grube bleiben wird, als seine Schicht beträgt.

Zeche Constantin der Große 6/7:

Bei der Befahrung erklärte der Betriebsführer Dr. Heidemann einem Bergarbeiter gegenüber, der Landtagsabgeordnete Otter habe sich im Landtag derart benommen, daß er ins Zuchthaus gehört. (Hört, hört! bei der SPD.)

Als der Bergarbeiter dagegen den schärfsten Protest einlegte, bemerkte der Betriebsführer, es sei doch nicht schön, daß man den leitenden Persönlichkeiten der Zeche Betriebsräte und Grubenkontrolleure hingesetzt hätte, denn das erwecke den Anschein, daß man ihnen kein Vertrauen schenke.

Wenn ich die Nöte der Bergarbeiter hier aufzeige, und mich ihrer annehme, dann gehöre ich nach Ansicht des Betriebsführers Dr. Heidemann ins Zuchthaus. So weit sind wir schon gekommen! Die Schachtanlage Konstantin der Große 6/7 ist ein ausgesprochener Stahlhelm- und Nazibetrieb. Ein Fahrsteiger dieser Schachtanlage erklärte: Wenn ich weiß, daß ein Bergarbeiter ein Nazimann ist, dann kommt er unter keinen Umständen auf die Kündigungsliste, und wenn er einmal gekündigt ist, dann wird die Kündigung sofort zurückgenommen.

Zeche Konstantin der Große 8/9:

Der Wetterkontrolleur Dunschen wurde von der Wetterkontrolle abgelöst, weil er Schlagwetter festgestellt und in das Wetterbuch eingetragen hatte. Streitigkeiten wegen nicht genügender Leistung sind dort etwas alltägliches. Die Steiger brüllen die Bergarbeiter an und treiben sie aus der Grube heraus. Der Steiger Schäfer hatte den Bergarbeitern einen Kasten Bier versprochen, wenn sie die von ihm genannte Zahl Wagen fördern würden. Der Steiger Padberg hatte 7 Bergarbeiter wegen zu frühen Schichtmachens mit je 3 RM. bestraft, ihnen aber gleichzeitig erklärt, wenn sie 150 Wagen Kohle fördern würden, würde er ihnen die Strafe streichen. In allen Revieren besteht nur ein Scheingedinge.

Zeche Lothringen 1 bis 3, Bochum:

Auf diesem Pütt schikanieren der Betriebsführer Feldmann und der Steiger Scheick die Bergarbeiter wie sie es nur können. Wegen angeblich ungenügender Leistung wurden Bergarbeiter aus der Grube hinausgejagt, entlassen und erst auf Eingreifen der Betriebsvertretung wieder eingestellt. Bei der ersten besten Gelegenheit wurden sie dann gekündigt. Ein großer Teil Gedingearbeiter hat infolge des zu niedrigen Gedinges monatelang den Tariflohn nicht erreicht, ohne daß das Gedinge aufgebessert wurde. Der Fahrsteiger sitzt während der ganzen Schicht bei den Bergarbeitern im Streb und schreit aus Leibeskräften:

„Schafft Kohlen, schafft Kohlen!"

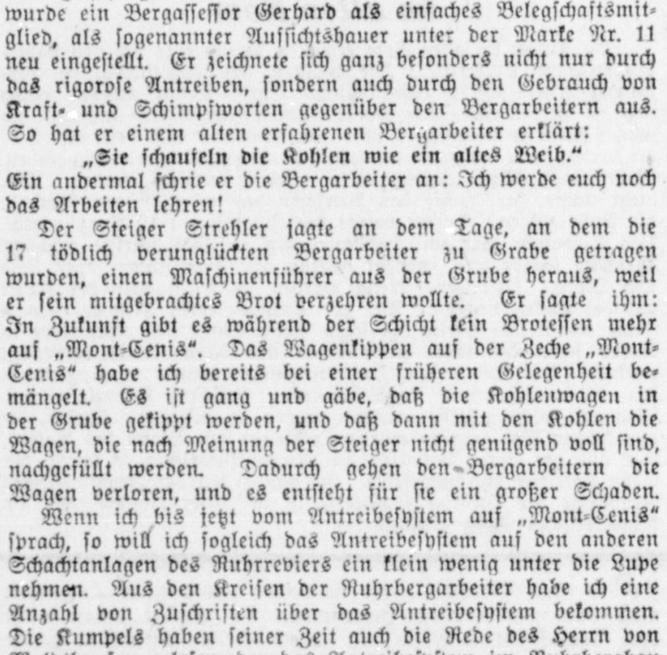
Wenn eine Feierschicht für die ganze Belegschaft eingelegt ist, fahren 35 bis 40 Leute ein und setzen 380 bis 400 Wagen voll. Die Leute am Bergeversatz müssen aber zu Hause bleiben und erleiden einen Lohnverlust. Daher bleibt auch der Bergeversatz zurück und gefährdet die Grubensicherheit.

Für Stahlhelm und Hitlerpartei

machen die Beamten lebhafte Propaganda unter den Bergleuten.

(Schluß folgt.)

Auch Frankreich im Strudel der Krise



Arbeitslose stehen in Paris zum Suppenempfang an, ein Bild, wie man es in der französischen Hauptstadt jetzt täglich sehen kann. Nach den letzten Meldungen macht auch in Frankreich die Arbeitslosigkeit immer größere Fortschritte.

Senkung der Roheisenpreise ab 16. Dezember

Die Hauptversammlung des Roheisenverbandes beschloß, die Preise für die einzelnen Roheisensorten ab 16. Dezember um bis 10 Mark je Tonne zu senken. Die Konvention Ueberpreise wurden durchweg um 10 Proz. ermäßigt.

Die Roheisenerzeugung betrage in Deutschland im Jahre 1931 bisher 38 Proz. der durchschnittlichen Monatserzeugung des Jahres 1929.

Die Verkaufsverbände der Deutschen Rohstahlgemeinschaft haben durch Festsetzung neuer Grundpreise einen Abbau der Eisenpreise beschlossen, der rückwirkend ab 1. Dezember 1931 in Kraft tritt. Die bisherigen Ueberpreise werden um 10 Proz. herabgesetzt, ebenso die Walzdrahtpreise. Es wird darauf hingewiesen, daß der Formeisenpreis nunmehr unter Friedenspreis, der Stabeisenpreis annähernd auf dem durchschnittlichen Friedenspreis liegt.

Unterweltpleite

Die Wirtschaftskrise bedroht das Gangstertum

Chicago, Mitte Dezember. (Eig. Ber.)

Schlechte Zeiten sind für Chicagos Unterwelt gekommen — darin sind sich alle sachverständigen Beurteiler einig. Ist das Fehlen des „Großen Führers" Al Capone, der von einer Jury, zu der elf Geschworene aus ländlichen Distrikten gehörten, von denen, wie eine Chicagoer Zeitung sagte, „nicht erwartet werden konnte, daß sie die Probleme einer Weltstadt verstehen", zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, allein schuldtragend? Oder hat „die kaiserlose, die schreckliche Zeit" tiefer begründete Ursachen?

Al Capones Prestige.

Ist Al Capones Ansehen etwa durch den Schuldspruch unwiderbringlich vernichtet? In der Unterwelt ist der große Al Capone noch genau so geachtet und gefürchtet wie vor seiner Verurteilung. Und unter den Bürgern der Metropole am Michigan-See gibt es wohl nur wenige, die ernstlich glauben, Capone werde wirklich sieben wertvolle Lebensjahre im Bundesgefängnis von Laevenworth zubringen. In der Unterwelt wieder wurde es mit Befriedigung vermerkt, daß Al Capone und seine Unterführer sich streng an das heiligste Gesetz des Gangstertums hielten: niemand anderen in die Sache hineinzuziehen. Und Chicagos Bürger hörten es gerne, als im Beweisverfahren vorgebracht wurde, wie oft Al Capone einem Schuhputzer eine Fünfdollarnote und einem Raseur eine 20-Dollernote zuwarf, wie er in einem Herrenmodegeschäft für ein paar Hemden und Krawatten eine 500-Dollarnote auf den Ladentisch legte und wegging, ohne die Herausgabe des Wechselgeldes abzuwarten — ein wahrhaft großzügiger Gentleman, eine Heroengestalt in der Zeit der allumfassenden Pleite. Er imponierte.

Gangstertum in der Krise.

Nein, Al Capone und damit das Chicagoer Gangstertum haben nichts von ihrem früheren Prestige verloren. Aber eine ernstere Gefahr besteht für die Unterwelt von Chicago — denn wo kein Geld ist, hat auch das Gangstertum sein Recht verloren. Tausende der besten und gehorsamsten Kunden und Schutzbefohlenen unter der Kaufmannschaft Chicagos machten Pleite. Hunderte vom Capone-Trust abhängige „Speek easies" mußten zusperren, besonders in den Arbeitervierteln, denn Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise erziehen wirksamer zur Abstinenz als die strengsten Prohibitionsgesetze. Und die Spielhöllen, deren Erträgnisse in der letzten Zeit für das Gangstertum noch weit wichtiger waren als die Einnahmen aus dem Alkoholschmuggel — dem durch häusliche Zubereitung alkoholischer Getränke eine gefährliche Konkurrenz entstand —, die Spielhöllen sind soweit heruntergekommen, daß dort, wo früher viele tausende, ja zehntausende von Dollars am Tag umgesetzt wurden, heute mit Einsätzen von 25, ja 10 Cents gespielt werden muß, wenn der Betrieb überhaupt aufrechterhalten bleiben soll.

„Die geheimen Sechs" und die „Verbrechenskommission".

„Wie wir Capone dingfest machen konnten, so können wir jeden beliebigen andern dingfest machen," sagte Bundesstaatsanwalt E. O. Johnson, der die Anklage im Strafprozeß gegen Al Capone vertrat. „Wir haben Al Capone nicht nur ins Gefängnis gebracht, sondern innerhalb von sechs Monaten mehr als eine halbe Million Dollar an Geldstrafen aus dem Gangstertum dieser Stadt herausgeholt." Auch der vom Bürgermeister Cermak ernannte neue Polizeipräsident Chicagos, einer der wenigen hohen Polizeifunktionäre, auf den niemals auch nur der entfernteste Verdacht einer verschleierten Bundesgenossenschaft mit den Gangstern fiel, ist von kampfesfreudigem Optimismus beseelt.

Als wertvolle Bundesgenossin der „gereinigten" Polizei ist die Organisation der „Geheimen Sechs" erstanden, die im Januar dieses Jahres von der Chicagoer Handelsvereinigung ins Leben gerufen wurde. Und schon seit mehr als 1½ Jahren besteht die Bürgervereinigung Chicagos, die sich „Verbrechens-Kommission" nennt und mehrere Listen der „öffentlichen Feinde" an die Behörden verschickte. Lange Zeit paradierte Al Capone an der Spitze der Verzeichnisse.

Der Nachfolger — ein Mann im Hintergrund?

Solch mächtigen Feinden scheint das Gangstertum führerlos gegenüber zu stehen. Denn trotz aller Rivalität dienten viele Maßnahmen Al Capones durchaus nicht nur den Interessen seines Trusts, sondern denen der gesamten Unterwelt Chicagos. Wird Al Capone einen würdigen Nachfolger erhalten? Einen von Al Capones Gnaden oder einen, der aus eigener Kraft die Zügel führt?

Aus Gangsterkreisen hört man oft den Namen Peter Fuscos nennen, der außerhalb dieses Bereiches so wenig bekannt ist, daß er sich nicht einmal auf den Listen der „öffentlichen Feinde" befindet. Auch Frank Diamond (nicht zu verwechseln mit dem Neuyorker Schmugglerkönig Diamond, der vor wenigen Tagen von der „Konkurrenz" erschossen wurde. Red.), der Schwager Al Capones, steht in ernsthafter Erwägung. Große Aussichten hat schließlich Ted Newberry, der früher zur Moran-Bande gehörte, der die Nordseite Chicagos beherrschte. Die Moran-Bande war von Al Capone in dem Massaker am St. Wallentintag fast vernichtet worden; Ted aber fand später in den Reihen der Al Capone-Leute Aufnahme. Ihm könnte es vielleicht gelingen, den alten Krieg zwischen der Nordseite und der Trutzburg Al Capones, dem Stadtteil Cicero, zu beenden und ein neues Gangstertum zu schaffen.

Wohl am ehesten wird der Mann der Zukunft aber jener sein, dem es gelingt, die zerrissenen Bande der Freundschaft zwischen Chicagoer Polizeifunktionären und den Gängstern wieder neu zu knüpfen und, hinter den Kulissen arbeitend, ein ungeachtetes, sich jeder Gewalttätigkeit enthaltendes anonymes Dasein führt.

Ende des Gangstertums?

Darin darf man sich trotz der Dingfestmachung Al Capones nicht täuschen: es werden noch Jahre vergehen müssen, bevor das Gangstertum in Chicago und in den Vereinigten Staaten ausgespielt haben wird. Solange es eine Prohibition gibt, solange wird es „Bootleggers", und solange nach jeder Wahl die leitenden Stellen in der Justiz, in der Polizei und Gemeindeverwaltung neu besetzt werden, solange nicht Eignung der Funktionäre, sondern Ausgang der Wahlen entscheidet, solange wird die Möglichkeit bestehen, daß an jene Stellen auch Männer gelangen, die in einer Zusammenarbeit mit den Gangstern das öffentliche und ihr privates Heil erblicken.

Weder Bürgermeister Cermak noch Polizeipräsident Alman sind heute die gefährlichsten Feinde des Gangstertums. Größere Schwierigkeiten bereitet den Schutzherren des Alkoholschmuggels, der Spielhöllen und der Prostitution die sich stets verschärfende Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten. Mit diesen „Opfern" wird man freilich noch am wenigsten Mitleid haben.

—n.

Neues vom Tage

Verhaftungen an Bord

Beim Einlaufen des deutschen Dampfers „Afrika" in Emden wurden 16 Mann von der Besatzung von Bord weg verhaftet. Sie haben sich wegen Meuterei im Hafen von Batum zu verantworten.

Kältewelle im Süden.

Südeuropa leidet unter einer ungewöhnlichen Kältewelle. Aus den Alpen und aus dem Schwarzwald werden bis zu 20 Grad Kälte und eisige Ostwinde gemeldet. In München maß man am Montag 21 Grad unter Null. Auch an der Riviera liegen die Temperaturen weit unter dem Nullpunkt.

Eisdrama: 7 Tote.

In Whitehall (Michigan, USA.) stürzte ein siebenjähriges Kind in die Spalte eines zum Eislauf freigegebenen Teiches und ertrank. Auf die gleiche Weise kamen sein Vater, seine Mutter, der zwölfjährige Bruder und noch drei weitere Personen ums Leben, die einer dem andern zu Hilfe eilen wollten.

Elly Beinhorn in Jask eingetroffen.

London, 21. Dez. (Eig. Meldung.) Elly Beinhorn, die am frühen Morgen ihren Flug wieder aufgenommen hatte, traf heute mittag in Jask ein.

Schweres Einsturzunglück bei dem Schloßbrand in Stuttgart

Zwei Tote, sieben Schwerverletzte.

Stuttgart, 22. Dezember. Auf der Südseite des alten Schlosses stürzte heute vormittag unmittelbar neben dem Eckturm ein beträchtliches Stück des Gebäudes gerade da, wo zahlreiche Feuerwehrleute noch im Kampfe mit den lodernden Flammen standen, in sich zusammen. Drei Feuerwehrleute wurden mit in die Tiefe gerissen. Die Gebäudetrümmer trafen am Boden die mit Löscharbeiten und mit der Absperrung beschäftigten Mannschaften.

Gleich darauf stürzte auch auf der rechten Seite des Turmes ein großer Teil des Dachgeschosses in sich zusammen. Auch hierbei wurde ein Feuerwehrmann aus der Höhe des zweiten Stockes in die Tiefe gerissen.

Soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, wurde ein Feuerwehrmann getötet, während nach einem anderen, der sich noch unter den Trümmern befinden soll, gegraben wird. Sieben Feuerwehrleute wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Vier Schwerverletzte liegen noch an der Unfallstelle.

Stuttgart, 22. Dezember. Die Bemühungen zur Bergung des zweiten bei dem Einsturz des ausgebrannten Teiles des Stuttgarter Schlosses verschütteten Feuerwehrmannes war lange erfolglos, da die Feuerwehr an die Trümmer des zusammengebrochenen Dachstocks und der beiden Stockwerke des Verbindungsteiles zwischen Südflügel und südlichen Flankenturm nicht herankommen konnte. Erst wenige Minuten vor 15 Uhr gelang es, den Vermißten, den 42jährigen Feuerwehrmann Wezel, der, wie das erste Opfer, der Freiwilligen Feuerwehr Zuffenhausen angehörte, als Leiche aus dem Schutt herauszugraben.

Hellseher-Krieg

Vor der Zivilkammer beim Landgericht III in Berlin war am Montag ein Termin in der Klagesache, die der Hellseher Erik Jan Hanussen gegen seinen Konkurrenten, den Parapsychologen Max Moecke, angestrengt hat; eventuelle Beweisaufnahme und Urteilsverkündung wird jedoch erst nach Weihnachten erfolgen. Vorläufig hat Hanussen gegen Moecke eine einstweilige Verfügung erwirkt. Durch diese Verfügung wird es dem Beklagten Moecke untersagt, 1. Herrn Hanussen als einen „Trick- und Pseudohellseher" zu bezeichnen, 2. sich selbst als gerichtlichen Sachverständigen in Berliner Hanussen-Prozessen auszugeben, und 3. unzulässige Schärfen in seiner Kritik gegenüber Hanussen anzuwenden. Moecke will sich den Bestimmungen dieser Verfügung auf die Dauer jedoch nicht unterwerfen und hat deshalb verlangt, daß im Prozeßwege darüber entschieden werde. Hanussen ließ nun wieder durch seinen Anwalt erklären, daß er es sich nicht gefallen lassen werde, durch Moecke länger „in den Dreck gezogen" zu werden; Moecke leide an „starker Ueberwertigkeit, die sogar die Grenze des Pathologischen streife". Der Anwalt Moeckes machte demgegenüber den Standpunkt geltend, daß Hanussen eben nichts weiter als ein Trickhellseher wäre, indes sein Mandant sich als Wissenschaftler bemühe, die Fragen des Okultismus nach streng wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu lösen. Herr Hanussen sei ein Artist und als solcher könne er nicht „wegen unlauteren Wettbewerbs" die Unterlassung jeder Kritik verlangen.

Erdbeben auf der Schwäbischen Alb

Stuttgart, 22. Dezember. Die Erdbebenwarten Stuttgart, Hohenheim und Ravensburg registrierten heute früh um 3,48 Uhr ein Nahbeben, dessen Herd auf der Schwäbischen Alb, in der Gegend von Ebingen liegen dürfte. Schaden ist kaum entstanden

Französisches Militärflugzeug verunglückt

Zwei Tote.

Paris, 21. Dez. Ein französisches Militärflugzeug mußte auf der Höhe von Cherbourg infolge Motorstörung auf das Meer niedergehen. Der Apparat versank in den Wellen. Die beiden Insassen ertranken.

Im Allgäu 30 Grad unter Null.

Pfronten (Allgäu), 22. Dez. Die Temperatur in Pfronten-Ried und in Pfronten-Steinach ist bis auf 25 Grad bzw. 30 Grad Celsius unter Null gesunken. Die Hirsche kommen zu den Futterplätzen ins Tal.

Aufruhr im IMPERIAL

Roman von Max Schünemann

Copyright by Reportage, Berlin 4, Pflugstr. 9

16) (Fortsetzung.)

„Nun, Herr Kommissar, das war so: Ich habe vor ein paar Tagen zufällig ein griechisch geführtes Gespräch zwischen diesem Herrn Bucharoff und einem Hotelgast aus der dritten Etage gehört, worin von einem „Käschen" die Rede war. Das merkwürdige dabei war, daß die beiden Ausländer so taten, als wenn sie sich überhaupt nicht kannten. Ich hielt die beiden für Gauner, für Hoteldiebe, und da der eine neben Hersheim wohnt, glaubte ich, es gelte dem sicher wohlhabenden Kaufmann Hersheim. Ich spielte zu meinem Privatvergnügen ein bißchen Detektiv, beobachtete die beiden und ging auch heute früh dem Russen nach. Er schien mich aber bemerkt zu haben, denn er drehte auf dem Korridor der zweiten Etage um und fuhr wieder nach unten, während ich auf mein Zimmer ging und arbeitete."

„So so, Sie wollten also einen Diebstahl verhüten? Wie aufmerksam von Ihnen, Herr Frank!"

Aus den Worten Weißblocks klang Ueberlegenheit, Spott sogar.

„Um neun Uhr lag auch noch nicht der Ring auf dem Teppich, dicht vor der Tür. Sonst hätte ihn das Mädchen beim Aufräumen des Zimmers finden müssen, nicht wahr, Herr Frank?"

Die Augen des Kommissars belauerten Frank ständig.

„Sie haben das Zimmer nicht verlassen. Wie kann da nur der Ring auf den Teppich kommen? Hat Sie jemand besucht in der Zeit von neun bis zehn Uhr?"

Frau Buchenkamp war bei mir, dachte Klaus. Aber irgend etwas hinderte ihn, den Namen auszusprechen.

„Außer dem Kellner hat niemand das Zimmer betreten."

„Sie wußten, daß Herr Hersheim gestern die Zimmerschlüssel stecken ließ?"

„Gewiß, Herr Hersheim sagte es, als wir im Wintergarten zusammensaßen."

„Wir? Wer war das alles?"

„Herr Hersheim und Tochter, der Baron Schekat und ich."

„Und Sie erboten sich sofort, die Schlüssel zu holen?"

Der Kommissar lächelte jetzt freundlich.

„Der alte Herr Hersheim hat vorhin die Sache so beiläufig erwähnt."

Klaus merkte plötzlich, wie sich ein unsichtbares, aber nichtsdestoweniger festes und deutlich spürbares Netz von Verdacht um ihn zusammenzog. Er rückte unbehaglich mit der Schulter und zögerte einen Augenblick. Dann sagte er aber wahrheitsgemäß:

„Jawohl, ich erbot mich, dem alten Herrn Hersheim den Weg abzunehmen. Ich fand die Tür abgeschlossen und die Schlüssel nicht steckend. Uebrigens, Herr Kommissar, soll das ein Verhör sein?"

Das Gesicht des Kommissars überzog wieder ein Lächeln, die Augen blickten wieder friedlich und verloren ihr lauerndes Funkeln

„Nur ein paar Fragen in Hinsicht auf die Aufklärung des Diebstahls, Herr Frank. Aber da ist noch einiges, das doch ein Verhör notwendig macht. Haben Sie die Güte, mich nach dem Polizeipräsidium zu begleiten." Er stand auf.

Klaus hatte in seinem abenteuerlichen Reiseleben manche Gefahr bestanden. Er hatte im indischen Dschungel gejagt, in Afghanistan mit einer Räuberbande im Kampfe gelegen. Er hatte beim Schwimmen an der australischen Küste den Angriff eines Haies erlebt. Zwei Minuten hatte er sich durch unaufhörliches Tauchen, Wasserspritzen, Schreien gegen die mordbegierige Hyäne des Meeres geschützt, ehe er ermattet ins rettende Boot gezogen wurde. Nie hatte er sich gefürchtet, sondern alle Abenteuer mit der Freude des starken und gesunden Mannes am Kampfe und an der Gefahr bestanden. Jetzt aber empfand er Furcht — sogar Angst. Untätig spüren zu müssen, wie die Gefahr, in diesem Falle die unerbittliche Maschine des Gesetzes mit tausend eisernen Armen nach einem greift, selber spüren zu müssen, wie alle Erklärungen nicht glaubhaft sind, sondern nur den Verdacht stärken, das erzeugt Angst, richtige, gemeine Angst.

„Gestatten Sie, Herr Kommissar, daß ich meine Arbeit zusammenpacke", sagte er schließlich mit einem Gefühl der Trockenheit im Munde.

„Aber bitte, Herr Frank, bringen Sie nur erst alles in Ordnung."

Klaus packte seine Sachen zusammen wie zu einer Abreise, während der Kommissar ein bißchen ungeduldig dabeistand. Schließlich verschloß er die Koffer und steckte die Schlüssel zu sich.

„Wir können gehen, Herr Kommissar."

Als sie den Lift verließen, kam ihnen Gerda Hersheim entgegen. Ihr heute ein bißchen blasses Gesicht überzog ein freudiger Schimmer.

„Wohin, Herr Frank?"

„Herr Kommissar Weißblock", Klaus deutete auf den Beamten, der sich höflich verneigte, „leitet die Untersuchung des Diamantendiebstahls, der bei Ihrem Vater verübt worden ist. Ich scheine stark verdächtig, den Diebstahl ausgeführt zu haben und werde jetzt ins Gefängnis geworfen . . ." Klaus lächelte schwach.

Die freudige Röte verschwand von Gerdas Gesicht.

„Sie scherzen, Herr Frank. Oder ist das Ernst, Herr Kommissar?"

„Nicht ganz so, gnädiges Fräulein. Herr Frank soll nur einige Aussagen machen."

Gerda atmete hörbar auf.

„Wenn Herr Frank verdächtigt wird, Herr Kommissar, dann kann ich ebensogut verdächtigt werden. Ich hoffe, Herrn Frank bald wieder im Hotel zu sehen."

Der Kommissar lächelte höflich. „Ich werde mein möglichstes tun, gnädiges Fräulein."

Gerda drückte Klaus die Hand. „Auf Wiedersehen nachher, Herr Frank." Sie nickte dem Kommissar zu und stieg in den Lift.

Als die beiden Herren durch die Halle schritten, trat ein Beamter in Zivil auf den Kommissar zu.

„Etwas neues, Maier?" fragte der.

„Nichts, Herr Kommissar."

„Schön, dann begleiten Sie den Herrn bitte in mein Büro. Bis nachher, Herr Frank."

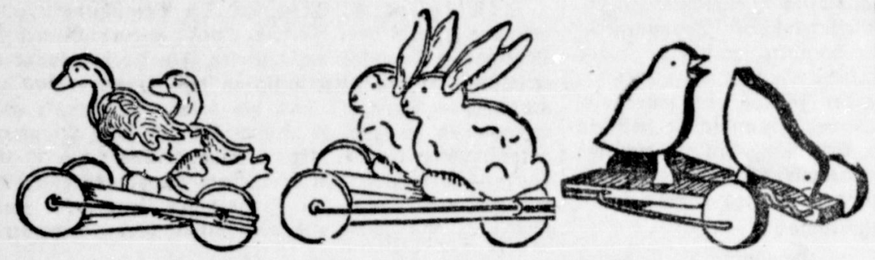
(Fortsetzung folgt.)

Spielen und Spielzeug des Kindes Welt

Das Waldorf-Spielzeug ist das rechte Spielzeug für das Kleinkind!

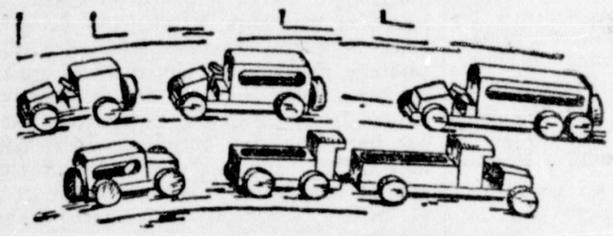
Warum?

Die Modelle des Waldorfspielzeugs sind entstanden im Werkstatt-Unterricht der „Freien Waldorfschule" aus der schöpferischen Phantasie der Kinder selber. Also nicht aus den abstrakten Gedanken Erwachsener, die oft nur noch sehr wenig Verständnis für die Bedürfnisse der Kindesseele besitzen. Mit seinen künstlerischen Formen, leuchtenden Farben, charakteristischen Bewegungen will das Waldorf-Spielzeug Phantasie und Gestaltungskräfte im Kinde anregen und damit seine Entwicklung fördern.



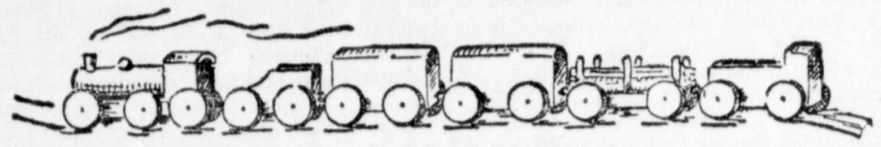
Bewegliche Tiere

Häschen, Ente, Gans, Bär, Pickhühnchen . . . . . je 0,95 Mk.
Hüpfende Häschen . . . 2,— Mk.
Pickhühnerpaar . . . . 1,90 Mk.
Entenpaar . . . . . 2,— Mk.
Gänsepaar . . . . . 2,— Mk.
Mäuschen im Kokoshäuschen . 1,90 Mk.
Schwimmende Ente . . 2,90 Mk.
Kaninchen . . . . . 2,50 Mk.
Eichhörnchen . . . . . 2,50 Mk.
Waldorfküken . . . . . 4,50 Mk.



Verkehrsmittel

Lieferwagen . . . . . 0,80 Mk.
Personenwagen . . . . 1,00 Mk.
Taxi . . . . . 1,00 Mk.
Sechssitzer . . . . . 1,30 Mk.
Reisewagen . . . . . 1,60 Mk.
Lastauto mit Anhänger . 1,80 Mk.
GroßesLastautom.Verdeck 2,— Mk.
GroßesLastauto mit Inhalt 2,— Mk.



Kleine Waldorfbahn Kleine Lokomotive, Tender u. 2 Wagen 2,— Mk.
Große Waldorfbahn Große Lokomotive, Tender u. 4 Wagen 3,— Mk.
Feldbahn Lokomotive und 3 Muldenkipper . . . 2,— Mk.
Personenzug Kl. Lokomotive, Tender u. 2 Pers.-Wag. 2,— Mk.
Schnellzug Gr. Lokomotive, Tender u. 3 Pers.-Wag. 3,— Mk.
Elektrische Bahn mit 2 Anhängern . . . . . 5,— Mk.

Verschiedene Spielzeuge und Beschäftigungsmittel

Rumpelstilzchen . . . . . 1,90 Mk.
Schiffe . . . . . 2,— Mk.
Kleiner Bausack . . . . . 1,50 Mk.
Großer Bausack . . . . . 2,50 Mk.
Schubkarren . . . . . 5,90 Mk.
Kleiner Modellierkasten . 1,20 Mk.
Großer Modellierkasten . 4,— Mk.
Die Modelliermasse besteht aus reinem Bienenwachs

Kleiner Malkasten
Inhalt: 4 Näpfe, 1 Pinsel, 3 Farbtuben. Schwamm und Anleitung zum Malen in haltbarem Holzkasten
7,50 Mk.



Großer Malkasten
Inhalt: 6 Näpfe, 2 Pinsel, 6 Farbtuben, Schwamm und Anleitung zum Malen
12,- Mk.

Puppenwerkstatt Ein Handarbeitskasten zum selbständigen Herstellen von Puppen . **4,50 Mk.**
Bast-Puppenwerkstatt . . . . . **3,- Mk.**

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung Gelsenkirchen,** Ringstr. 33. Fernuf 25841
Auch unsere Zeitungsboten nehmen Bestellungen entgegen.

Parteinachrichten aus dem Verbreitungsbezirk

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat, Gelsenkirchen-Buer, Ringstraße 33, zu richten.

Frauengruppen Gelsenkirchen.

Die Handarbeitsnachmittage beginnen erst wieder am ersten Mittwoch im Januar.

SPD., Altstadt. Die für den dritten Festtag angesetzte Sonnenwendfeier der Altstadt muß wegen der Funktionärversammlung verschoben werden. — Wir bitten unsere Funktionäre, geschlossen an der Versammlung bei Kuhlmann teilzunehmen.

SAJ JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Achtung! Ausschneiden!

SAJ., Bezirk Buer.

Betrifft: Weihnachtsfahrten:

Zwei-Tage-Fahrt (Haltern): Am 2. Feiertage um 7 Uhr am Bahnhof Buer Nord: Treffen.

Drei-Tage-Fahrt (Sauerland): Die Teilnehmer der Drei-Tagefahrt treffen sich um 7 Uhr am Stammbaum in Hassel. Abfahrt von Buer Süd um 9,04 Uhr.

Weihnachtsfeiern: Buer Mitte beginnt mit seiner Feier pünktlich um 19.30 Uhr. Später eintreffende Störenfriede finden keinen Eintritt. — Die Feierstunde in **Buer-Hassel** beginnt ebenfalls pünktlich um 19.30 Uhr.

Zum Schluß weisen wir nochmals darauf hin, daß alle Genossinnen und Genossen, die am 1. Feiertag zu Hause sind, die Feier der weltlichen Schule in Buer-Scholven besuchen. Zur Aufführung gelangt die Sensation der Bühnenstücke „Kampf um Kitsch" von Robert A. Stemmle. Programme für Erwerbslose und Frauen kosten 30 Pfennig, die übrigen 50 Pfennig.

Der nächste Heimabend des Stadtbezirks findet am Sonntag, dem 3. Januar, statt. Ausgestalter der Abends werden noch gesucht. Freiwillige vor!

SAJ., Stadtbezirk Gelsenkirchen.

Unsere Fahrten!

Alle Teilnehmer an der Weihnachtsfahrt kommen am Mittwochabend zum August-Bebel-Haus. Die Anmeldung bei der Jugendherberge ist erfolgt und bejahend beantwortet worden.

Für die Silvesterfahrten!

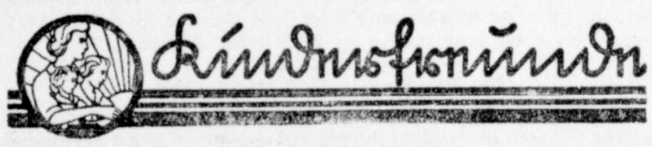
Die Halterner Jugendherberge ist ebenfalls fest. Die Abfahrt erfolgt am Silvesterabend um 21 Uhr, Gelsenkirchener Hauptbahnhof. Die Fahrtkosten betragen für die anderthalbtägige Fahrt 1,60 RM. Für die dreitägige Fahrt 2.30 RM. Die letzten Anmeldungen müssen bis Sonntag, den 27. d. M., im Besitz des Gen. Wiethorn sein. Der Teilnehmerbeitrag muß bis zum Dienstag, dem 29. d. M., eingezahlt sein.

Gloertalsperre!

Die Fahrt zur Gloertalsperre wird nur als Radtour durchgeführt.

Gruppenveranstaltungen!

Gruppe August Bebel! Unsere Zusammenkunft ist nicht heute (Dienstag), sondern am Mittwoch, pünktlich 20 Uhr.



Achtung! Kinderfreunde!

Gruppe Erle. Rote Falken und Jungfalken. Zusammenkunft um 14 Uhr in der Sammelschule. Erscheint restlos und pünktlich!

Kinderfreunde Buer Mitte. Unsere Weihnachtsfeier steigt heute (Mittwoch), dem 23. Dezember, um 17 Uhr, im Jugendheim an der Urbanusschule. Alles muß pünktlich da sein!

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Der „Walzertraum" in der Schauburg Buer.

Es sei bereits darauf hingewiesen, daß die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Der Walzertraum" am Mittwoch, dem 30. Dezember, in der Schauburg Buer zur Aufführung gelangt. Karten sind täglich an der Theaterkasse zu haben.

*

Zwei Stunden Lachen! Unter dieser Spitzmarke werden am Samstag, dem 26. Dezember, um 16 Uhr und um 20 Uhr, im großen Saale des Hans-Sachs-Hauses von bekannten Künstlern des Westdeutschen Rundfunks zwei lustige Veranstaltungen gegeben. Der Vorverkauf zu dieser Veranstaltung ist bis morgen (Donnerstag) um 17 Uhr.

ARBEITER-SPORT

Arbeitersportverein Gelsenkirchen-Ueckendorf.

Am 2. Weihnachtsfeiertag im Vereinslokal Serres, Bülowstraße: Weihnachtsfeier. Der Abend wird ausgefüllt durch Konzert, Theater und Tanz. Ab morgens sind Spiele auswärtiger Vereine auf dem Union-Sportplatz am Südpark (Bochumer Straße). Wir bitten nun alle Gewerkschaftler und Parteigenossen, die wir auf unseren Plätzen recht wenig sehen, uns im Interesse der Arbeitersportbewegung als ein wichtiges Glied der Arbeiterbewegung durch Besuch zu unterstützen. Der Beginn der Saalveranstaltung ist auf 17 Uhr festgesetzt. Die Anstoßzeiten der Spiele siehe unter Sportnotiz.

Theater / Musik

Städtische Ankündigungen

Am Mittwoch, dem 30. Dezember: „Im Hafen von Marseille" in der Stadthalle. Die für den 30. Dezember, um 15.30 Uhr, geplante Kinder-Märchenvorstellung und die für denselben Tag um 19.30 Uhr angekündigte Operette „Madame Pompadour" finden nicht statt. Das Theater der Stadt Münster gastiert am 30. Dezember für die Vormietegruppe weiß mit der dreiaktiven Komödie „Im Hafen von Marseille" von Marcel Pagnol — deutsche Bearbeitung von Bruno Frank —. Für Jugendliche ist diese Vorstellung nicht geeignet. Am Mittwoch, dem 6. Januar, 20 Uhr: Großer Tanzabend — Hannah Spohr mit Gruppe — in der Stadthalle. — Am 13. Januar wird für die Vormietegruppe blau Humperdincks Oper „Die Königskinder" aufgeführt, am 20. Januar geht für die Vormietegruppe weiß Webers Oper „Der Freischütz" in Szene.

Filmschau

Schauburg Gelsenkirchen.

Eine Freude für Kinder von Erwerbslosen.

Um den Kindern von Erwerbslosen eine Freude zu machen, können diese Kinder heute um 14 Uhr das Schauburgkino besuchen und sich dort, ohne Eintritt zu bezahlen, den lustigen Film „Emil und die Detektive" anschauen. Der Erwerbslosen-Ausweis muß vorgezeigt werden.

*

Capitol-Theater.

Auf dem Spielplan steht ein erstklassiges Festprogramm. Zwei 100prozentige Tonfilme in einem Programm! An der Spitze das Lustspiel „Liebeskommando". Der ganze Film eine unglaubliche Ueberraschung! So viele Uniformen — und doch kein „Militärfilm". Der Regie von Geza von Bolvary ist es gelungen, diesen Stoff zu einem köstlichen Tonfilm zu verarbeiten, voll Laune und Liebe, voll Frohsinnigkeit und Situationskomik.

Als zweiten Großtonfilm bringt das Theater „Die Frau — die Nachtigall" (die Perle des Südens), ein romantisches, südländisches Liebesabenteuer, eine Handlung, deren Wirkung durch das Bildhafte wesentlich verstärkt wird. Außerdem noch das reichhaltige auserwählte Beiprogramm: Kurztonfilm, tönende Fox-Wochenschau und Kulturfilm. Kleine Eintrittspreise von 50 Pfennig an. Erwerbslose haben Preisermäßigung. Anfang täglich 15 Uhr, Sonn- und Feiertags 14 Uhr, letzte Vorstellung 19.45 Uhr.

Parteigenossen und Freigewerkschaftler,

schickt eure Kinder zur Sozialistischen Arbeiterjugend!

Abbau in Preußen

Die zweite Notverordnung

Die zweite Notverordnung der preußischen Staatsregierung, die das Datum vom 23. Dezember trägt, wurde erlassen zum Zwecke der Sicherung des Haushalts und der besseren Verteilung und sparsamen Nutzung der Arbeitskräfte. Aber trotz der von der preußischen Regierung angeordneten zahlreichen Sparmaßnahmen bleibt im preußischen Haushalt ein Defizit von 167 Millionen Mark, daß nach der Auffassung des preußischen Finanzministers in der Hauptsache durch die Schaffung neuer Einnahmen ausgeglichen werden kann. Wie diese Einnahmen beschafft werden können, wird zur Zeit noch innerhalb der preußischen Staatsregierung erwogen. Sobald diese Erwägungen abgeschlossen sind, wird die Regierung den Parlamenten den Etat für 1932 zur Prüfung vorlegen.

Im einzelnen bestimmt die Notverordnung, daß die Zahl der im Staatshaushalt für 1931 vorgesehenen Stellen für Oberregierungs- und Oberforsträte sowie Regierungs- und Forsträte mit Wirkung vom 1. April 1932 mindestens um 10 verringert wird und die Oberförstereien durch Verringerung ihrer Zahl und in anderer Abgrenzung so umgebildet sind, daß sich zum 30. September die Zahl der Oberförster um mindestens 40 verringert hat.

Des weiteren bestimmt die Notverordnung die Zusammenlegung der in einem Orte befindlichen staatlichen Kassen. Außerdem werden die Haushaltsdirektoren aller selbständigen Behörden zum 14. April 1932 aufgehoben, ihre Aufgaben gehen auf die allgemeine Verwaltung über. Weiter sollen behördliche Aufsichtsämter, Fachschulen und berufspädagogische Anstalten abgebaut werden. Bis zum 1. Oktober 1932 werden weiter 4 Bergreviere aufgelöst, bis zum 30. September 1932 sind 60 Amtsgerichte aufzulösen, die Zahl der Landkreise ist zu vermindern. Der Minister des Innern wird beauftragt, sofort festzustellen, welche Landkreise aufgelöst werden können. Diese Nachprüfung muß spätestens bis zum 1. Juli 1932 und die Durchführung bis zum 30. September beendet sein. Außerdem soll geprüft werden, ob Oberpräsidien und Regierungspräsidien zusammengelegt werden können, besonders da, wo sie sich an einem Orte befinden.

Im Statistischen Landesamt soll ebenfalls eine Verminderung des Personalbestandes durchgeführt werden. Die Geschäfte der örtlichen Versicherungsämter der kreisangehörigen Gemeinden gehen mit Wirkung vom 1. April 1932 auf die staatlichen Versicherungsämter bei den Landkreisen über. Die Landeskulturämter und das Oberlandeskulturamt werden spätestens mit Wirkung vom 1. April 1932 aufgehoben. Die Aufgaben der Landeskulturämter gehen auf die allgemeine Verwaltung, die des Oberlandeskulturamtes auf das Oberverwaltungsgericht über.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 werden aufgehoben 1. die Versuchs- und Forschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin; 2. drei Institute an der Versuchs- und Forschungsanstalt in Landsberg a. d. Warthe; 3. ein Institut an der Versuchs- und Forschungsanstalt in Trepnitz; 4. das Institut für Milchverwertung an der Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel; 5. ein Institut der Forsthochschule in Hannoversch-Münden; 6. ein Institut (Forstpolitik) der Forsthochschule in Eberswalde; 7. ein Institut der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin; 8. ein Institut an der tierärztlichen Hochschule in Berlin.

Die Kulturbauämter werden ebenfalls aufgehoben. Der Zuschuß für die Justizverwaltung wird auf 3,6 Millionen gesenkt und darf am 1. April 1933 höchstens 2 Millionen Mark betragen.

Auf dem Gebiet des Hochschulwesens sollen ebenfalls umfangreiche Sparmaßnahmen durchgeführt werden. Die Kunstakademien werden durch organisatorische Maßnahmen umgebildet, so daß hier ebenfalls umfangreiche Ersparnisse erzielt sind.

Die Staatstheater und das Schiller-Theater in Berlin werden mit Ablauf der Spielzeit 1931/32 geschlossen. Die Preußische Hochschule für Leibesübungen wird aufgehoben. Die pädagogischen Akademien werden ebenfalls sehr stark vermindert. Die Verwaltung der Schulaufsicht wird so umgebildet, daß sie um 50 Schulaufsichtskreise vermindert wird.

Ersparnisse sollen ebenfalls erzielt werden bei den landwirtschaftlichen Siedlungen. Die Verordnung bestimmt ferner, daß Beamte, deren Stellen infolge organisatorischer Verwaltungsmaßnahmen wegfallen, unter besonderen Umständen in den Ruhestand bzw. Wartestand versetzt werden können.

9 bis 12 Prozent billiger

Fahrpreisermäßigung auf den Berliner Straßenbahnen

Berlin, 22. Dez. Die Berliner Verkehrsgesellschaft hat die monatlichen Kartenpreise für alle Linien um 9—12 Prozent gekürzt.

Chinesische Regierung zurückgetreten

Nanking, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) Die Nationalregierung ist zurückgetreten. Tschiangkaischek ist nach Fenghua auf dem Luftwege abgereist.

Der Brand im Stuttgarter Schloß

Stuttgart, 22. Dez. Bis 19 Uhr war es noch nicht gelungen, des Feuers im Ostflügel des alten Schlosses Herr zu werden. Die zunehmende Rauchentwicklung zeigt, daß das Feuer immer noch weiter frißt.

Die Saat von Boxheim geht auf

Ein „legaler Drohbrief" an hessische Reichsbannerführer – Republikaner sollen an den Straßenecken verrecken – Mord und Terror, das ist das Wahrzeichen des Dritten Reiches – Aber alles geschieht anonym

Vor der Pressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gau Volksstaat Hessen, wird uns geschrieben:

In den letzten Wochen mehren sich die anonymen Briefe, die unsere Funktionäre erhalten. Inhalt und Form lassen darauf schließen, daß die Kreaturen, welche unter dem Deckmantel eines Pseudonyms die Drohbriefe senden, zu den Gesinnungsgenossen eines Dr. Best gehören. So erhielt unser Ortsvereinsvorsitzender in Niederramstadt das folgende Schreiben:

An Wilhelm Spieß und Konsorten,
Niederramstadt, Schloßgartenstraße 24.

Die Stunde der Rache naht. Die Entscheidung ist gefallen. Hüte dich freundchen mit samt seinem Reichsjammer. Du und der andere vollgefressene seid die ersten, die in Niederramstadt daran glauben müssen. Du stehst natürlich als erster auf der Liste. Mit Rücksicht auf deine Jammergestalt bist du überhaupt noch am Leben. Aber jetzt ist unsere Geduld zu Ende. Unterstehe Dich noch einmal, unsere große Bewegung in deiner Reichsjammerversammlung lächerlich zu machen und du bist erledigt.

Gevierteilt ist das Geringste, was mit dir geschieht.

Eine Kugel ist zu schade für einen solchen Lumpen. Die große Abrechnung kommt in einigen Wochen. Wenn wir regieren, dann o weh. Was dann mit dir geschieht, kannst du dir ausmalen. Es ist ja eigentlich töricht, Dir zu drohen. Schade für das Papier. Kaltblütig soll man euch beiseite schaffen, damit dieses Gesindel mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird.

Eher kann Deutschland nicht gesunden, bis dieses Lumpengesindel am Straßengraben verreckt ist.

Wir wissen, daß die kleinen SPD.-Bönzchen und Reichsbannerführerchen uns gefährlicher sind, als die großen Bonzen. Deshalb unsere Rache erst an euch Kleinen. Wenn ihr beseitigt seid, haben wir mit den anderen leichtes Spiel. Du bist das letzte Mal gewarnt. Bei der nächsten Warnung kann deine Frau gleich den Grabstein mitbestellen.

Wir kämpfen für die große Idee Adolf Hitlers und werden nicht ruhen, bis der letzte Mann auf unserer Seite steht."

† † † 卐

Dieses anonyme Pamphlet beweist aufs neue, wie es in Wirklichkeit mit der stets betonten Legalität Adolf Hitlers bestellt ist.

Was Hitlers Bundesgenosse sagt!

Es ist recht lehrreich, hin und wieder zu hören, was die Deutschnationalen, die Hitler doch am besten kennen, über ihn und seine Befähigung sagen. Den Urteilen aus diesen Kreisen kann man doch wahrhaftig keine Voreingenommenheit unterschieben. Im Gegenteil. Die Deutschnationalen suchen Hitlers Freundschaft. Gehen bis zur Selbstentäußerung, um nur ja Freund Hitler bei guter Laune zu halten. Um so schwerwiegender ist es, wenn ein Mann wie der greise deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Oldenburg-Januschau jüngst in einer Rede in Plauen erklärte:

„Es ist eine gefährliche Verkennung der Tatbestände des wirklichen Lebens, wenn man aus der Befähigung, im nationalen Sinne mitreißend auf die Massen zu wirken, ohne weiteres die andere ableitet, praktischer Gestalter einer erfolgreichen Politik zu sein."

Das ist deutlich genug ausgedrückt. Hitler wird die Befähigung, Massen zu suggerieren, zuerkannt. Aber jedwede politische Fähigkeit wird ihm abgesprochen. Das sagen die Freunde von Hitler. Sie, die im täglichen Verkehr mit ihm stehen, haben klar erkannt, daß der schöne Adolf, wie ihn die nationalen Damen gemeinhin nennen, zwar ein guter Agitator ist, aber dafür um so unfähiger in politischen Dingen.

Schiedssprüche und Lohnfestsetzungen

Dortmund, 22. Dezember. Durch eine Vereinbarung der Tarifparteien in der

Metallindustrie Arnsberg-Iserlohn

werden die bis zum 31. Dezember 1931 gültigen Gehaltssätze für die kaufmännischen und technischen Angestellten ab 1. Januar 1932 um 15 Prozent gekürzt. Die Vereinbarung gilt bis zum 30. April 1932.

Für die

elektrotechnische Industrie Westfalen-Niederrhein

traf der Schlichter auf Grund der Notverordnung die Lohnfestsetzung, die folgendermaßen lautet:

Ab 1. Januar 1932 wird der Lohn des Facharbeiters im fünften Jahre nach der Lehre auf 85 Pfg. festgesetzt. Alle anderen Lohnsätze ändern sich vom gleichen Zeitpunkt ab entsprechend.

Die zuletzt gültigen Auslöhnungssätze bleiben für die Dauer der neuen Regelung in ihrer nominellen Höhe bestehen, desgleichen die Ortszulage für Düsseldorf (5 Prozent). — Diese Neuregelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 30. April 1932 gekündigt werden.

Metallindustrie im Sauerland.

Die Lohnfestsetzung für die Metallindustrie in den Bezirken Iserlohn, Gummersbach, Hemer, Lüdenscheid, Schalksmühle, Halver, Kierspe-Meinerzhagen, Olpe, Unna, Menden, Plettenberg sowie für die Firma Karl Berg-Werdohl sieht eine Kürzung der Tariflöhne um 10 Prozent, jedoch nicht unter dem Satz vom 10. Januar 1927, ab 1. Januar 1932 vor. Die Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Mai 1932 gekündigt werden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab wird der Spitzenstundenlohn des Zeitarbeiters in der

Metallindustrie Benrath-Reisholz und Hilden

auf 70 Pfennig und des Hilfsarbeiters auf 55 Pfennig festgesetzt. Alle anderen Tarifsätze ändern sich vom gleichen Zeitpunkte ab entsprechend. Die sogenannte Severing-Zulage fällt fort. Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Mai 1932 gekündigt werden.

Für die Firma Poth u. Co., Preßhefefabrik in Dortmund-Dorstfeld, wird der Spitzenwochenlohn mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab auf 44,20 Mark festgesetzt. Alle anderen Sätze des Schemas ändern sich vom gleichen Tage ab entsprechend.

Bei der Firma E. Wulf, Werl, beträgt der Spitzenwochenlohn ab 1. Januar 1932 41,75 Mark. Alle anderen Sätze des Schemas ändern sich entsprechend.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab wird der Spitzenstundenlohn bei der Sperrholzfabrik A. Buddenberg in Bad Driburg auf 59 Pfg. festgesetzt.

Bei der Firma Böker und Menke, GmbH., Sperrholzfabrik in Dahlhausen, beträgt der Spitzenstundenlohn ab 1. Januar 1932 58 Pfennig.

Die Regelungen bei den vier letzten Einzelfirmen können mit einmonatiger Frist erstmalig zum 30. April 1932 gekündigt werden.

Schiedsspruch für die Angestellten des Aachener Steinkohlenbergbaus

Aachen, 22. Dez. (Drahtmeldung.) Der Schlichter für die kaufmännischen und technischen Angestellten im Aachener Steinkohlenbergbau entschied heute auf Grund der Notverordnung, daß die Sätze der bisherigen Gehaltstafel ab 1. Januar um 15 Prozent ermäßigt werden. Diese Regelung ist erstmalig zum 30. April 1932 kündbar.

Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe

Berlin, 22. Dez. (Drahtmeldung.) In Ausführung der Notverordnung vom 8. Dezember ist heute durch einen vom Reichsarbeitsministerium gestellten Sonderschlichter ein Schiedsspruch gefällt worden, der folgendes vorsieht: Die Gehälter der Versicherungsangestellten werden um 15 Prozent gekürzt, ungekürzt bleiben hierbei die Sozialzulagen und Spesensätze.

Die Gehaltsregelung im Bankgewerbe

Berlin, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) Im Reichsarbeitsministerium wurde heute über die Gehaltsregelung im Bankgewerbe ab 1. Januar verhandelt. Nach längerer sehr bewegter Aussprache erklärte der Reichsverband der Bankleitungen, daß er eine freie Vereinbarung ablehne und sich streng an die Notverordnung halte. Die Entscheidung des Schlichters wird morgen erfolgen.

Interessengemeinschaftsvertrag Preußische Elektrizitäts A.-G. – A.-G. Sächsische Werke Dresden

Berlin, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) Die Preußische Elektrizitäts-A.-G., Berlin, und die A.-G. Sächsische Werke, Dresden, haben einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag bezweckt die Vertiefung der Gemeinschaftsarbeit zwischen den Unternehmungen, insbesondere bei der weiteren elektrowirtschaftlichen Betätigung in Mitteldeutschland. Beide Unternehmungen stellen, wie hierzu WTB.-Handelsdienst erfährt, den Typ von Landesunternehmungen dar, die die Versorgung großer Gebietsteile durch Großkraftwerke und Hochspannungsfernleitungen entwickelt haben. Beide Gesellschaften haben die Notwendigkeit erkannt, eine enge Gemeinschaftsarbeit mit den kommunalen Körperschaften ihres Versorgungsgebietes herzustellen und die Kommunen an ihrem Aktienkapital zu beteiligen. — Darüber hinaus sind die Gesellschaften mit dem Lande Thüringen seit den letzten Jahren erheblich an der Elektrizitätswirtschaft in Thüringen interessiert.

Haftentlassungsanträge im Helldorf-Prozeß

Berlin, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) In der heutigen Verhandlung im Berufungsprozeß gegen den Grafen Helldorf und Genossen wurden von der Verteidigung Anträge zur Entlassung der 25 in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten gestellt, da bei keinem der Angeklagten Flucht- oder Verdunkelungsgefahr vorliege. Die Strafkammer wird die Entscheidung über diese Anträge morgen früh verkünden.

Vertagung in Lübeck

Immer noch Sachverständigen-Gutachten

Lübeck, 22. Dezember. (Drahtmeldung.) In der heutigen Verhandlung des Calmette-Prozesses betonte Professor Dr. Hahn in seinem Schlußgutachten, daß man die Möglichkeit einer virulenten Steigerung beim BCG. nicht bestreiten könne. Die Kulturen könnten, wenn man eine Virulenzsteigerung annehmen wollte, in Lübeck nur durch die Art der Züchtung virulent geworden sein. Der Sachverständige hält einen Rückschlag im Lübecker Fall für unwahrscheinlich. Die einzelnen Fälle, in denen Schädigungen nach BCG.-Fütterung beobachtet wurden, bezogen sich immer darauf, daß eine Schädigung im Kindeskörper stattfand. Eine Abspaltung virulenter Keime im Lübecker Fall sei deshalb als unwahrscheinlich zu bezeichnen; vielmehr sei damit zu rechnen, daß durch virulente Bazillen der Impfstoff verunreinigt wurde.

Dann erstattete Professor Dr. Poll-Hamburg sein bakteriologisches Gutachten und erklärte, er sei nicht in der Lage, die Möglichkeit einer Verwechselung oder Verunreinigung bei dem Lübecker Unglück auszuschließen.

Der Vorsitzende richtete dann noch einmal eindringlichst die Frage an die Schwester Anna Schütze, ob sie tatsächlich die Kieler Kultur nur auf flüssigen und nicht doch auf festen Nährboden abgeimpft habe.

Die Schwester antwortete: „Wenn ich wüßte, daß ein Versehen passiert ist, so würde ich es auch sagen."

Der Vorsitzende vertagt die Verhandlung auf Heiligabend, wo jedoch nur eine kurze formelle Sitzung stattfindet. Der Prozeß geht dann am 28. Dezember nachmittags weiter.

Für die zahlreichen Bekundigungen herzlicher Teilnahme beim Tode mein. lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir allen unsern

aufrichtigsten Dank

aus.

Familie O. Koppers.



AUGENGLÄSER

liefert das Fachgeschäft prompt gut und billig

Bäumer & Cie.

Optiker

Bahnhofstraße 28.

DRUCK SACHEN

Plakate. Briefbogen
Briefumschläge
Geschäftskarten
Besuchskarten

BUCHDRUCKEREI **VOLKS WILLE**

Sammelnummer 25841 Ringstr 33

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft!

Wir geben Ihnen einen Rat. Schenken Sie . . **Kragen, Oberhemden, Krawatten, Cachenez, Gamaschen, Wollschals** usw., das sind **Geschenke,** die jeden Herrn erfreuen und die Sie für wenig Geld erhalten können.

Oberhemden farb., mit 1 Kragen, unterfütt. hübsche Dessins, weiß mit guten Popeline Einsätzen . . **2.95**

Oberhemden farbig u. weiß, gute Popeline-Qualität, mod. Streifen, in großer Auswahl 5.90, 4.95 **3.95**

Nachthemden aus gutem Renforcé, mit schönen Besätzen, Bielefelder Fabrikat 49.5 3.95 **2.95**

Stehumlegekragen Mako 4 fach Gea der Gute . 70 ₰ . . . . . Gela solide **50** ₰

Hosenträger - Garnituren 3teilig, aus guten Gummibändern, in hübschen Geschenkkartons 1.35, 1.45 **95** ₰

Promen.-Gamaschen für Herren, in schönen Farbtönen, mit Druckknopf oder zum Knöpfen . . 2.95, 1.95 **1.45**

Eine Serie ausgesucht hübscher **Binder** extra breite form. in modernen Dessins 2.95 1.95 **1.45**

10% Rabatt auf **Ulster** und **Paletots** in unserer Abteilung **Herren- und Knaben-Konfektion!** Nutzen Sie die günstige Gelegenheit!

Eine Neuheit! **Wollschals** in vielen Farbtönen und hübschen Dessins 3.95 **2.95**

Aisberg Gelsenkirchen Akt. Ges.

Unser Haus ist heute von 8½ Uhr bis 20 Uhr durchgehend geöffnet!

In

Weinbrand u. Rum

große Auswahl in erstklassigen Qualitäten.

Pokorny's Spezial	Liter lose	Mk. 2.80
Pokorny's Münsterl. m. Boonek.	Liter lose	Mk. 3.00
Pokorny's Klaren m. Speck	Liter lose	Mk. 3.20
Rheinwein	Liter lose	Mk. 0.65
Moselwein	Liter lose	Mk. 0.70
Tarragona	Liter lose	Mk. 0.95
Wermutwein	Liter lose	Mk. 0.80
Rotwein	Liter lose	Mk. 0.70

G. Pokorny Nachf., Gelsenkirchen,

Inh.: A. u. W. Beidermühle.



Z.B. dies:

Einen hübschen Pullover mit dem heute so modernen Einsatz für **5.90**

Wir haben natürlich auch Strickwesten und -Jacken

Appelrath-Cüpper

GELSENKIRCHEN · BAHNHOFSTR. 49

Er trägt seinen Namen mit Recht!

Hier der Beweis

Geldbörsen . . .	Ia. Leder von	60 Pfg. an
Handtaschen	von	95 Pfg. an
Koffer	von	2.60 Mk. an
Stadttaschen	grün Leder, m. Reißverschl.	4.00

Der billige Laden

Hindenburgstr., am Hauptbhf., neben der Apotheke

Bücher zu Weihnachten zu haben in der **Volksbuchhandlung**

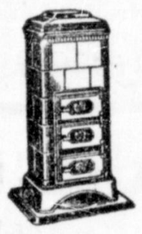
Geschmackvolle

Inserate sind für den Geschäftsmann unbedingt nötig. Seine Aufgabe wird es deshalb sein, durch ständiges inserieren den Lesern seine Waren in empfehlende Erinnerung zu bringen. - - -

---

Warnung

Einige Aufklärungsschreiben hängen im Schaufenster **Florastraße 4 an der Wiese** bei der alten Waschmaschinenfabrik Karl Kampmann. Bis 50% R und billiger erhalten Sie die sogenannten Kampmann,s Orgtnal-Patent-Waschmaschinen direkt ab Fabrik ohne Zwischenhandel. Zahlungserleichterung. Spezialität: Wasch-, Wringmaschinen, Wassermotore. Reparaturen billigst Telefon 22571.



Nirgendwo billiger!

Kaminöfen, Dauerbrandöfen, Irische Oefen, Kachelöfen in bequemen Raten zahlbar.

Pinnisch

Gelsenkirchen
Bahnhofstr 30
Klosterstr. 3.
Seit 1866. Seit 1866.

Farbe und Form geben Freude

am Spiel!

Das preiswerte **pädagogische Spielzeug** das den Kindern große Freude bereitet!

Kugelsteckspiele fahrbar, unzählige Modelle können hiermit gebaut werden, verschiedene Größen von **0.90** an

Fädelspiele für Mädchen, eine zeitvertreibende Beschäftigung, in verschiedenen Größen . . . . . von **0.90** an

Des Kindes erster Baukasten . . . **2.75**

Flachsteckspiele (Zusammensetzung verschiedener Figuren nach Vorlagen) . . . . . von **0.90** an

Fünfzehner-Spiele (Geduldspiele) Ein Zeitvertreib für die langen Winterabende) . . . von **0.65** an

Sämtliche Spielwaren sind aus farbigem, sauber poliertem Holz. Zahlreiche bunte Vorlagen zeigen dem Kinde die Verwendungsmöglichkeiten der Formen und Farben und regen zum Denken, zur Schaffung neuer Kombinationen an

Besichtigen Sie bitte unsere Ausstellung!

Bestellungen nehmen auch unsere Zeitungsboten entgegen

VOLKSBUCHHANDLUNG

Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Telefon 25841/42



Mahnung.

Die bis zum 19 d. M rällig gewesenen und rückständig gebliebenen Bürgersteuern sind innerhalb 3 Tagen bei der städtischen Steuerkasse, sowie den Hebestellen in den Ortsteilen Buer und Horst einzuzahlen, andernfalls unverzüglich das Verwaltungszwangsverfahren durchgeführt werden muß.

Gelsenkirchen, den 22. Dezember 1931.

Städt. Steuerkasse.

Zum Weihnachtsfest das billige Angebot aus uns.

Unser Haus ist heute von ½9 bis 20 Uhr durchgehend geöffnet

Frisch-Fleisch Abteilung.

Suppenfleisch	Pfund 0.55	Kalbsnacken	Pfund 0.75
Bratenfleisch	Pfund 0.60	Kalbsbrust	Pfund 0.80
Roastbeef	Pfund 0.70	Kalbsschulter	Pfund 0.85
Rouladen ohne Knochen	Pfund 0.80	Kalbsnierenbraten	Pfund 0.90
Koteleti und Nacken	Pfund 0.70	Kalbskeule	Pfund 0.95
Lummer	Pfund 0.75	Hammelschulter u. Rücken	Pfd. 0.90
Rippenspeer	Pfund 0.95	Rollbraten ohne Fett und Schwarte	Pfund 0.60

Weihnachts-Gänse allerfeinste Hafermast . . Pfd. 1.20, 1.10 **95** ₰

Aisberg Gelsenkirchen Akt. Ges.